US-Spionagesystem AWACS wird in der BRD stationiert S.13 S.13

1 H 3752 C

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 4 vom 29. Januar 1982 | 16. Jahrgang | 1 DM



Trauer und Empörung über den Tod der drei albanischen Genossen aus Kosova, Isuf und Bardosch Gervalla und Kadri Zeka, die von Agenten des jugoslawischen Geheimdienstes ermordet wurden, demonstrierten etwa 400 Menschen in Stuttgart mit einem Trauerzug. Genossen von KPD und KJD drückten den Angehörigen und den anderen albanischen Genossen und Freiheitskämpfern, die gezwungen sind, im Exil zu leben, ihre Anteilnahme und kämpferische Solidarität aus. (Bericht auf Seite 7.)

Wachsende Arbeitslosigkeit, verstärkter Sozialabbau

Die Reichen sollen die Krise bezahlen!

BONN. — Die Debatten um ein Beschäftigungsprogramm nehmen in Bonn immer breiteren Raum ein. Immer wieder neue Modelle eines solchen Programms werden an die Öffentlichkeit gebracht, wieder dementiert und durch neue ersetzt. Unter dem Druck steigender Millionenarbeitslosigkeit und wachsender Unzufriedenheit unter den arbeitenden Menschen in dieser Republik scheint in Bonn eifrig an der Behebung der mißlichen Lage gearbeitet zu werden. Aber restlos alle bisherigen Vorschläge zeichnen sich durch eine Gemeinsamkeit aus: Alle Bonner Parteien wollen solch ein Programm durch neue Abgaben der werktätigen Bevölkerung finanzieren. Dem muß verstärkt die Forderung der KPD „Die Reichen sollen die Krise bezahlen" entgegengehalten werden.

Den offensten Vorschlag hat einmal mehr der adlige Wirtschaftsminister ausgeheckt: Die Mehrwertsteuer soll erhöht werden — um damit den Unternehmern ihre gewünschte Investitionszulage bezahlen zu können. Wobei man daran erinnern sollte, daß natürlich auch die Mehrwertsteuer von der Arbeiterklasse vor allem bezahlt wird — sowohl weil sie die meisten Käufer stellt, als auch weil ein Arbeiter keine Möglichkeiten hat, hier abzuschreiben oder andere Manipulationen vorzunehmen.

Es müsse, wenn überhaupt, dann ein „solide finanziertes" Programm zur Arbeitsbeschaffung geben, meinte Kanzler Schmidt. Was mit anderen Worten heißt: Es werden entweder neue Abgaben erhoben oder neue Kürzungen im sozialen Bereich vorgenommen, oder neue Kreditaufnahmen des Staates werden so finanziert. Und wenn sogar Kräfte innerhalb des DGB für eine Abgabe aller Erwerbstätigen sind, so zeigt das um so deutlicher, wie wichtig es ist, hier eine Lösungsmöglichkeit im Sinne der arbeitenden Menschen dieses Landes zu erreichen.

Dazu hat die KPD in ihrer wirtschaftspolitischen Erklärung bereits klar gesagt, daß dies nur auf Kosten der Reichen geschehen kann. Die sofortige Herabsetzung der Rüstungsausgaben, die drastische Anhebung der Besteuerung der Profite von Konzernen und Banken, das Wegsteuern aller persönlichen Einkommen über 120 000 Mark jährlich, Eintreibung der Milliarden Steuerschulden der Kapitalisten, Vorgehen gegen Wirtschaftskriminalität und Abschreibungsmißbrauch: Das sind Maßnahmen, die diejenigen treffen, die reich sind. Das sind Maßnahmen, die genügend Geld einbringen, um die Schaffung von Arbeitsplätzen zu sichern.

Das sind Maßnahmen, die zusammen mit der Einführung der 35-Stunden-Woche und anderer Maßnahmen zur Arbeitszeitverkürzung auf Kosten des Kapitals die Arbeitslosigkeit wesentlich mildern können.

Das sind die Vorschläge der KPD zur gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage. Dem stehen jene Lambsdorffs — die von der FDP stets wiederholt werden und von großen Teilen der SPD etwas garniert ebenfalls — frontal gegenüber. Denn die Bezahlung einer Investitionszulage für die Unternehmer aus neuen Steuererhöhungen — das zeigt schon die bisherige Erfahrung — hat noch nie zur Schaffung von Arbeitsplätzen geführt, sondern höchstens zu weiteren Rationalisierungen, also zu weiteren Entlassungen.

Jaruzelski vor dem „Parlament"

Kriegsrecht in Polen bleibt bestehen

WARSCHAU. — Zum ersten Mal seit der Errichtung der Militärdiktatur hat General Jaruzelski sein Scheinparlament zusammengerufen. Bei der Sitzung am Montag machte er unmißverständlich deutlich, daß an eine Aufhebung des Kriegsrechts nicht zu denken ist.

Dabei hatte gerade Jaruzelski immer wieder versucht, Illusionen darüber zu erzeugen, daß seine Militärdiktatur nur vorübergehend sei. Seine Rede vor dem Sejm jedoch machte deutlich, daß sich die Militärs auf eine lange Zeit einrichten wollen. Der General stellte jetzt zwar in Aussicht, daß einige Beschränkungen des Kriegsrechts aufgehoben werden könnten (allerdings nur, wenn „Ruhe" im Land einkehren würde). Im „industriellen Bereich" aber, so Jaruzelski, müßten die Beschränkungen auf längere Zeit bestehen bleiben.

Und das bedeutet ja, daß die Generäle gerade die Militarisierung der Betriebe aufrechterhalten wollen, daß auch künftig die Arbeiter in den großen Werken dienstverpflichtet und damit unmittelbar der Militärgerichtsbarkeit unterworfen sind. Jeder Arbeiter, der sich an irgendeiner Protestaktion gegen das Regime beteiligt, wird also auch in Zukunft zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt werden können — so wie es jetzt schon täglich geschieht.

Angesichts dieser Perspektiven, die Jaruzelski entwickelt, entlarvt sich sein Geschwätz über die vom Regime angestrebte Fortführung des „Dialogs" mit der Arbeiterbewegung endgültig als Farce. Das Ziel der Militärdiktatur — das ist jetzt noch einmal deutlich geworden — ist und bleibt die vollständige Zerschlagung der „Solidarność".

Schneller Brüter

Der Bau wird fortgesetzt

BONN. — Bundesforschungsminister Bülow hat jetzt von den Stromversorgungsunternehmen in Bayern und Baden-Württemberg die Zusage bekommen, daß sie sich ebenso wie der Bauherr des Schnellen Brüters, die RWE (Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke) und andere Stromversorger an der Schließung einer „Finanzierungslücke" von 900 Millionen Mark beteiligen werden, die eine Fertigstellung des Projekts in Frage gestellt hatte.

Um diesen Finanzierungsbeitrag war zwischen Bonn und den Stromkonzernen, die ja die Nutznießer des Brutreaktors sein werden, lange gestritten worden. Bislang waren alle Entwicklungs- und Baukosten ausschließlich vom Bund getragen, also aus Steuergeldern bezahlt worden. Und es handelte sich dabei immerhin um eine Summe von bisher neun Milliarden Mark, die den Werktätigen aus der Tasche gezogen wurden, damit die Konzerne künftig mit dem Atomstrom noch größere Profite machen können. Aber auch der angesichts dieser Riesensumme sehr bescheidene Beitrag der Versorgungsunternehmen an den Brüter-Kosten wird deren Bilanzen nicht verschlechtern. Denn sie werden ihren Finanzierungsbeitrag durch einen „Brüter-Pfennig", wie ihn die RWE schon eingeführt hat, voll auf die Stromkunden abwälzen.

Videocolor-Streik

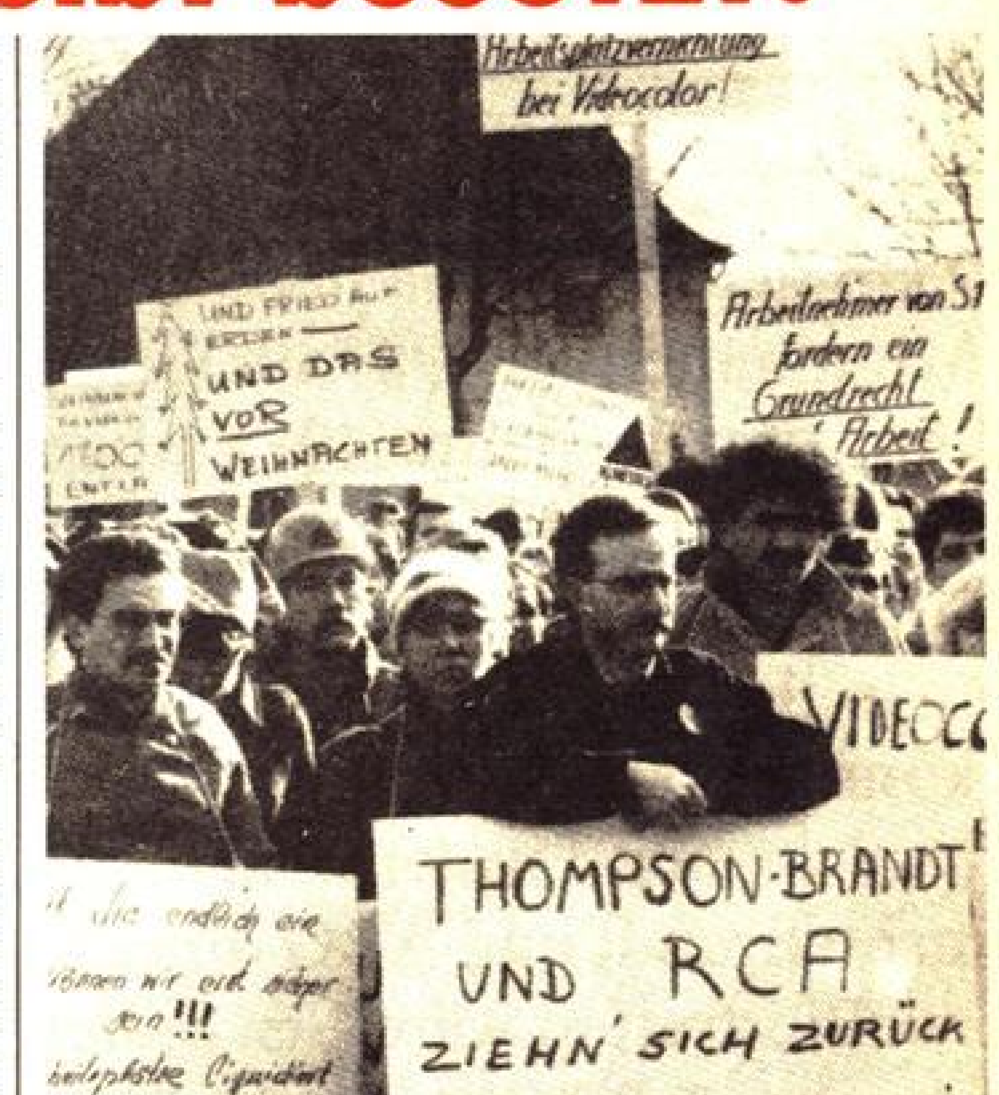
Das Werk bleibt besetzt!

ULM. — Bei unserem Redaktionsschluß zu Anfang dieser Woche stand die Streikfront bei Videocolor weiterhin fest und unerschütterlich. Die Einleitung der fristlosen Entlassung gegen 950 streikende Arbeiter durch die Geschäftsleitung konnte die Belegschaft nicht in die Knie zwingen. Der beispiellose Maßregelungsterror hat die Wut und den Kampfgeist der Streikenden nur noch weiter angefacht.

Nach der Einleitung der Massen-Maßregelung gegen die streikenden Arbeiter durch die Videocolor-Bosse berieten die Kollegen am Dienstag letzter Woche auf einer Streikversammlung über ihre Reaktion. Die große Mehrheit der Belegschaft stimmte dafür, den Streik und die Werksbesetzung weiterzuführen. Nach wie vor halten die Kollegen das Werk rund um die Uhr besetzt. Nach wie vor sind sie fest entschlossen, zu kämpfen, bis sie ihr Ziel erreicht haben: Die Rücknahme der Stillegung, den Erhalt aller Arbeitsplätze bei Videocolor.

Bestärkt werden die Streikenden durch eine Solidaritätsbewegung, die in diesem Ausmaß in der Bundesrepublik ebenfalls ohne Beispiel dasteht. Inzwischen sind bereits mehr als 300 000 Mark auf das Spendenkonto der Arbeiterwohlfahrt eingegangen. Dadurch wird den Kollegen eine gewisse materielle Rückenstärkung zuteil, die sie bitter nötig haben. Denn sie erhalten von der IG Metall kein Streikgeld. Die Gewerkschaftsführung beruft sich darauf, daß ein derartiger Streik nach der herrschenden reaktionären Rechtsprechung illegal ist.

Inzwischen laufen zwischen der Leitung des französischen Mutterkonzerns Thomson-Brand und IGM-Bezirksleiter Steinkühler Verhandlungen. Sehr schlecht dabei ist, daß das gewählte Streikkomitee an diesen Verhandlungen nicht beteiligt und eine Kontrolle der streikenden Belegschaft über diese Verhandlungen nicht gegeben ist.



Protestdemonstration der Videocolor-Belegschaft gegen die Werksschließung.

Kommentar der Woche

Nun ist das große Werk also vollbracht: Der SPD-Vorstand hat einen Leitantrag zur sogenannten Sicherheitspolitik ausgetüftelt, der im April dem nach München einberufenen Parteitag vorgelegt werden soll. Ein nicht ganz einfaches Unterfangen. Denn wie man sich erinnert, hatten die Schmidt, Brandt und Wehner schon beim letzten Kongreß der SPD erhebliche Mühe, die Delegierten auf den NATO-Raketenbeschluß einzuschwören. Und seitdem ist ja der Widerstand gegen diesen Beschluß auch an der Basis der Regierungspartei beträchtlich gewachsen.

Das kalkuliert natürlich auch der Vorstand ein. Und so besteht denn auch sein Leitantrag im wesentlichen aus einem Punkt: Die leidige Raketenfrage soll von der Tagesordnung verschwinden und auf einem späteren Parteitag im Herbst 1983 behandelt werden. Von geradezu atemberaubender Unverfrorenheit ist das, was als Begründung für die Vertagung mitgeliefert wird: Auf diese Art, so der Parteivorstand, könne „Druck auf die Großmächte" ausgeübt werden mit dem Ziel, sie zu einer zügigen Abwicklung ihrer Verhandlungen über Mittelstreckenraketen zu bewegen.

Schützenhilfe für US-Kriegskurs

Sieh einer an! Die SPD-Führer werfen sich in kämpferische Pose und wollen die Supermächte unter Druck setzen. Und das nicht durch entschlossene Taten, sondern durch ein völlig neues Kampfmittel: die vollständige Passivität. Bis zum Herbst 83 also soll die Partei nach dem Willen ihrer Bosse nicht am NATO-Beschluß rühren. Und dann? Der Herbst 83 ist ja bekanntlich im Terminkalender der amerikanischen Atomstrategen schon rot angestrichen. Exakt zu diesem Zeitpunkt nämlich soll mit der Aufstellung der neuen Mittelstreckenraketen begonnen werden.

Das jetzige Manöver der SPD-Führer erinnert fatal an die schändlichen Tricks ihrer Vorgänger auf dem Berliner Parteitag von 1954. Dort wurde die Diskussion über die Wiederbewaffnung der BRD von der Tagesordnung gestrichen und auf einen später einzuberufenden Sonderparteitag verschoben. Dieser Parteitag fand nie statt, und die Wiederbewaffnung marschierte...

Eine ähnliche Entwicklung ist auch in der Raketenfrage vorprogrammiert, wenn sich die SPD-Führer mit ihrem Manöver durchsetzen. Denn was bedeutet die Vertagung dieser Frage? Wieder einmal wird den Kriegstreibern dadurch die Möglichkeit eröffnet, vollendete Tatsachen zu schaffen, während das Fußvolk der SPD einmal mehr auf den Sankt Nimmerleinstag vertröstet wird.

Es ist ja längst kein Geheimnis mehr, daß die Vorbereitungen für die Stationierung der neuen Atomraketen schon angelaufen sind. Im Rahmen des NATO-Infrastrukturprogramms werden bereits die vorgesehenen Standorte hergerichtet. Es ist ebenfalls kein Geheimnis, daß Reagan und seine Leute in die von den SPD-Führern immer wieder beschworenen „Abrüstungs"-Verhandlungen keineswegs mit der Absicht eingetreten sind, irgendeinen Kompromiß zu finden, der dann die Aufstellung der Mittelstreckenraketen „überflüssig" machen würde. Das haben schließlich diese Leute selbst in unmißverständlicher Deutlichkeit zu verstehen gegeben.

Und wir erleben es ja gerade gegenwärtig, wie Reagan die Errichtung der polnischen Militärdiktatur dazu benutzt, sich diese Verhandlungen ganz vom Hals zu schaffen. Man muß immer wieder betonen, was letzte Woche auch der ehemalige US-Konteradmiral Gene La Roque bestätigte: Ziel der amerikanischen Atomkriegsstrategie ist es, mit der Stationierung der neuen Raketen die Voraussetzung dafür zu schaffen, vom Boden Europas aus einen siegreichen Atomkrieg gegen die Sowjetunion führen zu können.

Und dieser Strategie gibt die SPD-Spitze mit ihrem Manöver in der Raketenfrage massive Schützenhilfe. Der Parteivorstand geht nach seinen eigenen Bekundungen davon aus, daß der erwähnte Leitantrag auf dem Münchner Parteitag angenommen wird. Wenn man sich die jüngste Geschichte der SPD ansieht, scheint diese Erwartung durchaus berechtigt zu sein.

Es wäre in jedem Fall eine Illusion zu glauben, daß die Frage der Raketenstationierung auf einem Parteitag der SPD entschieden würde. Ob es den amerikanischen Kriegstreibern gelingt, ihre neuen Atomwaffen in unserem Land aufzustellen oder ob das verhindert werden kann — darüber wird allein unser Kampf gegen die US-Atomstrategen und ihre Handlanger in Bonn entscheiden.

Detlef Schneider

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Sanktionen gegen Polen und die Sowjetunion

Reagan verstärkt Druck auf Bonn

Ende der Bonner Ostpolitik?

Immer stärker gerät die Bundesregierung mit ihrer Politik der „Mäßigung" (Schmidt) in der Polen-Frage unter den massiven Druck Washingtons, wobei sich die Reagan-Leute weitgehend auf die Regierungen in London, Paris und Rom stützen können.

Dabei geht es vor allem um den Kurs einer „Bestrafung" der Sowjetunion durch Sanktionen, dem sich Bonn lange Zeit widersetzt hatte. Schon auf der Tagung der NATO-Außenminister in der vorletzten Woche wurde im Abschluß-Kommuniqué festgehalten, daß nicht nur die USA, sondern **alle** NATO-Mitglieder Sanktionen gegen die Sowjetunion und gegen Polen beschließen sollen.

Am vergangenen Wochenende trat der NATO-Rat zu einer Sondersitzung zusammen, auf der vereinbart wurde, daß es unter den gegenwärtigen Bedingungen mit der Sowjetunion kein „buisiness as usual", also keinen normalen Geschäftsverkehr, geben könne. Aber auch solche Verpflichtungen sind der Reagan-Regierung noch nicht weitgehend genug. Ihre Vertreter auf der Ratstagung zeigten sich verärgert über ihre westdeutschen Kollegen, die immer noch den Widerstand gegen Reagans Forderungen nicht aufgegeben haben: „Es dauert länger als wir wünschen möchten".

Was sie von Bonn verlangen, war kurze Zeit zuvor bei den sogenannten Cocom-Verhandlungen noch einmal deutlich geworden. Die Cocom ist ein Gremium, das während der amerikanischen Aggression gegen Korea auf der Grundlage eines US-Gesetzes geschaffen wurde und dem heute neben den NATO-Ländern (außer Island) auch Japan angehört. Seine Tätigkeit besteht darin, schwarze Listen von Produkten aufzustellen, deren Export in den Moskauer Machtbereich verboten ist. Bei den jüngsten Verhandlungen nun verlangten die US-Vertreter, daß in diese schwarze Listen alles hochentwickelte technologische Material (Computer, Elektronik usw.) aufgenommen wird.

Es liegt auf der Hand, daß diese Forderungen unmittelbar den Kern des westdeutschen Ostgeschäfts treffen. Und hier liegt auch der Grund dafür, warum Bonn dem amerikanischen Druck bislang nur schrittweise nachgegeben hat. Daß die sogenannte Bonner Opposition, die Leute um Franz Josef Strauß also, einen solchen Widerstand kritisieren und das völlige Einschwenken auf den von Reagan betriebenen Kurs der totalen Konfrontation gegen die östliche Supermacht verlangen, ist ja seit längerem klar. Eine diese Woche veröffentlichte interne Studie aus Genschers Außenministerium jedoch macht auf spektakuläre Art deutlich, daß man auch dort über einen generellen Kurswechsel in der Ostpolitik nachdenkt.

Als Aufgabe der westlichen Politik gegenüber Moskau wird dort in aller Deutlichkeit formuliert: „Es geht darum: ‚To manage the decline of the Soviet Empire'" (den Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums zu bewerkstelligen). Das ist nicht nur auf gut amerikanisch formuliert, das trifft auch genau die strategischen Absichten der US-Imperialisten. Denn die wollen mit ihrer Boykott-Politik ja nicht dem unterjochten polnischen Volk zu Hilfe eilen, sondern sie wollen tatsächlich mit diesem Boykott die Krisensituation im Herrschaftsbereich ihrer östlichen Konkurrenten verschärfen. Wobei der wirtschaftliche Boykott und die militärische Konfrontation sich ergänzen sollen.

Auf eine solche Linie sind also die Experten im Bonner Außenministerium schon eingeschwenkt. Folgerichtig schlagen sie auch die Ersetzung der „Entspannungspolitik" durch eine sogenannte Stabilisierungspolitik vor, die unter anderem so aussehen soll, daß die BRD zusammen mit Frankreich, Britannien und Italien einen „europäischen Pfeiler" der NATO bildet, der „von den Amerikanern als konstruktiv, nicht als spaltend empfunden wird."

Die Bundesregierung hat am Wochenende diese Studie als unverbindliches Denkmodell heruntergespielt. Sicher wird sich die darin entwickelte Linie nun nicht unmittelbar in die Politik der Bundesregierung umsetzen. Es zeigt sich aber, daß die Bonner Ostpolitik zunehmend auch unter inneren Druck gerät, daß diejenigen Kräfte des Finanzkapitals im Vormarsch sind, die statt „friedlicher" wirtschaftlicher Durchdringung des Moskauer Machtbereichs auf einen Kurs der gefährlichen Konfrontation nach Reaganscher Art drängen.

Startbahn West

Der Widerstand geht weiter

Staatsgerichtshof verbietet Volksbegehren

WIESBADEN. — Mit Protestaktionen antworteten Startbahngegner auf die Entscheidung des hessischen Staatsgerichtshofs, dem Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens gegen die Startbahn West nicht stattzugeben. Sprecher der regionalen Bürgerrechtsinitiativen betonten, daß ungeachtet des Gerichtsurteils der Widerstand gegen den Bau der Startbahn fortgesetzt würde.



Mit Wasserwerfern ging die Polizei am Samstag gegen eine Demonstration der Startbahngegner vor.

Der Staatsgerichtshof hatte sein Urteil in einer „Geheimverhandlung" gefällt; die Startbahngegner als Antragssteller waren nicht gehört, ja nicht einmal zur Verhandlung geladen worden. Wie nicht anders zu erwarten gewesen war, schloß sich das Gericht ohne Einschränkungen der Haltung der Landesregierung an, die es abgelehnt hatte, ein Volksbegehren einzuleiten — obwohl die dazu gemäß der hessischen Verfassung notwendigen Unterschriften gesammelt worden waren.

Aber die Verfassung ist eben eine Sachen, und die wirtschaftlichen und militärischen Interessen der Startbahnbauer sind eine andere. So zog sich denn das Gericht mit einem miesen Trick aus der Affäre: Nicht das Land Hessen, sondern der Bund sei zuständig für den Luftverkehr und damit auch für den Ausbau des Frankfurter Flughafens. Deshalb könne eine Volksbefragung auf Landesebene, wie es die hessische Verfassung vorsieht, nicht durchgeführt werden. So einfach ist das also. Mit solchen Winkelzügen läßt sich die Volksbefragung in der Praxis immer verhindern, denn irgendwelche Zuständigkeiten des Bundes werden sich ja wohl stets finden lassen.

Angesichts dieses Urteils mutet es wie nackter Hohn an, wenn jetzt nicht nur die Landespolitiker, sondern auch die „liberale" Presse die Flughafengegner unter propagandistischen Dauerbeschuß nehmen und von ihnen verlangen, sie müßten „die Spielregeln der parlamentarischen Demokratie" respektieren und ihren Widerstand einstellen. Was sind denn diese Spielregeln? Nach Ansicht der „Frankfurter Rundschau" bestehen sie in diesem konkreten Fall darin, „als Minderheit eine Niederlage hinnehmen zu können." Und so stellt sich das wohl auch Ministerpräsident Börner vor, der schon seit Monaten die Protestbewegungen gegen die Startbahn West wie auch gegen die geplante Wiederaufbereitungsanlage als Minderheiten diffamiert, die sich der Mehrheit nicht unterordnen wollen.

Die Frage ist dann aber doch: Wer ist denn die Mehrheit? Etwa die elf Richter vom Staatsgerichtshof, die mit ihrem schäbigen Trick das Volksbegehren erledigt haben? Oder die hessische Landesregierung? Tatsache ist doch, daß gerade diese Herren eine geradezu panische Angst davor haben, durch ein Volksbegehren feststellen zu lassen, wie „ihre" Bürger nun tatsächlich mehrheitlich über die Startbahn West denken.

Selten hat sich in der letzten Zeit der wirkliche Charakter jener „parlamentarischen Spielregeln" so deutlich entlarvt wie in der Auseinandersetzung um die Startbahn. Denn es ist ja inzwischen für jedermann offensichtlich, daß die Menschen in der gesamten Region deren Bau ablehnen. Was gegen sie als angebliche „Mehrheit" ins Spiel gebracht wird, das sind in Wahrheit nur die Interessen einer Handvoll Kapitalisten, die am Bau und am Betrieb der Startbahn verdienen und nicht zuletzt die Interessen der amerikanischen Kriegstreiber, die einen ausgebauten Frankfurter Flughafen als Drehscheibe für ihre Eingreiftruppe brauchen.

Und es hat sich in Hessen ja auch gezeigt, daß die sogenannte parlamentarische Demokratie trefflich geeignet ist, solche Minderheiten-Interessen zu vertreten und gegen den aktiven und breiten Widerstand einer ganzen Region durchzusetzen. Weil das so ist und weil das so bleiben soll, arbeiten Regierung und Justiz Hand in Hand daran, das Volksbegehren zu liquidieren. Und nicht von ungefähr haben schon vor Monaten auch Bonner Politiker in die Auseinandersetzung eingegriffen, indem sie Volksabstimmungen als Anschlag auf die „Demokratie" bezeichneten. Aber was sie hier „Demokratie" nennen, das ist die Herrschaft des Kapitals. Und die wird an der Startbahn West auch künftig mit dem Gummiknüppel verteidigt.

Berichtigung

Zwei sinnentstellende Satzfehler haben sich im RM 3/82 eingeschlichen:

In dem Artikel „Solidarität nicht einfach abrufbar" auf Seite 4 muß der letzte Satz richtig lauten: „Wie lange können wir uns eigentlich eine solche Gewerkschaftsführung noch leisten?"

Auf Seite 9, im sechsten Absatz des Artikels „Bündnispolitik und Grundsätze" wird Enver Hoxha mit dem Satz zitiert, „daß die Revisionisten seit immer antirevolutionär, antiimperialistisch sind...". Richtig muß es heißen: „... antirevolutionär, antimarxistisch sind...".

Wir bitten diese Fehler zu entschuldigen!

Reallohnabbau muß gestoppt werden

Metaller müssen jetzt Kampfbereitschaft zeigen!

Streik der Holzarbeiter ausgeweitet

FRANKFURT/STUTTGART. — Reallohnsicherung ist das unabdingbare gewerkschaftliche Ziel in dieser Lohnrunde. Zu erreichen ist es allerdings nur im unerbittlichen, harten Kampf gegen die Kapitalisten. Von ihrer brutalen Lohnverzichts-Linie gehen sie freiwillig um keinen Zoll ab. Deshalb ist für die Metaller jetzt — mit dem Beginn der zweiten Verhandlungsrunde — die Zeit für Aktionen gekommen. Den Lohnraub-Strategen muß dringend wieder einmal die Kampfentschlossenheit der Metaller demonstriert werden.

Lange genug haben die Herren Pleiger, Stihl, Esser und wie sie alle heißen und ihr wirtschaftsgräflicher Freund in Bonn gegen unsere gerechte Forderung nach Absicherung der Reallöhne durch einen Ausgleich der Teuerungsrate gehetzt. Lange genug haben wir uns ihr unverschämtes Geschrei nach Lohnverzicht angehört. Die zweite Verhandlungsrunde bei Metall ist genau der richtige Anlaß, um ihnen jetzt durch Aktionen Dampf zu machen.

Es gibt für die Metaller noch einen weiteren Grund, nicht mehr länger Ruhe zu halten. Seit mehr als zwei Wochen stehen die Holzarbeiter in Südwestdeutschland im Kampf. Sie wehren sich gegen den brutalen Versuch der Kapitalisten, ihnen einen Niedrigabschluß aufzuzwingen, der einen noch härteren Reallohnverlust bedeutet, als er im letzten Jahr durch Lohnabschlüsse von knapp 5 Prozent eingetreten war.

Sogar ein Schlichtungsangebot, das weniger als 4,9 Prozent mehr Lohn gebracht hätte, ließen die Holzunternehmer kaltlächelnd abblitzen.

Seit 18. Januar streiken nun in einer Reihe von Betrieben der baden-württembergischen Holzindustrie die Belegschaften. Ende letzter Woche befanden sich 4600 Beschäftigte in 25 Betrieben im Ausstand. Und in dieser Woche will die Bezirksleitung der Gewerkschaft Holz und Kunststoff weitere Belegschaften in den Streik einbeziehen.

Wenn der Streik der Holzarbeiter nun mit Aktionen der Metaller zusammenfließt, dann potenziert sich die Wirkung der Kampf- und Protestmaßnahmen für beide Teile. Dann bedeutet dies für die Kapitalisten, daß sie einen heißen Boden unter den Füßen bekommen.

Je schneller das Eis in der diesjährigen Lohnrunde auftaut, das heißt je schneller die Bewegung in den Betrieben anläuft und sich ausbreitet, desto größer sind die Chancen, daß es zu einer machtvollen Lohnbewegung kommt. Und die ist bitter notwendig.

Leider haben die Gewerkschaftsbonzen in einer Reihe von kleineren Teilbereichen bereits Lohnabschlüsse angenommen, die erheblich unter der Teuerungsrate liegen. So z. B. in Westberlin, wo die IGM-Bonzen für die rund 15000 Arbeiter des metallverarbeitenden Handwerks mit nur 4,7 Prozent abgeschlossen haben!

Mit solchen Abschlüssen wird ein noch stärkerer Reallohnabbau vorprogrammiert als er 1981 stattgefunden hat. Denn da lagen die Abschlüsse bei Metall im Schnitt bei 4,9 Prozent. Die Teuerungsrate aber lag damals um mehr als 1 Prozent niedriger als dies heute der Fall ist!

Wenn wir also jetzt nicht langsam den Bossen und Bonzen Feuer unterm Arsch machen, dann läuft die Lohnrunde '82 nach der Vorstellung der Unternehmer ab. Und diese besteht darin, durch eine erneute, möglicherweise verschärfte Reallohnsenkung den Übergang zu einer Lohnpolitik zu vollziehen, die von direktem Lohnabbau gekennzeichnet ist. Machen wir ihnen einen Strich durch die Rechnung!



DGB/Bremen: „Wir halten nicht mehr still!"

Demonstration gegen Sozialabbau

Am Dienstag, dem 2. Februar, findet in Bremen eine Demonstration des DGB gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit statt. Beginn ist um 17.00 Uhr auf dem Bahnhofsvorplatz.

Am 21. November hatte die DGB-Vertreterversammlung in Bremen den Kreisvorstand zu der Durchführung einer solchen Demonstration aufgefordert. Am 24. November waren der Kreisvorstand des DGB und die Ortsverwaltung der IGM von der Vollversammlung aller IGM-Vertrauensleute in Bremen noch einmal nachdrücklich aufgefordert worden, größte Anstrengungen für eine breite Mobilisierung zu dieser Aktion zu machen.

In der Entschließung der DGB-Vertreterversammlung hatte es geheißen:

„70000 Kolleginnen und Kollegen aus Baden-Württemberg haben am 7.11.1981 in Stuttgart demonstriert, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer in der Bundesrepublik sich mit der Sparpolitik der SPD/FDP-Koalition nicht abfinden.

Wir halten diesen ersten öffentlichen und massenhaften Protest für beispielhaft auch für andere DGB-Bezirke. Durch die z.B. von der IGM-Bezirksleitung herausgegebenen Flugblätter wurde ein wichtiger Beitrag zur Aufklärung der Kollegen geleistet, die sonst den Verdrehungen der Politiker und von Teilen der Presse ausgesetzt sind.

Wir sind der Meinung, daß es nicht ausreicht, wenn nur in einem Bezirk demonstriert wird. Der Angriff auf die Arbeiter und Angestellten erfordert die Gegenwehr aller Gewerkschafter."

Diese Feststellungen der DGB-Vertreterversammlung sind heute nicht weniger aktuell, als im November letzten Jahres. Demonstrationen nach dem Stuttgarter Vorbild müssen überall durchgesetzt werden!

Am 20. Januar appellierte auch der GEW-Vorsitzende Dieter Wunder auf einer Funktionärsveranstaltung des GEW-Landesverbandes Hessen an den DGB-Bundesvorstand, bundesweit zu Großdemonstrationen nach dem Stuttgarter Vorbild aufzurufen.

Bundesarbeitsgerichtsurteil verbeitet gewerkschaftliche Betätigung

Kein Zutrittsrecht bei kirchlichen Einrichtungen

KASSEL. — Erneut hat das Bundesarbeitsgericht ein Urteil gefällt, das die gewerkschaftliche Betätigung einschränkt. Der ÖTV wird das Recht abgesprochen, in kirchlichen Einrichtungen wie z. B. Krankenhäusern, Heimen und Anstalten tätig zu sein.

In einem früheren Bundesarbeitsgerichtsurteil war ein Zutrittsrecht der Gewerkschaften zu kirchlichen Einrichtungen noch bejaht worden. Die Gewerkschaft ÖTV habe demgemäß das Recht, in solchen Betrieben und Institutionen ihre Mitglieder zu betreuen, Flugblätter zu verteilen usw.

Dieses im Februar 1978 ergangene BAG-Urteil wurde nun am 19. Januar 1982 mit einer neuen Entscheidung revidiert. Zu sieben von der ÖTV angestrengten Musterprozessen gegen verschiedene kirchliche Einrichtungen beider Konfessionen, die der Gewerkschaft das Zutrittsrecht verweigerten, entschied das Bundesarbeitsgericht jetzt grundsätzlich, daß ein Zutrittsrecht der ÖTV in kirchliche Einrichtungen nicht bestehe.

Mit diesem gewerkschaftsfeindlichen Urteil paßte sich das BAG einem am 17. Februar ergangenen Urteil des Bundesverfassungsgerichtes in Karlsruhe an, in dem ein Zutrittsrecht der Gewerkschaften zu kirchlichen Einrichtungen verneint und als „Verletzung der kirchlichen Autonomie" bezeichnet wurde.

Mit dem neuen BAG-Urteil wird das Koalitionsrecht in der Bundesrepublik weiter eingeschränkt. Die Lohnabhängigen wie z.B. Krankenschwestern und Pfleger in den kirchlichen Einrichtungen werden der Willkür ihrer Dienstherren ausgeliefert. Der finsteren Reihe einer arbeiterfeindlichen, antigewerkschaftlichen und antidemokratischen Rechtssprechung wurde ein neues Glied angefügt.

Lohnkürzung im öffentlichen Dienst

Kein längeres Hinhalten mehr — Urabstimmung!

BONN. — Ohne Ergebnis endete das Spitzengespräch zwischen ÖTV-Chef Kluncker und Bundesinnenminister Baum am 19. Januar. Die Bundesregierung hält daran fest, die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die zu 80 Prozent nicht besser gestellt sind als die Arbeiter und kleinen Angestellten in der Privatwirtschaft, mit einem direkten Lohnraub zur Kasse zu bitten.

Diese geplante einprozentige Einkommenskürzung ist nicht nur gegenüber den betroffenen Arbeitern, kleinen Angestellten und kleinen Beamten eine empörende Ungerechtigkeit. Sie ist gleichzeitig ein lohnpolitischer Vorstoß der Bundesregierung zugunsten der Unternehmer. Es soll ein Exempel statuiert werden, das es den Privatkapitalisten erleichtert, die Löhne und Gehälter der gesamten Arbeiter- und Angestelltenschaft anzugreifen.

Während die Rüstungsausgaben ins Unermeßliche gesteigert und die Rüstungskapitalisten mit einem wahren Goldregen überschüttet werden, während für die Unternehmer, vor allem für die Großkonzerne, die Subventionen weiterhin fließen wie Milch und Honig im Schlaraffenland, sollen die Arbeiter, kleinen Angestellten und kleinen Beamten Kürzungen ihrer schmalen Einkommen hinnehmen! Diese skandalöse Umverteilungsaktion zugunsten der Reichen haben die Bonner Volksbetrüger mit der sinnigen Bezeichnung „Sparmaßnahmen" versehen.

Die Führer der im öffentlichen Dienst vertretenen Gewerkschaften, insbesondere ÖTV-Chef Kluncker, haben häufig ihre Streikentschlossenheit gegenüber diesem unerhörten Angriff betont. Und es kann ja in der Tat auch gar keine andere Antwort der Gewerkschaften geben. Alles andere wäre die reinste Kapitulationspolitik.

Die Frage ist allerdings, wie ehrlich Kluncker es meint, wenn er so wortradikal den Widerstand verkündet. Kluncker hat auf der anderen Seite wiederholt anklingen lassen, daß er von der Sache her ein Sonderopfer im öffentlichen Dienst notfalls in Kauf nehmen würde, nur nicht auf diesem provokatorischen Weg, wie die Bundesregierung es will.

So spricht Kluncker zwar immer davon, daß die ÖTV eine offene Verletzung der Tarifautonomie auf keinen Fall hinnehmen könne. Jedoch sagte er nie unzweideutig, daß ein besonderes Lohnopfer für die Kollegen im öffentlichen Dienst auf keinen Fall und in keiner Form annehmbar ist.

Deshalb müssen die Kollegen wachsam sein! Faule Kompromisse sind bei Kluncker immer drin! Für die Gewerkschaften sind jedoch keinerlei Lohnkürzungen akzeptabel, in welche Form sie auch gekleidet sein mögen. Und für irgendwelche Sonderopfer der Arbeiter, kleinen Angestellten und kleinen Beamten im öffentlichen Dienst gibt es nicht die geringste Rechtfertigung. Die Reichen sollen die Krise bezahlen!

Nach dem angeblich „letzten" Spitzengespräch vom 19. Januar hat Kluncker sich nun noch auf ein „allerletztes" am 28. Januar eingelassen. Auch dies zeugt nicht gerade von einer konsequenten Haltung. Falls Baum bei diesem Gespräch jedoch die Lohnsenkungspläne nicht definitiv und restlos zurücknehmen sollte, darf es kein längeres Hinhalten mehr geben. Dann ist unverzüglich die Urabstimmung durchzuführen!

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1,** Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum,** Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1,** Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Mo, Mi, Fr 17 - 19 Uhr.

4600 **Dortmund 30,** Zentrales Büro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 / 92.

4100 **Duisburg 12,** Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 1,** Parteibüro der KPD, Bockenheimer Anlage 1, Tel.: 0611/552903, geöffnet: Do + Fr 17.30 - 20 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

2000 **Hamburg 6,** Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo - Fr 15 - 18 Uhr, Fr 11 - 13 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

7100 **Heilbronn,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 18.30 - 19.30 Uhr.

2300 **Kiel 1,** Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr, Do 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37 a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen,** Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

8500 **Nürnberg,** Parteibüro der KPD, Humboldstr. 103, Tel.: 0911 / 438043, geöffnet: Mi - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

4500 **Osnabrück,** Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstr. 5.

7000 **Stuttgart 1,** Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mi 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

DGB-Friedensaufruf

Vetter will Unterschriftenaktion verlängern

DÜSSELDORF. — Auf der Neujahrs-Pressekonferenz des DGB am 12. Januar in Düsseldorf nahm DGB-Chef Vetter unter anderem zu dem blamablen Ergebnis des DGB-Friedens-Appells Stellung. Vetter kündigte eine Verlängerung der Unterschriftensammlung bis zum 1. September 1982 an. Für die schwache Unterstützung des DGB-Appells versuchte der DGB-Chef die angebliche Rückständigkeit der Gewerkschaftsbasis verantwortlich zu machen.

Bekanntlich war der Friedensaufruf gerade unter denen, von deren Aktivität der Erfolg einer derartigen Kampagne entscheidend abhängt, auf heftige Kritik und Widerstand gestoßen: Unter den aktiven Gewerkschaftern in den Betrieben und auf den unteren Funktionärsebenen. Und dies völlig zu Recht.

Der Aufruf ist so gehalten, daß er eher als Plattform gegen die Friedensbewegung denn als Beitrag zum Kampf gegen die Kriegsgefahr taugt. Die gegenwärtig wichtigste aktuelle Forderung im Friedenskampf, nämlich die Forderung nach der Rücknahme des NATO-Doppelbeschlusses, fehlt darin überhaupt.

Statt auf den Kampf für konkrete Forderungen gegen den Rüstungswahnsinn und den Militarismus, orientiert der DGB-Appell auf die Illusion, daß der Frieden über die sogenannten Abrüstungsverhandlungen zwischen den beiden Supermächten gesichert werden könne. Als ob nicht gerade dies die größten imperialistischen Räuber unserer Zeit wären, von denen die Kriegsgefahr heute in allererster Linie ausgeht!

Die Absicht der rechten Gewerkschaftsführer, mit dem Aufruf einen Keil zwischen die Gewerkschaften und die Friedensbewegung zu treiben, ist ziemlich durchsichtig. Viele Kollegen haben diese Absicht erkannt. Der Widerstand der fortschrittlichen und klassenkämpferischen Gewerkschafter gegen diese Politik ist völlig berechtigt. Unsere Partei unterstützt ihn. Die KPD hat ausführlich und nachdrücklich dargelegt, warum dieser Friedensaufruf reaktionär ist und von uns nicht unterstützt werden kann.

Die DGB-Führung hatte großspurig angekündigt, die Unterschriftensammlung werde bis Ende November '81 mit einem Ergebnis von mindestens zwei Millionen Unterschriften abgeschlossen sein. Als Ende Oktober dann erst lächerliche 200000 Unterschriften zusammengekommen waren, trommelte Vetter sämtliche DGB-Kreisgeschäftsführer zu einer Sonderkonferenz zusammen.

Es wurde sogar erwogen, alle Einzelgewerkschaften verbindlich zu verpflichten, eine bestimmte Quote der angepeilten Unterschriftenzahl entsprechend ihrer Mitgliederzahl abzuliefern. Hektisch bemühte man sich, die sich abzeichnende Bauchlandung doch noch abzuwenden.

All dies aber half nichts. Statt mehr als zwei Millionen waren es Ende November nur eine halbe Million Unterschriften, die mit Hängen und Würgen zusammengekommen waren. Angeblich (Vetter behauptete dies auf der Neujahrs-Pressekonferenz) soll inzwischen eine Million voll sein.

Diese Pleite kann nur als eine politische Niederlage der rechten Gewerkschaftsführer verstanden werden: Ein beträchtlicher Teil der aktiven Gewerkschafter hat sich Vetters Politik, die Gewerkschaften vor den Karren der Bonner Nachrüstungspolitiker zu spannen, widersetzt. Dies versucht Vetter nun zu vertuschen indem er den Spieß umdreht und seine eigene Pleite mit der angeblichen Rückständigkeit und politischem Desinteresse der Gewerkschaftsbasis zu erklären versucht.

Über die diesbezüglichen Äußerungen des DGB-Chefs auf der Pressekonferenz berichtet die „Frankfurter Rundschau":

„Daß das ursprüngliche Ziel in der angenommenen Zeit nicht erreicht wurde, erklärte Vetter damit, daß der DGB seit rund 20 Jahren, seit der Kampagne ‚Kampf dem Atomtod' keine gesellschaftliche Großbewegung mehr organisiert habe. Er habe nun erleben müssen, daß solche Bewegungen, die damals sehr schnell gelungen seien, ‚nicht x-beliebig abzurufen sind'.

Vetter zog einen Vergleich mit der Friedensdemonstration in Bonn am 10. Oktober. Während es einer geistig-beweglichen Oberschicht sehr schnell möglich sei, 300000 Leute zu mobilisieren, müßten die Gewerkschafter mit den einzelnen in den Betrieben diskutieren, warum sie angesichts so vieler anderer Initiativen gerade diese DGB-Unterschriften wollten."

Nach sattsam bekanntem Strickmuster versucht Vetter hier wieder einmal, eine politische Massenbewegung, die den Bonzen wegen ihres fortschrittlichen Charakters gegen den Strich geht, als „bourgeois" zu verschreien. Zugleich beschimpft der DGB-Chef seine eigene Mitgliederbasis in nur schlecht verhüllten Wendungen als unpolitisch und rückschrittlich.

Dabei unterlaufen Vetter jedoch zugleich einige unfreiwillige Eingeständnisse, mit denen er seine Politik und seine unverfrorene Verleumdung der Arbeiterschaft selbst ad absurdum führt. Seit 20 Jahren habe der DGB keine gesellschaftliche Großbewegung mehr organisiert. Richtig. Und warum nicht?!

Warum sabotierte die DGB-Führung zum Beispiel im Jahr 1968 den Kampf gegen die Notstandsgesetze?! Damals gab es in den Betrieben und in den Gewerkschaften starke Bestrebungen, den DGB zur Organisierung einer Protestbewegung gegen die Verabschiedung dieser Ermächtigungsgesetze zu bewegen. Die DGB-Führung aber sabotierte dies mit allen Mitteln und wiegelte heimtückisch ab.

Zum Zweiten: Sicherlich hat Vetter recht, daß es schwierig ist, den Kollegen zu erklären, warum der DGB „angesichts so vieler Initiativen" nun gerade für diesen Aufruf Unterschriften sammelt. Dies vor allem, wo die Absichten der DGB-Führung deutlich nach Unterstützung der Bonner Nachrüstungspolitik und Spaltung der Friedensbewegung riechen.

Wir sind andererseits sicher, daß für einen ehrlich gemeinten, akzeptablen Friedensaufruf des DGB die zwei Millionen Unterschriften in der vorgesehenen Zeit zusammengekommen wären. Und zwar trotz des Umstands, daß die DGB-Führung bisher keinen Finger gerührt hat, um eine breite Aufklärungsarbeit innerhalb der Arbeiterschaft über die Kriegsgefahr und die Notwendigkeit des antimilitaristischen Kampfes zu betreiben.

Vetter und Konsorten haben derartige Bestrebungen nicht nur nicht unterstützt, sondern sie sogar stets massiv unterdrückt. Wir erinnern hier nur an die Einstampfung der Antikriegstagsbroschüre der DGB-Jugend vor zweieinhalb Jahren!

Unsere Aufgabe ist es, dafür einzutreten, daß im DGB eine antimilitaristische Aufklärungs- und Mobilisierungsarbeit entfaltet wird. Wir müssen dafür sorgen, daß der Widerstand gegen die „Nach"rüstung und darüber hinaus der Kampf für die Abkoppelung unseres Landes von der NATO und den USA, der Kampf für den Austritt aus der NATO, für Neutralität in den Betrieben Fuß faßt. In diesem Sinne sagen wir: Weg mit dem gescheiterten DGB-Aufruf! Er soll durch einen anderen, besseren ersetzt werden.

Resolution einer ÖTV-Betriebsgruppe

„Wir unterzeichnen diesen Aufruf nicht!"

Folgende Resolution wurde kürzlich von der ÖTV-Betriebsgruppe am Städtischen Krankenhaus in Frankfurt im Stadtteil Höchst verabschiedet und an den ÖTV-Kreisvorstand geschickt:

Wir haben den Appell „Frieden durch Abrüstung" gelesen und diskutiert und teilen euch folgendes mit:

Wir unterzeichnen diesen Aufruf nicht!

- **Weil er nicht geeignet ist, die Friedensbewegung zu stärken und voranzubringen.**
- **Weil er keine einzige konkrete Forderung der Friedensbewegung aufgreift, den Nachrüstungsbeschluß noch nicht einmal erwähnt, geschweige denn seine Rücknahme durch die Bundesregierung fordert.**
- **Weil er sich beschränkt auf die Forderung nach Abrüstungsverhandlungen zwischen den Supermächten, wobei völlig außer acht gelassen wird, daß gerade die bereits seit 25 Jahren verhandeln mit dem Ergebnis ständig zunehmender Aufrüstung.**
- **Weil er keinerlei praktische Möglichkeiten aufzeigt, wie wir als Gewerkschaftler vorwärtstreibend in die Friedensbewegung eingreifen können.**

Dieser Appell, den sogar Helmut Schmidt selber und ein Horst Niggemeier — der den Datteiner Appell für die Nachrüstung mitinitiiert hatte — aus vollem Herzen unterstützen, der sich in allgemeinen Friedens- und Abrüstungsphrasen erschöpft, nützt überhaupt nichts, sondern schadet eher, weil er beliebig gegen die vorhandene breite Friedensbewegung benutzt werden kann.

Wir fordern euch auf, einen neuen Friedensaufruf zu formulieren, der die zentralen Forderungen der Friedensbewegung aufgreift:

- **Weg mit dem NATO-Nachrüstungsbeschluß!**
- **Für ein atomwaffenfreies Europa!**

Solch einen Aufruf würden auch wir unterstützen.

Wenn wir, die Gewerkschaften, Teil der Friedensbewegung sein wollen, müssen wir uns einreihen, nicht aber unter dem Deckmantel der Eigenständigkeit des DGB spalten!

„Durch-Blick auf Hoechst"



Vor kurzem wurde bei den Farbwerken Hoechst in Frankfurt, einem der größten Chemie-Betriebe der Bundesrepublik, die erste Ausgabe von „Durch-Blick auf Hoechst", Betriebszeitung der KPD, verteilt. Vor Jahren gab es bei Hoechst bereits schon einmal eine Betriebszeitung unserer Partei (damals noch KPD/ML). Sie hieß „Rot Front". Sie mußte jedoch wieder eingestellt werden, weil die Arbeit der Partei bei Hoechst vorübergehend unter Rückschlägen und Schwierigkeiten zu leiden hatte. Seit einiger Zeit aber geht es auch bei Hoechst mit unserer Betriebsarbeit wieder voran.

Das Erscheinen des „Durch-Blicks" zeugt davon. Die erste Ausgabe der kommunistischen Betriebszeitung enthält Beiträge zu folgenden Themen: zur Lohnrunde und zur Forderung unserer Partei, daß die Reichen die Krise bezahlen sollen; zur fristlosen Entlassung des oppositionellen Betriebsratsmitglieds Hans Werner Krause; zur fristlosen Entlassung und Mißhandlung des Lehrlings Bernd Reisig (über beide Fälle berichteten wir im RM bereits); zur Startbahn West und schließlich zur Solidarität mit dem Kampf der polnischen Arbeiterklasse.

Freiheit für die Gewerkschafter in Polen und der Türkei!

Einäugigkeit ist nicht gefragt

Gegen das Militärregime in Polen und die blutige Unterdrückung der dortigen Gewerkschaftsbewegung gehen Gewerkschafter, Antifaschisten und Friedenskämpfer am 30. Januar auf die Straße.

Aufgerufen zu diesem Tag der Solidarität haben unsere polnischen Kollegen von der Solidarność, die heute in einem schweren Kampf gegen die sozialfaschistischen Machthaber in Warschau, in einem Kampf um das Überleben ihrer unabhängigen Gewerkschaft und um die Verteidigung der elementarsten Arbeiterrechte stehen.

Es ist zu begrüßen, daß die DGB-Führung sich nach anfänglichem Zögern doch noch dazu durchgerungen hat, für den 30. Januar ebenfalls zu Solidaritäts- und Protestveranstaltungen aufzurufen. Und wir hoffen, daß der DGB auch die in verschiedenen Städten angesetzten Demonstrationen offiziell unterstützt.

Es gibt allerdings auch falsche Freunde der polnischen Gewerkschaftsbewegung. Die angebliche Solidarität dieser Leute ist durch und durch heuchlerisch und verlogen. Hier sei zuallererst der Häuptling der US-amerikanischen Wallstreet-Mafia, Reagan, genannt. Mit Krokodilstränen in den Augen hat dieser Gewerkschaftsfeind inzwischen ebenfalls zum 30. Januar als Solidaritätstag aufgerufen.

Welch ein Hohn! Wer in Lateinamerika im Blut der Gewerkschafter watet, wer die blutige Unterdrückung der türkischen Gewerkschaften durch General Evren und Konsorten gutheißt (und selbst mit in die Wege geleitet hat), dessen „Solidarität" kann nichts anderes sein, als die des Wolfs, der seine Opfer mit Kreide in der Kehle überlisten will.

In Wahrheit schert sich doch ein Reagan, der in Guatemala oder in der Türkei seine Bluthunde auf Arbeiter hetzt, einen Dreck um den polnischen Arbeiter, um den Befehl Jaruzelskis oder Breschnews ins Konzentrationslager geworfen oder beim Militäreinsatz zusammengeschossen wird. Genauso läßt einen Breschnew in Wirklichkeit das Schicksal des eingekerkerten oder ermordeten guatemaltekischen oder türkischen Arbeiters völlig kalt, mag der Revisionistenboss auch noch so große Krokodilstränen vergießen.

Für diejenigen, die aus Klassensolidarität für die polnischen Kollegen auf die Straße gehen, für ehrliche Gewerkschafter, die voller Empörung verfolgt haben, wie Jarzuelski und Komplizen die Rechte und den heroischen Widerstand der polnischen Arbeiter mit Panzern niederwalzen ließen, kann es keine Einäugigkeit geben. Sie können auch die Haltung der DGB-Führung unmöglich mit Stillschweigen übergehen, die von derartiger Einäugigkeit geprägt ist.

Es ist eine Schande für unsere Gewerkschaften, daß unsere türkischen Kollegen der Gewerkschaft DISK, deren Funktionäre eingekerkert und grausamen Folterungen unterworfen und von der Ermordung durch eine faschistische Militärjustiz bedroht sind, die DGB-Führung bereits mehrfach vergeblich um Solidarität bitten mußten.

Bis heute ist von Vetter, Loderer und Konsorten nichts Nennenswertes geschehen, um die brutale Unterdrückung der Gewerkschaften in der Türkei durch das faschistische Militärregime in Ankara zu ächten und an den Pranger zu stellen!

Für uns, die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung der Bundesrepublik und Westberlins, gibt es zweifellos zahlreiche und schwerwiegende Gründe, in brüderlichem internationalistischem Geist gerade unseren polnischen Kollegen zur Seite zu stehen. Das gleiche trifft aber genauso auch auf die Türkei zu!

Der DGB hat ebenso die Pflicht, für die Freiheit der Gewerkschafter in der Türkei und gegen den Arbeitermord in diesem Land seine Stimme zu erheben, wie dies auch in bezug auf Polen gilt.

Dies sollten wir am 30. Januar berücksichtigen, wenn wir für die Kollegen von Solidarność auf die Straße gehen. Einäugigkeit ist auch an diesem Tag nicht im geringsten gefragt!



Streikversammlung bei Videocolor.

Betriebsbesetzung bei Videocolor

„Der Kampf geht weiter!"

Mit unerhörten Erpressungsmanövern wollten die Thomson-Brand-Bosse die streikende Videocolor-Belegschaft in die Knie zwingen. Als das nichts nutzte, leiteten sie gegen fast 1000 Arbeiter die fristlose Entlassung ein. Aber auch dadurch konnten sie die Streikfront nicht erschüttern. Im Gegenteil. Die meisten Kollegen erkannten nun noch klarer, wie richtig sie gehandelt hatten, als sie in den Streik traten und den Betrieben besetzten. Zugleich fachten die Bosse durch ihren skrupellosen Entlassungsterror ungewollt die Solidaritätsbewegung zur Unterstützung der Videocolor-Kollegen an.

Nötigung

Vor nichts schrecken die Videocolor-Kapitalisten zurück, um den Widerstand der Belegschaft gegen den verbrecherischen Stillegungsplan zu brechen. So ließen sie der Belegschaft per Einigungsstelle einen Sozialplan diktieren, der unverhüllt als Erpressungswerkzeug angelegt ist: Ziffer 2.2.3 dieses Sozialplans besagt, daß Arbeitnehmer, deren Arbeitsverhältnis aus wichtigem Grund fristlos gekündigt wurde, keine Ansprüche aus dem Sozialplan haben. Parallelen dazu hatte die Geschäftsleitung der Belegschaft ein Ultimatum gestellt: Wer am 19. Januar noch streikt, wird fristlos entlassen!

Und dieses Ultimatum haben sie direkt in den Sozialplan eingearbeitet, indem sie folgende Maßregelungsklausel einfügten: *„Arbeitsverweigerungen, die bis zum 19. Januar 1982 — 6.00 Uhr — (Beginn der Frühschicht) bei Videocolor GmbH Ulm vorgekommen sind, werden hinsichtlich der Teilnahme am Sozialplan fiktiv nicht als wichtiger Grund im Sinne des vorstehenden Satzes angesehen."*

Das bedeutet: wer sich dem Ultimatum nicht beugt, sondern weiterstreikt, wird nicht nur fristlos gekündigt, sondern verliert zudem noch jeden Anspruch auf Leistungen aus dem Sozialplan. Vollkommen zu Recht bezeichnete das Streikkomitee dies als Nötigung. Im übrigen ist es eine unglaubliche Schweinerei, daß die Einigungsstelle solch einen Sozialplan, der als Mittel zur Nötigung aufgebaut ist, absegnete!

Sogar ein Toter wurde fristlos entlassen!

Der Zynismus der Videocolorbzw. Thomson-Brand-Kapitalisten spiegelt sich in ihren Methoden wider. Die Entlassungslisten ließen die Herren von ihrem Computer zusammenstellen. Rücksichtslos wurde über jedes Einzelschicksal weggetrampelt: unter den Entlassenen befinden sich auch Kollegen, die an dem Streik gar nicht beteiligt waren, weil sie krank waren oder sich im Urlaub befanden. Ein Kollege, der kurz vor Ablauf des Ultimatums an Krebs gestorben war, erhielt ebenfalls den blauen Brief zugestellt.

Die Kapitalisten scheren sich einen Dreck um das Schicksal jener Menschen, die sich für ihren Reichtum jahre- und jahrzehntelang haben schuften und schinden müssen. Wo sich die Arbeiter aber wehren und nicht bereit sind, sich wie Hunde auf die Straße jagen zu lassen, nur weil es den Herren so in die Kalkulation paßt, gehen sie zu brutalen Strafmaßnahmen über.

Der Haß der kapitalistischen Profithaie auf Arbeiter, die den aufrechten Gang wählen, drückt sich auch in den Beschimpfungen aus, die die Thomson-Brand-Bosse gegen das Streikkomitee losließen: *„(...) radikale, irrationale Rädelsführer"*. Und der Vergleichsverwalter Schulze nannte die Streikenden *„Meuterer"*, mit denen man nicht verhandele.

Wie recht hatte doch der Ulmer IGM-Bevollmächtigte, Horst Müller, als er zu dem Verhalten der Thomson-Brand-Bosse meinte: *„Kapitalisten kennen keine Moral, sie pfeifen auf die Moral!"*

Der Sprecher des Streikkomitees, der IGM-Vertrauensmann Udo Tischer, kennzeichnete das Verhalten der Kapitalisten folgendermaßen: *„Hier sollen Menschen Kartoffeln sein, die man heute einkauft und morgen wieder wegwirft."*

Kampfentschlossenheit

Durch die Statuierung eines brutalen Exempels versuchte die Geschäftsleitung kurz vor Ablauf des Ultimatums Angst und Schrecken hervorzurufen: Am 18. Januar, also nach einer Woche Streik und einen Tag vor Ablauf der Ultimatumsfrist, erhielten Udo Tischer und zwei ausländische Mitglieder des Streikkomitees die fristlose Kündigung.

Unter dem Beifall der Streikenden ließ Udo Tischer die Kündigungsschreiben in Flammen aufgehen. Anstatt in die Knie zu gehen, beschloß die Streikversammlung dann einstimmig die Weiterführung des Kampfes. Als am nächsten Tag die unerhörte Drohung wahrgemacht wurde und fast 1000 Arbeitern die fristlose Kündigung ausgesprochen wurde, beschloß die Belegschaft erneut, den Streik fortzusetzen.

Vincenzo Garello, italienisches Mitglied im 15köpfigen Streikkomitee, erklärte: *„Die können den Sozialplan streichen, die können uns kündigen, wir bleiben in der Fabrik."* Und der italienische Kollege sagte weiter: *„Der Kampf geht weiter. Es gibt kein Zurück mehr."*

Solidarität

Bei Videocolor kämpfen türkische, italienische, spanische und deutsche Kollegen mit vorbildlicher Geschlossenheit als eine einige Belegschaft für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Ihr Kampf stößt zugleich auf Sympathie in der ganzen Arbeiterschaft und bei der werktätigen Bevölkerung.

Tag für Tag treffen Dutzende von Solidaritätsadressen in dem besetzten Werk ein. Zahlreiche Delegationen aus anderen Betrieben, z.B. von Bosch in Reutlingen, von SKF in Stuttgart usw. usf. haben bereits Besuche abgestattet.

In vielen Betrieben fanden Spendensammlungen statt. In einem Reutlinger Metallbetrieb mit ca. 1000 Beschäftigten wurden 18000 Mark gesammelt! Die Belegschaft des benachbarten Betriebes von Magirus-Deutz, wo zur Zeit 120 Kollegen „abgebaut" werden sollen, übergab in der vergangenen Woche 30000 Mark. Auch eine Schulklasse hat bereits eine Spende geschickt.

Gerührt und begeistert sind die Streikenden über die Zuschrift eines zehnjährigen Mädchens, das ihnen schrieb: „Habe nicht soviel Geld, darum habe ich meine Spielsachen verkauft, um euch zu helfen. Es ist nicht viel nur 20,— DM."

Bis zum vergangenen Wochenende waren auf das Spendenkonto bereits rund 310000 DM eingegangen. So etwas hat es hierzulande bislang noch nicht gegeben!

Viele Kollegen betrachten also den Kampf der Videocolor-Belegschaft als ihren eigenen Kampf. Und in der Tat: „Stopp der Arbeitsplatzvernichtung!" steht auf einem großen Transparent an dem besetzten Werk. Die Videocolor-Belegschaft führt einen beispielhaften Kampf. Der Weg, den sie beschritten haben, ist der Weg der kompromißlosen Verteidigung unserer Arbeitsplätze!

Nur wenn sich die Arbeiterklasse insgesamt, wenn sich auch unsere Gewerkschaften auf diesen Weg hinorientieren, kann der zunehmenden Arbeitsplatzvernichtung Einhalt geboten und das verheerende Anwachsen der Arbeitslosigkeit eingedämmt werden: Stillegungen und Massenentlassungen dürfen nicht mehr hingenommen, Rationalisierungsfeldzüge nicht mehr toleriert werden! Und die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich muß endlich auf die Tagesordnung gesetzt werden!

Übernahme des Werkes durch die Belegschaft?

Kein Ausweg!

Wie aus Pressemeldungen zu erfahren war, hat der Stuttgarter IGM-Bezirksleiter Steinkühler in die Verhandlungen mit den Thomson Brand-Konzernbossen den Vorschlag eingebracht, daß das Videocolor-Werk von der Belegschaft in eigener Regie übernommen und weitergeführt werden soll. Wir meinen, daß von einer solchen Alternative gewarnt werden muß!

Es kann in einem kapitalistischen Land keine sozialistischen Inseln geben. Auch wenn die Belegschaft den Betrieb selbst übernehmen würde, wäre er den Bedingungen und Gesetzen des kapitalistischen Umfelds unterworfen, die zu den Stillegungsplänen der Kapitalisten geführt haben. Zwischen den Monopolen der Fernsehindustrie, speziell auch den Farbbildröhrenherstellern, tobt heute ein gnadenloser Konkurrenzkampf, ein Wirtschaftskrieg.

Die Strategie der Thomson-Brand-Bosse besteht darin, die Farbbildröhrenfertigung in Ulm und in ihrem französischen Werk in Lyon zu vernichten, um sie gänzlich auf ihr drittes Werk in Italien zu konzentrieren. Aus diesem Grund haben sie das Ulmer Videocolor-Werk dem AEG-Konzern abgekauft. Sie wollen ihre Marktpositionen um jeden Preis ausbauen, um so die Konkurrenten zu schlagen.

Die Farbbildröhren-Monopole würden auch bei einem von der Belegschaft übernommenen (und mit Sicherheit nur unter großen Opfern weiterzuführenden) Videocolor-Werk nicht ruhen, bis diese Produktion in Ulm ruiniert und vernichtet ist.

Der einzige Ausweg besteht darin, die Kapitalisten und/oder den Staat zu zwingen, den Erhalt der Arbeitsplätze zu garantieren. Im übrigen ist es äußerst gefährlich für den Kampf der Videocolor-Belegschaft, wenn Steinkühler und der Betriebsratsvorsitzende von Videocolor unkontrolliert und unter Ausschluß der gewählten Streikleitung, der gegenwärtig einzig legitimen Vertretung der Belegschaft, Verhandlungen führen.



Mit einem Bus fuhren streikende Videocolor-Arbeiter nach Paris, um bei der Thomson-Brand-Zentrale gegen die Schließung zu protestieren. Außerdem besuchten die Kollegen auch die Belegschaften in den Farbbildröhrenwerken von Thomson-Brand in Frankreich und Italien. Die französische Gewerkschaft CFDT solidarisierte sich mit den Ulmer Kollegen. Sie will in dem Videocolor-Werk in Lyon einen Solidaritätsstreik organisieren.



Mit ihren Ehepartnern und ihren Kindern sitzen Streikende in der Fabrikhalle.

Aus einem zentralen Flugblatt der KPD

In dieser Woche wird vielerorts und an vielen Betrieben ein zentrales Flugblatt unserer Partei verteilt, das zur Solidarität mit den Videocolor-Arbeitern aufruft. Im folgenden einige Auszüge daraus:

Der Kampf in Ulm geht uns alle an!

Der Kampf in Ulm geht uns alle an. Auf breiter Front sind Unternehmer und Regierung zum Angriff gegen uns Arbeiter und Werktätige angetreten: Massenentlassungen, Betriebsschließungen, Lohn- und Sozialabbau. Auf unseren Schultern wollen sie die Folgen der von ihnen verschuldeten Krise abladen. Tausende und abertausende Arbeiterfamilien sind in ihrer Existenz bedroht. Die Ulmer Kollegen haben diesen Angriffen die richtige Antwort erteilt: Streik und Betriebsbesetzung. Sie haben recht, denn kein Sozialplan kann ihre Arbeitsplätze ersetzen. Mehr und mehr muß die Arbeiterklasse jetzt dazu übergehen, solche mutigen Kämpfe wie bei Videocolor und vorher schon bei VDM in Frankfurt zu nutzen, um eine gemeinsame Kampffront gegen die Unternehmerangriffe aufzubauen. Das brutale Vorgehen der Bosse in Ulm zeigt die Entschlossenheit der Unternehmer, mit allen Mitteln ihre Profitinteressen gegen die Arbeiterklasse durchzusetzen (...).

Die Kollegen von Videocolor haben mit ihrem mutigen Kampf ein Zeichen gesetzt für die gesamte Arbeiterklasse. Tragen wir alle durch praktische Solidarität dazu bei, daß es auch ein Sieg für die gesamte Arbeiterklasse wird. Die Ulmer Kollegen benötigen Unterstützung jeder Art. Sammelt Geld und Unterschriften in euren Betrieben, verabschiedet Solidaritätsresolutionen auf Betriebsversammlungen oder in den Vertrauenskörpern, schickt nach Möglichkeit Delegationen aus euren Betrieben direkt nach Ulm. Sorgt dafür, daß eure Gewerkschaften sich jetzt voll hinter die Betriebsbesetzung stellen und ihr ganzes Gewicht für die sofortige Rücknahme der Maßregelungen und für den bedingungslosen Erhalt der Arbeitsplätze bei Videocolor einsetzen.

Weg mit den Entlassungen! Videocolor mit sämtlichen Arbeitsplätzen muß erhalten bleiben!

Solidarität mit der Videocolor-Belegschaft!

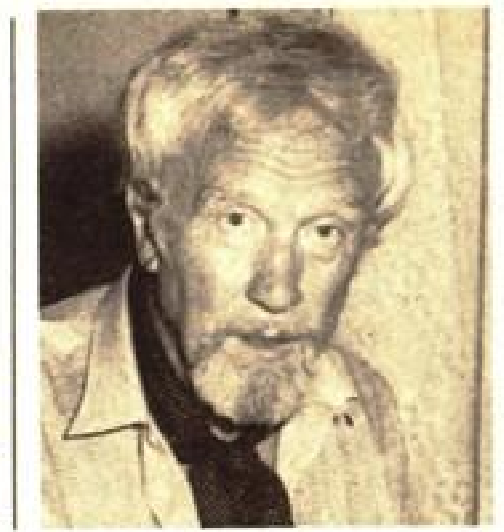
Spenden sind zu richten an:
Sonderkonto der Arbeiterwohlfahrt „Solidarität für Videocolor", Bank für Gemeinwirtschaft, Ulm, Bankleitzahl: 630 101 11, Konto-Nummer: 1019829100

Solidaritätsadressen sind zu richten an:
Streikkomitee Videocolor, Graf-Arco-Straße 3, 7900 Ulm

Am 30. und 31. Januar findet in Frankfurt der 2. Bundeskongreß der VOLKSFRONT gegen Reaktion, Faschismus und Krieg statt.

Der „Rote Morgen" sprach aus diesem Anlaß mit einem Mitglied des Zentralen Vorstandes dieser Organisation,

Harry Dubinsky.



Harry Dubinsky wurde 1921 als Sohn einer Arbeiterfamilie in Berlin geboren. Seine Mutter war Mitglied der RGO, Betriebsrätin bei der AEG/Brunnenstraße.

Am 2. Mai 1933 wurde die Mutter verhaftet. Harry kam ins Waisenhaus. „Damals lernte ich das erste Mal eigentlich das Wort ‚Faschismus' kennen, durch die Verhaftung meiner Mutter bin ich damit als Kind konfrontiert worden."

Nach einem halben Jahr kamen beide wieder raus, Harry wurde zum „Landjahr" geschickt, weil es, wie sein Schulleiter sagte, gut sei, wenn er eine nationalsozialistische Erziehung bekäme.

1939, bei Kriegsanfang — Harry lebte nicht mehr bei der Mutter in Moabit, sondern war auf Arbeit in Schöneberg — wurde die Mutter wiederum verhaftet. Und er ebenfalls, von der Arbeit weg. Nach Polizeihaft in der Prinz-Heinrich-Straße kam er ins KZ Sachsenhausen. In seinem „Schutzhaft"-Befehl stand: „Es ist anzunehmen, daß er im Falle seiner Freilassung sich wieder staatsfeindlich im Sinne der KPD betätigen würde". Dabei war er nicht Mitglied der KPD, auch nicht ihres Jugendverbandes; er war nur bis 1933 im Fichte-Sportverband gewesen. „Aufgrund dessen, daß meine Mutter verhaftet wurde, haben sie mich quasi als Unsicherheitsfaktor gleich mit eingesperrt."

Bis April 1944 blieb Harry im KZ Sachsenhausen. Dann wurde plötzlich für „wehrwürdig" befunden und nach Ausbildung in Dänemark an die Ostfront, nach Ungarn, geschickt.

Im KZ hatte er Kontakt zu politisch bewußten Menschen, auch zu Kommunisten, bekommen. „Da ich als junger Mensch lernfähig und auch begeistert war", schildert er, „machte man sich die Mühe, mir die Hintergründe des faschistischen Systems aufzuzeigen". Mit diesen Genossen beriet er auch, was er an der Front zu tun hätte. Und er tat das richtige: Zusammen mit fünf Kameraden lief er zur Roten Armee über. Dem Bataillonsstab machte er erste Meldung über das Lager Sachsenhausen, wo unter anderem 18000 sowjetische Kriegsgefangene ermordet wurden.

Es folgte der Eintritt ins Nationalkomitee Freies Deutschland. Harry kam zur Erholung in ein Sanatorium auf der Krim, blieb dann bis 1947 in Moskau und kehrte schließlich nach Deutschland zurück. Er wurde Mitglied der SED. Seit 1947 ist Harry Mitglied der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes.

„Mit den Ereignissen in der DDR in den Jahren von '53 bis '57 überwarf ich mich, und da ich Westberliner war — ich war in Westberlin gemeldet — habe ich die DDR verlassen und bin nach Westberlin, und 1964 bin ich in die Bundesrepublik gekommen."

„Die VOLKSFRONT ist heute schon eine ernstzunehmende antifaschistische Kraft"

RM: Harry, Du gehörst zu den heute noch aktiven Antifaschisten, die den Hitler-Faschismus noch miterlebt und damals schon dagegen gekämpft haben. Wie bist Du heute zur VOLKSFRONT gekommen? Wie beurteilst Du ihre Arbeit? Was kannst Du aus Deiner Erfahrung heraus zu den verschiedenen Einwänden sagen, die gegen diese Arbeit erhoben werden, daß ihre Gründung zu früh sei, daß sie noch viel zu klein sei usw.?

Harry: Ich kam zur VOLKSFRONT kurz vor der Bundestagswahl 1980. Ich hatte einige VOLKSFRONTler kennengelernt, man erzählte mir von der VOLKSFRONT, fragte mich, ob ich nicht meine Erfahrung in diese Arbeit mit einbringen wollte. Ich habe das begrüßt, denn ich bin Mitglied der VVN, die VVN aber ist meines Erachtens nicht die Organisation, die es tatsächlich ernsthaft fertigbringen wird, die Bevölkerung in einer breiten antifaschistischen, überparteilichen Organisation zusammenzuschließen, denn sie ist sehr DKP-lastig und vertritt den Standpunkt der DKP, daß die Sowjetunion ein friedliebender Staat sei usw.

Ich habe mich seitdem sehr in der VOLKSFRONT engagiert und halte das für richtig und notwendig. Bei vielen Diskussionen erlebte ich immer wieder, daß einzelne die VOLKSFRONT als solche belächeln, weil sie glaubten, wenn man von einer Volksfront spricht, dann müßte das schon eine riesige Massenbewegung sein, die wir ja zur Zeit nicht sind. Aber ich glaube, daß wir von den Aussagen, die wir als VOLKSFRONT machen, die besten Voraussetzungen bieten. Die waren ja immer klar; daß wir z. B. sagten bei den Kriegsgefahr: „Neutralität, raus aus der NATO" — das sind Punkte, die wir die brachten, da wurden wir belächelt und manchmal als Spinner abgetan. Nach ungefähr anderthalb Jahren sieht es heute so aus, daß man mit jedem vernünftigen Menschen darüber sprechen kann, und daß allgemein immer wieder zu hören ist: „Jawohl, diese Forderung ist die einzig reale, die wir angehen müssen, um wirklich Erfolg zu haben."

„Es ist unsere Aufgabe, aufklärend zu wirken und unsere Ziele dem Nachbarn, dem Mitmenschen, dem Kollegen so nahe zu bringen, daß sie verständlich sind. Und ich glaube doch, daß das möglich ist, und daß wir die bestehenden Unklarheiten überwinden können. **Denn viele verstehen heute die Notwendigkeit der Gründung der VOLKSFRONT; daß man mit ihrem Aufbau nicht erst dann beginnt, wenn — wie es 1936 der Fall war — die Gefahr schon Wirklichkeit geworden ist, sondern daß man sie vorher gründet.** Daß damals mehr Menschen in der Volksfront waren, daß man von einer gewissen Massenbewegung sprechen kann, ergibt sich einmal daraus, daß die große Notsituation ja schon da war, es war deutlicher zu spüren, auch für jeden einzelnen.

Aber auch heute merken immer mehr Menschen aufgrund der Ereignisse der letzten Jahre — die Beschneidung der sozialen Belange, das Gürtel-enger-Schnallen, die Arbeitslosigkeit usw., und die Vorkommnisse in verschiedenen Städten der Bundesrepublik, ich erinnere an die Startbahn West, an Brokdorf, an Nürnberg, wo die Bevölkerung eine Lektion über die bestehende „Demokratie" mitbekommen hat — wo es lang geht. Immer mehr Menschen sehen ein, daß dieser Staat nicht die Interessen des kleinen Mannes, wie man so schön sagt, vertritt, sondern die der Leute, die gestern schon die Macht hatten und die heute noch an den



Schalthebeln sitzen.

Man sieht leider, daß viele Organisationen, auch Gewerkschaftsgremien, für die es eigentlich Pflicht wäre, eine antifaschistische Arbeit zu leisten, sich heute oft drehen und wenden, wenn sie aktiv werden sollen. Es ist unsere Aufgabe, hier überall einzuwirken.

RM: Du hast die Gewerkschaften angesprochen. Die VOLKSFRONT, und das ist ja eine sehr wichtige Grundlage ihrer Tätigkeit, legt den Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die Arbeiterschaft. Und wo es Gewerkschaftsaktionen gegen die Nazis z.B. gab, da war die VOLKSFRONT dabei, da hat sie mit mobilisiert. Dennoch gibt es hier auch Schwierigkeiten...

Harry: Ja, das ist leider so. Die Kollegen der VOLKSFRONT, die in meiner Nähe wohnen und die gewerkschaftlich organisiert sind, hatten die Schwierigkeit, daß sie wegen ihrer Haltung, schon damals bei den Bundestagswahlen, ein Ausschlußverfahren bekamen und ausgeschlossen wurden. Mehrere Gewerkschaften beziehen die VOLKSFRONT in ihre Unvereinbarkeitsbeschlüsse ein! Das ist doch ein Unding. Wir sind der Meinung, daß die Gewerkschaft eine antifaschistische Arbeit leisten muß, und wir sind bereit, diese weitestgehend zu unterstützen. Unsere Kollegen sind allesamt gute Gewerkschafter, die aktiv mitarbeiten, und die zum Teil jetzt, gerade wegen dieser Arbeit, mit Ausschlußverfahren rechnen müssen und Verfolgungen ausgesetzt sind! Ich halte das für ganz falsch.

Die Kollegen in den Betrieben stehen der Arbeit der Kollegen der VOLKSFRONT meist verständnisvoll gegenüber. Aber von seiten des Gewerkschaftsvorstandes werden derartige Dinge oft abgeblockt. Das sah man an dem Aufruf gegen die Demonstration in Bonn, und das sieht man an dem Verhalten einiger Gewerkschaftsführer, die jetzt versuchen, sogar CSU-Leute in den Vorstand reinzubekommen. Diese Sache ist aber abgeblockt worden, das zeigt, daß die Kollegen doch wachsam sind und sich nicht alles gefallen lassen.

In diesem Zusammenhang fällt mir ein, daß die ADGB-Führung 1933, als man Gewerkschafter, Kommunisten, Sozialdemokraten schon verhaftet hatte, an Hitler einen Brief geschrieben hat, mit der Bitte, man möge die Gewerkschafter doch gewähren lassen, sie würden sich unpolitisch und loyal verhalten...

RM: Seit der Bundestagswahl sind fast anderthalb Jahre vergangen. Wie beurteilst Du rückblickend die Arbeit der VOLKSFRONT damals, wo siehst du ihre Schwerpunkte heute, wie soll die VOLKSFRONT diese Arbeit angehen?

Harry: Bei der Bundestagswahl haben die rechtesten Kräfte Herrn Strauß als Kanzlerkandidaten zur Wahl gestellt. Wir haben uns an der Wahl beteiligt aus dem Gefühl heraus, daß es notwendig ist, alle Kräfte gegen Strauß zu mobilisieren. Strauß stellte damals die Gefahr dar, der Gewerkschaftsfeind Nr. 1, der Freund der faschistischen Organisationen, der Mann der im Ausland mit faschistischen Organisationen eng liiert war usw.; das mußte verhindert werden, daß dieser Mann Kanzler wurde.

Für uns war das eine enorme Arbeit. Die VOLKSFRONT trotz ihrer relativ geringen Mitgliederzahl hat so gute Arbeit geleistet, daß selbst die großen bürgerlichen Parteien davor erschreckten, daß man sagte, das kann nur eine Riesenorganisation machen, die irgendwie unterstützt wird. Dabei haben wir das selbst mit den wenigen Kräften gemacht, weil wir voll im Einsatz waren.

Nach der Bundestagswahl wurde die Frage diskutiert, war es richtig, oder war es nicht richtig, daß wir uns zur Wahl gestellt haben. Denn es tauchte die Frage auf, ist die VOLKSFRONT eine Partei; von manchen wurde es auch so aufgefaßt, und das bedarf klärender Gespräche.

Ich bin der Meinung, daß es richtig war in der Situation, an der Wahl teilgenommen zu haben. Wir haben unsere Ziele der Bevölkerung nahegebracht, daß wir gegen Reaktion und Faschismus kämpfen wollen, wir haben die Feinde klar aufgezeigt. Darüber hinaus hat es noch den Vorteil gehabt, daß wir bei einem Großteil der Bevölkerung bekannt wurden. Das schlug sich nieder an Ständen, in Diskussionen usw., wo wir immer wieder gehört haben: „Ja, das ist richtig, das ist gut, daß ihr das macht, das muß doch jemand machen".

Wir gehen jetzt zur Arbeit des Kongresses über, wir haben die Vorbereitungsarbeiten getroffen, es haben klärende Diskussionen, Veranstaltungen stattgefunden. Wir haben eine klare Zielsetzung, die einmal im antifaschistischen Kampf besteht, den wir in den Vordergrund stellen; dazu zählt der Kampf gegen die Ausländerhetze, dazu zählt der Kampf gegen die Neonazis, die sich gerade im letzten Jahr sehr hervorgetan haben. Über 200 Menschen wurden verletzt bei Überfällen der Nazis, es gab Tote — ich erinnere an München und an Hamburg —, es wurden riesige Waffenfunde gemacht. Wie verhält sich der Staat jetzt dazu? Er bezeichnet die Verbrecher als „Einzeltäter", er verniedlicht das, er deckt das ab; Hoffmann wird nicht nachgewiesen, daß er eine terroristische Vereinigung gegründet hat; man versucht die ganze Sache als etwas unbedeutendes, etwas kleines — „Das haben wir im Griff" — hinzustellen. Die Wahrheit sieht aber ganz anders aus, daß diese Leute gefördert und unterstützt werden. Und wenn jemand aus der Bonner Szene diese Sachen verniedlicht, dann macht er sich mitschuldig an diesem Treiben. Es fing schon mal so an, vor 1933, daß SA-Horden Arbeiter verprügelten und ermordeten. Wir müssen das klar aufzeigen, wir müssen der Sache Einhalt gebieten. Aber wir wollen das jetzt nicht als Hauptgefahr sehen. Die Hauptgefahr geht aus vom deutschen Finanzkapital, von der deutschen Rüstungsindustrie. Das sind die Leute, die die Fäden ziehen, die man nicht sieht, die im Hintergrund bleiben und die andere Leute vorschieben, die die Drecksarbeit machen. Wir müssen aber darauf dringen, daß diese Organisationen, die heute noch existieren, ob das die NPD ist, ob das die Volkssozialistische Bewegung ist, daß die verboten werden. Das sind wir ihnen schuldig, die in der Nazi-Zeit ihr Leben verloren haben, die gekämpft haben gegen den Hitler-Faschismus, und den Überlebenden, die den Schwur abgelegt haben nach dem Krieg, „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!" Denen sind wir verpflichtet, daß wir unsere ganze Kraft dafür einsetzen, daß die Bundesregierung derartige Gesetze, die ja vorhanden sind, auch anwendet, daß die Nazi-Gruppen verboten werden.

„Wir brauchen die ausländischen Kollegen im antifaschistischen Kampf!"

Ein Problem, das besonders auffällig ist, ist jetzt die verstärkte Hetze gegen die Ausländer. Ich glaube, daß es notwendig ist, da Klarheit zu schaffen. Es gibt ja auch viele Kollegen in den Betrieben, die tatsächlich glauben, daß der Ausländer mit schuld sind an der Arbeitslosigkeit usw. Ich glaube doch, daß man erkennen muß, daß gewisse Kräfte in der Bundesrepublik daran interessiert sind, die Schuld von sich abzuwälzen und sie den Ausländern in die Schuhe zu schieben, genauso, wie es Hitler mit den Juden gemacht hat, den „jüdisch-bolschewistischen Untermenschen", die man dann vernichtet hat. Wir müssen erkennen, daß die Belange der Ausländer und der ausländischen Kollegen auch unsere Belange sind. **Wir dürfen hier nicht trennen, wir dürfen es nicht als Mitleid auffassen; daß die Menschen hergekommen sind, und jetzt müsen wir sie in Schutz nehmen; nein, der ausländische Kollege ist ein Klassenkollege, und mit dem müssen wir zusammenarbeiten. Wir brauchen sie im antifaschistischen Kampf, und die brauchen uns, damit sie gleichberechtigte Bürger der Bundesrepublik sind, die die gleichen Rechte wie der deutsche Arbeiter erhalten.**

„Vertrauen gewinnt man nur durch vorbildliche antifaschistische Arbeit"

Sehr oft wird jetzt gefragt, da die VOLKSFRONT sich an den Wahlen 1980 beteiligt hat, ob sie sich jetzt auch an den Landtagswahlen, die jetzt in der Bundesrepublik stattfinden, beteiligen wird. Ich persönlich glaube, man sollte dazu erstmal ein klares „Nein" sagen. Es wird vielleicht wieder mal so eine Situation kommen. Aber vorerst, bin ich der Meinung, sollten wir zwar Richtlinien, Prüfsteine rausbringen, uns aber nicht selbst beteiligen.

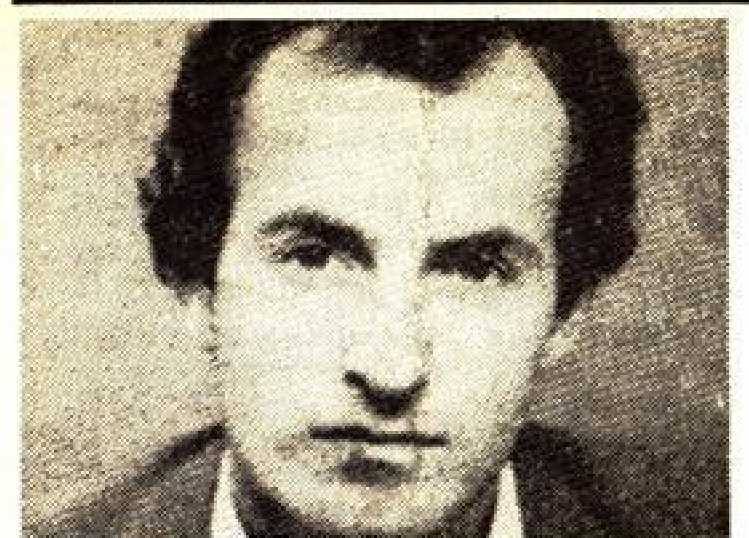
Man kann heute an der VOLKSFRONT nicht mehr einfach vorbeigehen. Viele haben eingesehen, daß sie eine ernstzunehmende antifaschistische Kraft und Organisation ist. Das ist, glaube ich, auch ein Ergebnis unserer Arbeit im letzten Jahr. Nicht nur in den Friedensbewegungen, sondern **vor Ort**, bei Kollegen, in den Gewerkschaften, **im Stadtteil**, wo man mit Menschen spricht und sich ernsthaft bemüht und nicht nur irgendwo hingeht und Wind macht und dann eine Zeitlang nicht mehr erscheint. Eine Organisation, eine junge Organisation, wie wir jetzt sind, ist nicht von heute auf morgen aufzubauen. Sie kann nur Vertrauen gewinnen, indem sie vorbildliche antifaschistische, demokratische Arbeit leistet.

30. 1. 83: 50 Jahre „Machtergreifung"

Wir haben uns eine Aufgabe gestellt, und die halte ich für sehr gut — und ich habe in den letzten Wochen auch mit anderen Organisationen gesprochen und dabei festgestellt, daß sie ähnliche Vorschläge bringen —: **das Jahr 1982 bis zum 30. Januar 1983 als das Jahr des verstärkten Kampfes gegen Reaktion und Faschismus zu führen**, um am Ort aufzudecken, was war denn, was ist passiert damals; aufzuzeigen, wo die Leute geblieben sind; und auch Politiker, Gewerkschafter, Kommunalpolitiker usw. anzusprechen und ihnen zu sagen: hier, wir müssen gegen den Faschismus was tun, was tust du. Wir sollten auch mal Veranstaltungen besuchen, die von den Parteien gemacht werden, um unsere Meinung dort ganz klar zu äußern.

Das ergibt aber auch die Notwendigkeit, daß wir uns auch persönlich weiterbilden. Daß wir nicht stehenbleiben auf dem Bildungsstand, den wir haben, sondern wir müssen versuchen, Kollegen die Möglichkeit zu geben, daß sie sich weiterbilden, durch Seminare usw. Es ist aber auch notwendig, daß unsere Zeitung, das „Volksecho", einen besseren Stil bekommt, einen kämpferischen Stil. Es muß richtungsweisend sein, wir müssen nicht nur unsere Dinge schildern, die geschehen sind, sondern auch aufzeigen: was können wir machen, wo sind Möglichkeiten, damit das „Volksecho" anleitend wirkt auf die Gruppen in den Orten.

Ich glaube, wenn wir diese Regeln befolgen, daß wir das Jahr 1982 bis zur 50sten Wiederkehr des Jahrestages der Machtergreifung Hitlers im Auftrag des deutschen Kapitals, daß wir dieses Jahr dann wirklich zum kämpferischen Jahr machen können und Erfolge erzielen werden.





Isuf (links) und Bardosh Gervalla, zwei der ermordeten albanischen Freiheitskämpfer.

Trauermarsch für die ermordeten albanischen Genossen

Volkskorrespondenz aus Stuttgart

Am Samstag, dem 23. Januar 1982, fand in der Stuttgarter Innenstadt ein Trauerzug für Isuf Gervalla, Bardosh Gervalla und Kadri Zeka statt. Die drei albanischen Genossen aus Kosova waren am 17. Januar in Untergruppenbach bei Heilbronn vom jugoslawischen Geheimdienst ermordet worden.

Zu diesem Trauermarsch hatten die Angehörigen und Freunde der Toten aufgerufen, sie wurden dabei von der KPD unterstützt.

Etwa 350 Menschen formierten sich zu einem eindrucksvollen Trauermarsch. Der Zug wuchs später auf über 400 Personen an. Vorne zwei albanische Nationalfahnen, die Angehörigen mit Bildern der Genossen, ein Solidaritätstransparent der KPD und KJD. Im Zug immer wieder Transparente, auf denen die Anerkennung Kosovas als autonome Teilrepublik Jugoslawiens gefordert wurde. Der Zug bewegte sich schweigend und unter großer Anteilnahme der Bevölkerung durch die Innenstadt. Nicht ein einziges Mal kam es zu den sonst üblichen Schreiereien und Provokationen irgendwelcher Reaktionäre.

Bei der Abschlußkundgebung gedachten die Teilnehmer in einer Schweigeminute der ermordeten Genossen.

Ihre Teilnahme am Freiheitskampf der albanischen Bevölkerung in Kosova, ihre praktischen Bemühungen, im Exil den Widerstand gegen das Kriegsrecht der jugoslawischen Behörden weiterzuführen, hat sie auf die Abschußliste dieses verkommenen Regimes gebracht. Von den bundesdeutschen Behörden wurde die restlose Aufklärung des Verbrechens, die Ergreifung diplomatischer Schritte gegen Jugoslawien gefordert.

Das bisherige Verhalten der deutschen Seite gibt allerdings wenig Anlaß zu glauben, daß dies energisch genug geschieht.

Die Staatsanwaltschaft hat nach eigenen Angaben noch keine Spur. Der jugoslawische Generalkonsul in Stuttgart wurde zwar von Ministerpräsident Späth vorgeladen — das war aber auch schon alles. Gleichzeitig gaben Späth und andere führende CDU-Politiker Erklärungen ab, in denen sie ganz allgemein die „Auseinandersetzung extremistischer Ausländerorganisationen auf deutschem Boden" verurteilten.

Offenkundig stellt man die Mörder auf eine Stufe mit den Opfern. Die Empörung über die terroristischen Anschläge des jugoslawischen Geheimdienstes soll kanalisiert werden in eine allgemeine Ausländerfeindlichkeit.

Da die gute Zusammenarbeit der westdeutschen Behörden mit verschiedenen ausländischen Geheimdiensten bekannt ist, da auch ihre Haltung zu verschiedenen fortschrittlichen Aktivitäten ausländischer Bürger bestimmt niemals wohlwollend ist, kann man sich denken, worauf das hinauslaufen soll: Schonung der Mörder, Verfolgung der Opfer. Dies muß durch den Druck der fortschrittlichen Öffentlichkeit verhindert werden!

Restlose Aufklärung des Verbrechens von Untergruppenbach!

Die Tätigkeit der ausländischen Geheimdienste auf deutschem Boden muß unterbunden werden!

Terroranschlag fordert Todesopfer

WESTBERLIN. — Das 14 Monate alte Mädchen, das bei dem Sprengstoffanschlag auf das Speiserestaurant „Mifgash Israel" schwer verletzt wurde — Jennifer Aftring — ist an ihren Verletzungen gestorben. Ihre Eltern, Roswitha und Rolf Aftring, liegen noch schwerverletzt im Krankenhaus.

Mit Schmerz und Empörung haben alle Antifaschisten diese Nachricht aufgenommen.

Wer sind die Täter?

Diese Frage ist bis heute noch nicht genau zu beantworten. Aber die politisch Verantwortlichen in Westberlin tun — abgesehen von den nun notwendigerweise aufgenommenen Ermittlungen, die aber noch kein greifbares Ergebnis gezeitigt haben — nichts, um dem faschistischen Terror in der Stadt den Boden zu entziehen.

Ganz im Gegensatz zu den Worten Weizsäckers, der nach dem Anschlag behauptete, man könne das Verbrechen zwar nicht ungeschehen machen, „aber wir können und werden verhindern, daß die unmenschliche Rechnung des Terrors aufgeht".

Die CDU-Politiker versuchen allem voran auch noch, das abscheuliche Verbrechen für ihr schmutziges politisches Spiel auszunutzen. „Gleichgültig, ob die Bombe von Rechts- oder Linksextremisten gelegt worden sei", so erklärte beispielsweise der CDU-Bundesvorstand, müsse „dem Terror mit allem Nachdruck entgegengewirkt" werden.

Die CDU-Leute lassen nichts aus, um ihre Demagogie des „rechs gleich links" zu verbreiten, nach dem Motto: wenn man es immer wiederholt, wird schon etwas hängen bleiben. Und es folgt der Ruf nach dem „starken Staat", nach der Verschärfung der reaktionären politischen Strafgesetzgebung, nach der Beschneidung weiterer demokratischer Rechte.

Denn gegen die bekanntermaßen zu allem entschlossenen rechten Terroristen unternimmt niemand etwas, schon gar nicht die CDU, die schließlich in Westberlin regiert.

Von den zwölf jungen Leuten, bei denen einige Tage vor dem Anschlag Sprengstoff, Waffen und NS-Propagandaschriften gefunden wurden, ist nur ein einziger in Haft. Obwohl die diesbezüglichen Ermittlungen doch noch gar nicht abgeschlossen sind, wird schon verbreitet, er habe mit dem Anschlag auf das Restaurant aber nichts zu tun.

Und die anderen, die sich offen zur Mörderbande der VSBD bekennen — die laufen weiter frei herum... Was, glauben die Herren Weizsäcker und Co., werden die jetzt tun? Eine solche Polizeiaktion ist doch kaum geeignet, sie von ihren verbrecherischen Zielen abzubringen. Sie ist vielmehr eine direkte Ermutigung.

Weizsäcker heuchelt also im Angesicht der Opfer des Sprengstoffattentats. Er verhöhnt auch die Eltern des toten Kindes. Denn, gleichgültig, wer nun wirklich diesen Anschlag verübt hat — solange man die Nazis derart begünstigt, muß man fest mit weiteren Toten rechnen.

Polizei bewaffnet Nazi-Terroristen
... und ein Innenminister gibt seinen Segen dazu

HANNOVER. — Am 22. Januar äußerte sich der niedersächsische Innenminister Möcklinghoff zu den Neonazis in seinem Bundesland. Dabei erklärte er entgegen allen auch ihm bekannten Tatsachen, der Verwalter des riesigen Waffenlagers in der Lüneburger Heide, Heinz Lembke, sei „im wesentlichen Einzeltäter" gewesen.

Was er sonst noch sagte, entnehmen wir im folgenden wörtlich der „Frankfurter Rundschau" vom 23.1. Uns fehlen dazu die Worte. Aber sie sind überflüssig:

„Nach den Angaben des Ministers sind in Niedersachsen vier Wehrsportgruppen aktiv. Bei einer von ihnen war im vergangenen Jahr ein Waffenarsenal beschlagnahmt worden. *Auf Befragen bestätigte Möcklinghoff am Freitag, daß die Schutzpolizei die Waffen inzwischen wieder an die Gruppe zurückgegeben hat.*"

Erste Geständnisse im Roeder-Prozeß

Bundesanwaltschaft läßt weitere bekannte Nazi-Terroristen ungeschoren

STUTTGART. — In Stammheim haben die ersten beiden Verhandlungstage im Prozeß gegen Manfred Roeder und drei weitere Mitglieder der Terror-Bande Deutsche Aktionsgruppen stattgefunden. Sie erbrachten Tatgeständnisse des Bombenbauers Raymund Hörnle.

Hörnle war durch den mitangeklagten HNO-Arzt Heinz Colditz für die Roeder-Bande geworben worden. Colditz hatte — und das war auch den Polizeibehörden bestens bekannt — jahrelang in seiner Praxis NS-Schriften verteilt und seine Patienten im Sinne des Nationalsozialismus zu beeinflussen versucht.

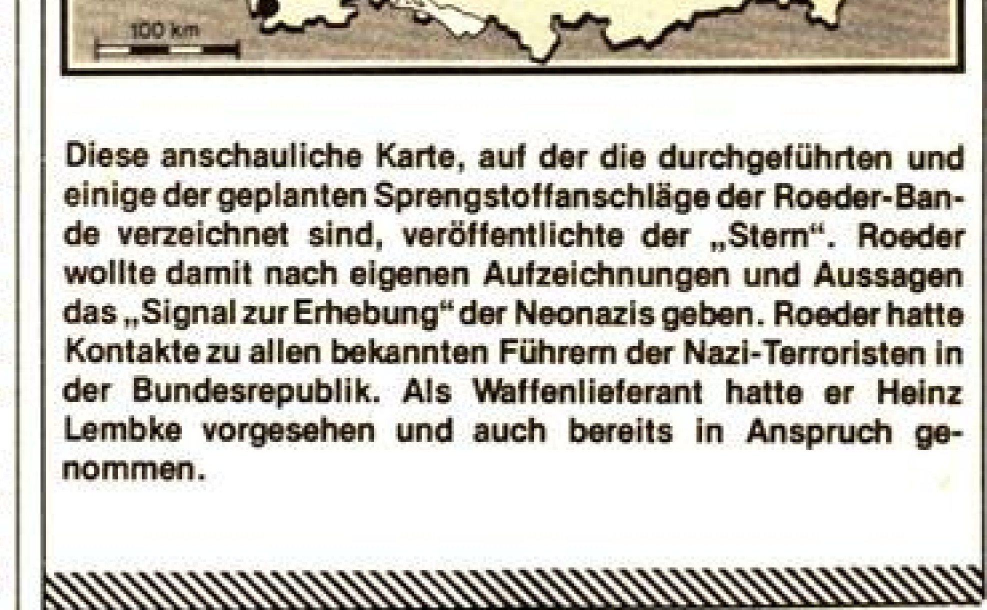
Hörnle, gelernter Schlosser, wurde der Bombenbastler der Bande. Er ist angeklagt auch als direkter Ausführender des Bombenanschlags auf das Hamburger Asylantenwohnheim, bei dem zwei Vietnamesen starben. Am zweiten Prozeßtag gestand er den Sprengstoffanschlag auf das Landratsamt Esslingen am 21.2.80, wo damals eine Auschwitz-Ausstellung gezeigt wurde. Schon am ersten Verhandlungstag hatte er die Führungsrolle Roeders, der bisher jede Aussage verweigert hat, herausgestellt: „Roeder war die Hauptperson, die die Dinge vorantreibt". Roeder hat nach dem Hamburger Attentat: Die Vietnamesen seien „keine Menschen, das sind Halbaffen". In sein Tagebuch schrieb er: „Die Befreiung beginnt".

Im Zusammenhang mit dem überfälligen Prozeß gegen Roeder muß festgehalten werden:

Eine ganze Reihe namentlich bekannter Personen, die die jetzt Angeklagten aktiv bei ihren Verbrechen unterstützt haben, werden noch immer nicht belangt. Generalbundesanwalt Rebmann läßt nicht einmal gegen sie ermitteln.

Vielleicht auch deshalb, weil es sich bei diesen Verbrechern teilweise um sogenannte „angesehene Personen des öffentlichen Lebens" handelt, wie den Stuttgarter Möbelfabrikanten Peter Müller („Freundeskreis Roeder"; ein Name, der den des früheren berüchtigten „Freundeskreis Himmler" nachempfunden ist). Dazu gehören auch Gabriele Colditz und der Nürtinger DAK-Angestellte Horst Patzke, die die Nazis zum Haus des Landrats Braun führte, dem der zweite bekannte Anschlag der Bande galt. In der Anklageschrift selbst wird der Kreis um Roeder auf zehn Personen beziffert. In der Wohnung Müllers wurden „erfolgreiche" Aktionen gefeiert. Dabei machte auch der damals untergetauchte Roeder samt seiner ganzen Familie mit.

Und noch etwas muß im Zusammenhang mit diesem Prozeß hervorgehoben werden, der eigentlich größte Skandal von allen, die sich dabei nennen ließen. Wir meinen die Rolle, die die obersten Polizei- und Justizbehörden der Bundesrepublik, darunter auch der Generalbundesanwaltschaft — die oberste Strafverfolgungsbehörde — bei den Verbrechen der Faschisten spielen.



Diese anschauliche Karte, auf der die durchgeführten und einige der geplanten Sprengstoffanschläge der Roeder-Bande verzeichnet sind, veröffentlichte der „Stern". Roeder wollte damit nach eigenen Aufzeichnungen und Aussagen das „Signal zur Erhebung" der Neonazis geben. Roeder hatte Kontakte zu allen bekannten Führern der Nazi-Terroristen in der Bundesrepublik. Als Waffenlieferant hatte er Heinz Lembke vorgesehen und auch bereits in Anspruch genommen.

Die Blutschuld des Staates

Roeder bezog Waffen von dem niedersächsischen Nazi Lembke. Lembkes Waffen waren für alle noch vorgesehenen Anschläge fest eingeplant (siehe Karte).

Roeders Anschläge erfolgten von Februar bis August 1980. Zwei Menschen mußten sterben, bevor er, dessen Gruppe sich öffentlich zu verschiedenen Anschlägen bekannt hatte, mit drei seiner Komplizen am 1. September verhaftet wurde.

Am 26. September starben 13 Menschen nach dem grauenvollen Anschlag auf dem Oktoberfest.

Wo der Zusammenhang ist?

Hier ist er:

Raymund Hörnle machte bereits im September '80 Aussagen über das von Lembke verwaltete Waffenlager in der Lüneburger Heide und über Lembkes Rolle als Waffenlieferant der westdeutschen Nazi-Terroristen.

Trotz dieser klaren Aussagen wurde gegen Lembke nicht eine einzige Maßnahme getroffen. Er wurde nicht einmal verhört, geschweige denn verhaftet.

Nach dem Oktoberattentat wies Hörnle darauf hin, daß Lembke als Waffenlieferant bei dem Anschlag gewesen sein könnte.

Nichts geschah. Rebmann verteidigte wider besseres Wissen seine These vom „Alleintäter" und ließ schließlich die Ermittlungen einstellen.

Im April 1981 wurde Lembke in Beugehaft genommen, weil er gegen Roeder nicht aussagen wollte. Man bemühte sich allerdings immer noch nicht, das Waffenlager, über das man nun schon seit mindestens sieben Monaten genau Bescheid wußte, zu suchen und auszuheben. Im Oktober '81, mehr als ein Jahr nach Hörnles Aussage, stieß ein Waldarbeiter auf Teile des Lagers. Nun mußte es ausgehoben werden. Und es geschah das kaum faßbare: Rebmann erklärte flugs auch Lembke zum „Einzeltäter"...

Somit legt auch der Roeder-Prozeß die von uns immer wieder dargestellte verbrecherische Tätigkeit des Staates offen, der die Nazis — und daran ändern die paar halbherzig geführten Prozesse überhaupt nichts — immer weiter arbeiten und morden läßt und damit eine ungeheure Blutschuld auf sich lädt.



Umschüler wehren sich gegen Sparmaßnahmen

Volkskorrespondenz aus Westberlin

Den Angestellten und vor allem dem Direktor des Arbeitsamtes III in Berlin fuhr der Schreck in die Glieder, als rund 300 Umschüler des Berufsförderungswerkes in die Gänge und hinauf zum Direktionszimmer im 3. Stock strömten. Überall wurden Schlüssel im Schloß gedreht. Der Direktor schien nicht anwesend zu sein. Tatsächlich hatte er sich in der Eingangshalle aufgehalten, sich aber nicht gemeldet, als die Umschüler eintrafen. Stattdessen rief er die Polizei.

Die kam dann auch mit sechs Einsatzwagen mit je zwei Mann Besatzung. Erst unter Polizeischutz traute er sich in sein Zimmer, und nur mit solcher Rükkenstärkung im Raum schloß er auf und war bereit, eine Delegation der Umschüler zu empfangen, die eine Resolution übergeben wollte. Aus ihr geht hervor, worum es eigentlich bei dem Massenbesuch der Umschüler im Arbeitsamt ging: Seit dem 1. Januar sind die Sparmaßnahmen im Umschulungsbereich in Kraft.

Diese treffen alle Umschüler, die ab September 1981 an einer Maßnahme teilnehmen. Am Berufsbildungswerk werden vor allem Rehabilitanden umgeschult, also Arbeiter, die durch Berufsunfälle oder Berufskrankheit ihren Beruf wechseln müssen.

Wie aus der Resolution zu entnehmen ist, wird ihnen ihr Unterhaltsgeld, wenn sie noch ledig sind, um ganze 25 Prozent gekürzt! Das bedeutet für viele, daß ihr Unterhaltsgeld unter dem Sozialhilfesatz liegt!

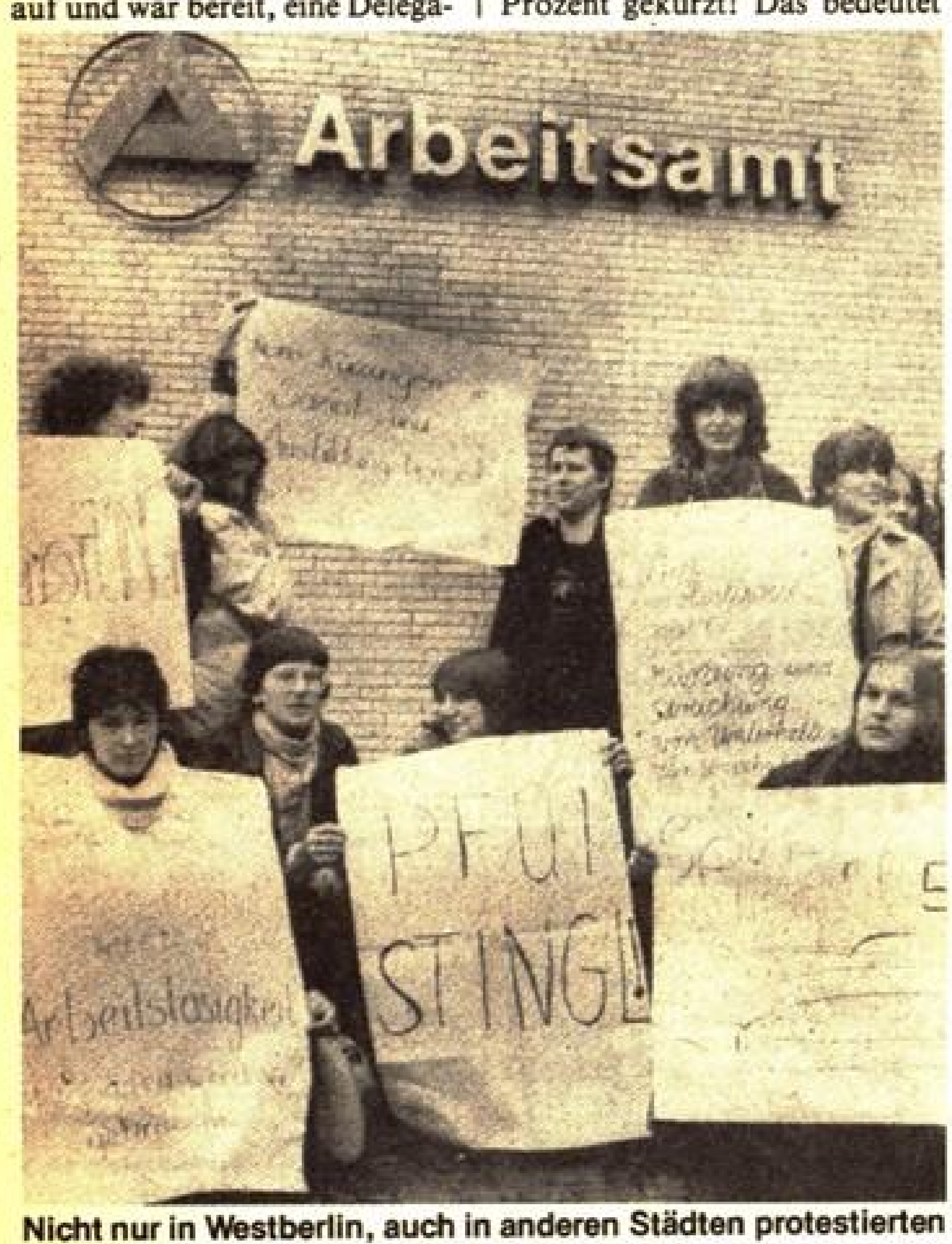
Umschüler zu sein; als Erwachsener noch einmal neu anfangen und oft mit Familie zu Hause, abends intensiv lernen zu müssen, das ist schwer. Schon bisher bedeutete es zudem, sich finanziell sehr einschränken zu müssen. Viele haben deshalb abgebrochen. Jetzt sind es manche am verzweifeln.

Der Direktor im Arbeitsamt III zeigt Verständnis. Genauso, wie kurz darauf die Leiter der Landesversicherungsanstalt für Angestellte, wohin sich die Umschülerkolonne im Anschluß begibt, da sie die das Arbeitsamt Kostenträger ist. Alles wiederholt sich: Aufregung im Amt, Polizei — bei der Landesversicherungsanstalt bereits ein Mannschaftswagen, bei der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte bereits vier Mannschaftswagen mit Polizisten in voller Kampfmontur. Dort gehen sogar die Gitter vor dem Eingang nieder. Dann aber doch Empfang der Delegation, verständnisvolle Worte ... aber schließlich sei man nicht zuständig, sei an den Auftrag des Gesetzgebers gebunden.

Konkret erreicht worden ist also nicht viel. Trotzdem sind die Umschüler zufrieden mit ihrer Aktion. Sie haben gehörig Staub aufgewirbelt, so daß Rundfunk und Presse über Situation und Forderungen der Umschüler berichten. Natürlich wollen wir mehr erreichen. Dazu muß der Druck verstärkt werden. Dazu sind Aktionen **aller** Berliner Umschüler notwendig. Einzeln haben auch Umschüler anderer Einrichtungen in den letzten Tagen schon die Arbeitsämter berannt. Jetzt müssen wir gemeinsam weitermachen. Anfänge gibt es.

Wie ich selbst, haben heute schon Abgesandte anderer Umschulungseinrichtungen die Aktion der Kollegen vom Berufsförderungswerk unterstützt und anschließend in der eigenen Werkstatt Bericht erstattet. Die Bereitschaft sich zu wehren, Polizei nichts anderes übrig — vorneweg ein Polizeiauto, demonstrierten die Antifaschinahme teilnehmen und angeblich nichts zu befürchten haben. Denn schon jetzt gibt es mehrere Fälle, wo so jemand statt seiner bisherigen 80 Prozent nur noch 68 Prozent seines bisherigen Nettoeinkommens erhält.

Die völlige Rechtlosigkeit der Umschüler (wir sind weder Schüler, die wenigstens eine Schülervertretung haben, noch Arbeiter, für die das Betriebsverfassungsgesetz gilt) erschwert den Kampf. Aber aus dieser Notlage heraus entstehen jetzt an allen Einrichtungen inoffizielle Umschülervertretungen, die den Zusammenschluß vorantreiben und unseren Forderungen mehr Nachdruck verleihen.



Nicht nur in Westberlin, auch in anderen Städten protestierten Umschüler gegen die mit Jahresbeginn anfallende soziale Schlechterstellung. Unser Bild zeigt Umschüler der Fachschule für Bewegungstherapie in Dortmund.

Leserbrief

Betr.: RM-Besprechung von „Die letzte Welt"

Zu der Besprechung „Die letzte Welt" (Schmetterlinge) im „Roten Morgen" (Nr. 46/81) finde ich, daß die Kritik ja zu gut war. Denn tatsächlich hat das Stück einige Schwächen. Zunächst einmal, daß das ganze für die Szene der Friedensbewegung entworfen wurde. Gewerkschaftlich hätte man anders anfangen müssen. Da hätte man nicht eine abstrakte Angst nehmen brauchen, die sicher auch vorhanden ist.

Aber hätte man nicht eine Betriebszene nehmen können? Meinetwegen die Verlagerung der Produktion ins Ausland — Kollegen hier, die vor der Entlassung stehen, weil das Finanzkapital den Maximalprofit haben will (Beispiel Rollei — Singapur — englische Kolonie usw.). Hätte man das nicht sehr plastisch aus Arbeitersicht aufrollen können?

Das zum Konzept und der durchgehenden Tendenz.

Einzelne Schwachpunkte waren für mich:

— Die Szene, wo Breschnew und Reagan mit dem Feuer spielen. Weil dem Zuschauer gar nicht klar ist, warum Breschnew auch dazu gehört. Das ist zwar richtig, aber wird nicht bewiesen vorher oder nachher. (Einfacher Widerspruch: Industrienation — letzte Welt.)

— Die düstere Erscheinung des Totengräbers, wobei auch nicht deutlich wird (außer für Eingeweihte), daß damit das Proletariat gemeint ist.

— Dahinter die Szene mit dem immer siegenden Imperialismus.

Und was ich sogar empörend fand, war der Auftritt des „imperialistischen" Rüstungsarbeiters und des „imperialistischen" Bauern.

Sicher gibt es solche Leute, aber es wäre doch wohl angebrachter an dieser Stelle, einen gekauften Betriebsrat oder einen Großbauern in der Funktion im Bauernverband auftreten zu lassen.

Soviel als Anregung. Denn die Schmetterlinge sollten auch fördernde Kritik bekommen. Was die Sache angeht, Verbindung von Theater, Musik, Text und so, ist das schon eine gute Methode und wurde gut gemacht.

Daß zum Teil ganze Passagen von der Musik überdröhnt wurden und damit akustisch nicht zu verstehen waren, kann an der Halle in Düsseldorf gelegen haben. Es ist nicht günstig, dabei ein Textbuch lesen zu müssen.

Es fragt sich auch, ob die Schmetterlinge das starke Rockelement beibehalten müssen. Aber das ist eine sehr, sehr schwere Arbeit mit dem Vorbild Brecht.

Wohlgemerkt für Bühnenstücke. Ansonsten, warum sollen die Schmetterlinge nicht auch mal Einzelsongs auf dem Markt landen?

Sie haben ja schon verschiedenste Musikelemente benutzt zur richtigen Darstellung.

Von der „letzten Welt" war ich darum etwas enttäuscht.

Matthias

Liebe „Roter-Morgen"-Leser,

als kommunistische Zeitung erhält der „Rote Morgen" keinerlei Anzeigenaufträge der Wirtschaft. Er muß allein aus dem Verkauf und den Spenden seiner Leser finanziert werden. Die galoppierende Teuerung trifft uns hart. Nicht jeden Anstieg unserer Kosten können und wollen wir an unsere Leser weitergeben. Denn wir wollen, daß der „Rote Morgen" mehr und nicht weniger gelesen wird. Wir bitten Euch deshalb:

SPENDET FÜR DEN „ROTEN MORGEN"!

Spenden bitte überweisen auf folgende Konten:
KPD
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30
PSchKto: PSchA Dortmund (BLZ 44010046)
Kto-Nr. 6420 — 467
Bank: Stadtsparkasse Dortmund
(BLZ 44050199) Kto.Nr. 321004547

Spenden für den „Roten Morgen" als Zentralorgan der KPD sind bei der Lohnsteuer bzw. Einkommensteuer steuerlich absetzbar. Höchstgrenzen: Ledige 1 800,— DM im Jahr, Ehepaare 3 600,— DM im Jahr. Auf Wunsch versenden wir an die Spender Spendenbescheinigungen.

Aktion gegen Parteitag der NPD

Gute und breite Einheit

Volkskorrespondenz aus Frankfurt

FRANKFURT-Sindlingen. — Am Samstag den 16.1.82 kam es zu einer erfolgreichen Kundgebung von Antifaschisten gegen den Landesparteitag der hessischen NPD, der im Bürgerhaus des Stadtteils durchgeführt werden sollte. Traurige Berühmtheit erlangte dieses „Bürgerhaus" durch verschiedene Terroristenprozesse, und wie damals, war es auch hier hermetisch von der Polizei abgeriegelt.

Anlaß für diese Kundgebung war die Aufhebung des Verbots des NPD-Landesparteitages durch ein Verwaltungsgericht am Vorabend des 16. Januar. Vorausgegangen war diesem Richterspruch eine Kungelei zwischen Wallmann-Magistrat und Verwaltungsgericht. Wallmann, als Statthalter von Strauß bekannt dafür, ein Vorreiter des Demonstrations- und Versammlungsverbots zu sein, benutzte dieses Verbot, um den Demokraten hervorzukehren, der gleichzeitig gegen links und rechts vorgehe und um von sich abzulenken, da ja die NPD die rechte Gefahr darstelle und nicht etwa seine Politik. So wurde auch die Gegendemonstration mit verschiedenen Einschränkungen belegt.

Trotz dieser Auflage versammelten sich die Antifaschisten vor der Sindlinger Stadthalle noch vor Beginn des NPD-Landesparteitages. Aufgerufen hatten dazu unabhängig voneinander die VVN, die DKP, der SPD-Unterbezirk, der Kreisjugendausschuß, die KPD und die VOLKSFRONT, und bis zu 400 Menschen waren diesem Aufruf gefolgt. „Nazis raus aus dieser Stadt — wir haben den Faschismus satt", wurde neben anderen Sprechchören den Nazis entgegengerufen. Von einer Straßenseite zur anderen, denn die Polizei hatte zur Auflage gemacht, daß die Antifaschisten die Straße nicht überschreiten dürfen.

Im Mittelpunkt der ganzen Aktion stand die Forderung nach einem Verbot der NPD und aller neonazistischen Banden. Aus den Lautsprechern eines DKP-Autos dröhnten den NPDlern antifaschistische Lieder entgegen. Über diese Lautsprecher wurden dann auch die Reden der verschiedenen Organisationen übertragen, so daß die Redner über den großen Platz hin gut zu verstehen waren. Doch hier ergab sich der einzige Wermutstropfen dieser bis dahin guten antifaschistischen Einheitsfront. Als ein Vertreter der VOLKSFRONT ebenfalls seine Rede über Lautsprecher bringen wollte, wurde ihm dies von der DKP verweigert: das sei nicht nötig, da sowieso jeder das gleiche sage und auch ohne die Rede der VOLKSFRONT eine breite Einheit festzustellen sei. So blieb der VOLKSFRONT nur die Möglichkeit, ihr Flugblatt verstärkt zu verteilen.

Trotz dieses Bruchs der antifaschistischen Einheit seitens der DKP, ist es den Genossen der VOLKSFRONT und der KPD doch noch gelungen, die anwesenden Organisationen für eine spontane Demonstration zu gewinnen. Nach den Reden wurde sofort der Zug formiert und die Straße überschritten. Nachdem dieser Zug etwa 200 Meter marschiert war, wurde er von der Polizei für aufgelöst erklärt, die dann auch sofort eine Kette bildete, so daß die Demonstranten stoppen mußten. Jetzt kam aus den hinteren Reihen der Aufruf, wenn man vorne nicht mehr weiter könne, geht es eben in die entgegengesetzte Richtung. Als der Demonstrationszug dann tatsächlich umschwenkte, blieb der Polizei nichts anderes übrig — vorneweg ein Polizeiauto, demonstrierten die Antifaschisten durch die schönsten Stadtteile Sindlingens, wo sie auf einen starken Widerhall stießen. Nach eineinhalb Stunden war die Demonstration auf 500 Menschen angewachsen, die dann vor der Stadthalle eine kurze Abschlußkundgebung durchführten.

Gemessen an der kurzen Vorbereitungszeit für diesen antifaschistischen Protest, an der Anzahl der beteiligten Organisationen und der vielen Menschen, die an der Kundgebung teilnahmen, muß man feststellen, daß dies eine erfolgreiche Aktion war, die Antifaschisten in einer Front gegen die Nazis handeln zu lassen. Das Verbot des NPD-Landesparteitages ist zwar nicht erreicht worden, aber solche Einheit der Antifaschisten trägt dazu bei, daß dies in Zukunft gelingen wird.



Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. ......

☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer

ROTER MORGEN
Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich DM 60.- ☐ halbjährlich DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Andernfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD
☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name:

Straße:

Plz/Ort:

Datum: Unterschrift:
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

Anmerkungen zur Haltung des KBW im Friedenskampf (II.)

Neuer Aufguß der chauvinistischen „Vaterlandsverteidigung“

Im vorletzten „Roten Morgen“ sind wir auf einige Theorien des KBW im Zusammenhang mit dem Kampf für den Frieden eingegangen. Zwei Dinge vor allem sind hier festzuhalten: Zum einen schreibt der KBW dem amerikanischen Imperialismus in dessen Rivalität mit dem sowjetischen Konkurrenten einen weitgehend defensiven Charakter zu, woraus sich ergibt, daß die eigentliche Kriegsgefahr aus der Offensive des sowjetischen Sozialimperialismus erwüchse. Zum anderen leugnet er schlichtweg die Existenz eines westdeutschen oder überhaupt eines europäischen Imperialismus und bestreitet dementsprechend auch, daß sich die europäischen Mächte aktiv an der Vorbereitung des Krieges beteiligen.

Diese faule Theorie drückt natürlich auch dem „Plan“ seinen Stempel auf, den der KBW für den Fall eines Ausbrechens des imperialistischen Kriegs entwikkelt hat. Vorweg muß gesagt werden: Wenn auch die reale Möglichkeit besteht, diesen Krieg zu verhindern (und alle Kräfte zur Verwirklichung dieser Möglichkeit mobilisiert werden müssen), so ist es dennoch unabdingbar, die Frage des „Ernstfalls“ konkret zu stellen. Illusionen sind hier ebensowenig angebracht wie der Rückzug auf eine Position, nach der eh alles aus sei, wenn der Krieg erst einmal begonnen habe.

Worum also wird es für die westdeutsche Arbeiterklasse im Fall eines Krieges gehen? Lenin hat, als es während des ersten Weltkrieges solche Fragen zu beantworten galt, immer wieder auf den berühmten Satz von Clausewitz verwiesen, nach dem der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist. Für unsere heutigen Bedingungen heißt das: Ein möglicher dritter Weltkrieg wäre die Fortsetzung der imperialistischen, durch und durch reaktionären, auf die Erringung der Weltherrschaft gerichteten Politik der beiden großen Blöcke, die jeweils unter dem Kommando einer Supermacht stehen. Er wäre von beiden Seiten und von allen beteiligten imperialistischen Mächten her ein ungerechter Raubkrieg.

Also kann die Arbeiterklasse in einem solchen Krieg nicht die Haltung beziehen, „ihr“ Land zu „verteidigen“ — denn genau damit würde sie sich den Raubinteressen „ihrer“ Bourgeoisie unterordnen, die den unmittelbaren Lebensinteressen des Proletariats vollständig entgegengesetzt sind. Es geht vielmehr darum, diesen Krieg in einen Bürgerkrieg gegen die eigene herrschende Klasse umzuwandeln, wobei naturgemäß das Proletariat „auch die Niederlage seiner Regierung in solchen Kriegen wünschen und zur revolutionären Erhebung benutzen“ soll (Lenin).

„Zunächst die Sowjetunion schlagen“

Wie aber stellt sich der KBW zu dieser grundlegenden revolutionären Orientierung? KBW-Chef Schmierer entwickelt dazu die folgende Linie: Die Perspektive der Umwandlung des Kriegs in den Bürgerkrieg sei illusorisch, weil die Kriegsführung vollständig von der amerikanischen Supermacht beherrscht würde; in Frage käme höchstens ein „Befreiungskrieg gegen die USA“. Aber auch das ginge nicht an, weil ja drüben schon die Sowjetunion bereitstünde, Europa zu erobern. Also müßten „die europäischen Völker in einem solchen Krieg alles daransetzen, um zunächst die Sowjetunion zu schlagen als den gefährlichsten Feind, dabei selbstständige Positionen gegenüber dem US-Imperialismus zu errichten, z.B. Unterstellung seiner Truppen unter europäisches Kommando, Verbot des Ersteinsatzes von Atomwaffen, sofortiger Abzug bei Kriegsende, völlige Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker in seinen jetzigen Grenzen etc. zu verlangen und durchzusetzen, um ihn loszuwerden und schließlich mit der eigenen Bourgeoisie abzurechnen...“ („Kommunismus und Klassenkampf“ [KuK], 6/81, S. 23).



Demonstration gegen US-Raketen — für den KBW eine prosowjetische Aktivität.

Zunächst die Sowjetunion schlagen! Darauf reduziert sich im Kern dieser famose Kriegsplan des KBW. **Er läuft hinaus auf nichts anderes als die vollständige Kapitulation des Proletariats gegenüber seinen Unterdrückern, das freiwillige Unterwerfen unter die auf Weltherrschaft abzielenden Kriegspläne der amerikanischen Supermacht und ihrer europäischen Verbündeten.**

Was Schmierer und seinesgleichen den Völkern Westeuropas andienen wollen, ist doch dies: Schließt Burgfrieden mit eurer Bourgeoisie und mit den Wall-Street-Magnaten! (Denn sie sind ja nicht der „gefährlichste Feind“.) Rein in die Panzer und ran an die Raketenrampen! Es liegt nur in eurem eigenen Interesse, wenn ihr wieder einmal das Kanonenfutter für eure Herren macht; wenn ihr euch für sie zerfetzen, verseuchen und versaften laßt, damit sie ihren Rivalen zerschmettern und endlich die Herren der Welt sein können.

So wiederholt sich in Gestalt dieses selbsternannten „Kommunistischen Bundes“ die Tragödie der Sozialdemokratie von 1914 als Farce — der widerwärtige Aufguß eines Sozialchauvinismus, mit dessen Hilfe die Proletarier Europas schon einmal ideologisch versklavt und auf die Schlachtfelder eines imperialistischen Raubkrieges gehetzt wurden. Dabei hat Schmierer auch den Chauvinismus noch „schöpferisch weiterentwickelt“. Er tritt uns entgegen nicht nur als Vaterlandsverteidiger, sondern auch als einer, der erkannt hat, daß nur die Vaterlandsverteidigung den Weg für die Revolution bahnt.

Denn so sind ja seine Ausführungen über das „Loswerden“ der amerikanischen Supermacht und über das „Abrechnen“ mit der westdeutschen Bourgeoisie zu verstehen. Aber wie soll sich denn das Proletariat „selbstständige Positionen“ erobern können, wenn es sich zuvor in jeder Hinsicht hat entwaffnen und zum bloßen Objekt der imperialistischen Kriegstreiber hat degradieren lassen? Wie soll es in der Lage sein, eigene Forderungen zu stellen (geschweige denn sie durchzusetzen), wenn es mit seiner Unterordnung unter die Interessen der „eigenen“ Imperialisten deren Macht unermeßlich gestärkt und seine eigene Kraft unermeßlich geschwächt hat? Das wird wohl das Geheimnis des großen Strategen Schmierer bleiben.

„Volksbewaffnung“ nach Art des KBW

Wer wie er und sein KBW davon ausgeht, daß es die letzte Bestimmung der Arbeiterklasse ist, den westlichen imperialistischen Räubern die Weltherrschaft zu erkämpfen, der muß natürlich auch in den aktuellen Fragen der Friedensbewegung zu proimperialistischen Positionen kommen. Deutlich wird das etwa in der Polemik gegen die Losung der Entwaffnung, die in der Agitation des KBW gegenwärtig obenan steht. Eine solche Polemik hat auch Lenin während des ersten Weltkriegs geführt, und scheinbar knüpft der KBW heute daran an.

Bei näherem Hinsehen jedoch werden schnell die fundamentalen Unterschiede deutlich. Lenin kritisierte damals den Pazifismus, der in **jedem** Krieg und in jeglicher Anwendung von Gewalt ein Übel sieht, ohne sich der Mühe einer konkreten klassenmäßigen Analyse des jeweiligen Krieges zu unterziehen. Der dementsprechend auch nicht anerkennen will, daß es gerechte Kriege gibt, nämlich nationale Befreiungskriege, revolutionäre Bürgerkriege und Kriege zur Verteidigung des Sozialismus. So stellte Lenin der pazifistischen Entwaffnungs-Losung denn auch entgegen: **„Wir sagen: Bewaffnung des Proletariats zum Zwecke, die Bourgeoisie zu besiegen, zu expropriieren (enteignen) und zu entwaffnen — das ist die einzig mögliche Taktik der revolutionären Klasse...“**



„Volksbewaffnung“ gibt es für den KBW nur noch innerhalb der Bundeswehr.

Der KBW nun dreht diese Orientierung in ihr Gegenteil um. Zwar wird noch immer die Parole von der Volksbewaffnung im Munde geführt, aber eben in einem bezeichnenden Zusammenhang mit der oben skizzierten grundsätzlichen proimperialistischen Ausrichtung. So heißt es beispielsweise in einem Artikel des theoretischen Organs, der frühere militärpolitische Konzeptionen kritisiert: „Volksbewaffnung und Wahl der Offiziere reicht auch im Zusammenhang mit konkreten außenpolitischen Forderungen bei weitem nicht aus. Nicht nur, daß sich kaum jemand konkret etwas darunter vorstellen kann; bis vor einiger Zeit war das auch kein Problem, weil wir nur die Frage der Machtergreifung der Arbeiterklasse, nicht aber die Frage der Verteidigung stellten.“ (KuK 8/81, S. 24)

Hier werden also schon die beiden sich ausschließenden „Fragen“ (Machtergreifung des Proletariats und „Verteidigung“) miteinander vermengt und zu einem einheitlichen Problem erklärt. Da liegt es dann durchaus auf der Hand, wenn man sich Gedanken darüber macht, wie dieses Problem gemeinsam mit der Bundeswehr zu lösen sei. Denn sie hat in diesem Land schließlich immer noch das Monopol auf „Verteidigung“. Schmierer stellt fest, daß Anhaltspunkte für die Volksbewaffnung „nicht **neben** der Bundeswehr zu finden sind.“ Und den Kampf für Volksbewaffnung reduziert er auf „die Ausdehnung der Rechte der Mannschaften und der Vertrauensleute gegenüber den Offizieren, **die nichts zu sein haben als militärische Fachleute**“. (KuK 6/81, S. 25)

Bundeswehr als Volksarmee?

Volksbewaffnung also soll sich nicht mehr **gegen** die herrschende Klasse vollziehen, sondern innerhalb ihrer militärischen Hauptstütze, der Bundeswehr. Wie das dann konkret aussehen würde, schildet uns Günter Schabram (KuK 8/81, S. 35), der sich mit sogenannten alternativen Verteidigungsmodellen (Spannocchi, Brossolet, Afheldt) auseinandersetzt und ihnen dann das KBW-Modell gegegenüberstellt: „Die andere Möglichkeit liegt darin, eine Volksbewaffnung wirklich durchzusetzen. Zum einen ist die Bewaffnung für die Soldaten wesentlich billiger, zum zweiten wesentlich vereinfacht, der Kampfauftrag eng begrenzt und einsehbar, es braucht keine Kasernierung, kaum Nachschubprobleme und Motorisierung zu geben. Die komplizierte, aufwendige Verwaltung und verbunden damit die strenge Hierarchisierung und Befehlsstruktur können zugunsten relativ selbständig kämpfender Einheiten aufgegeben werden. Das alles sind gute Voraussetzungen, um die Zahl der Soldaten zu erhöhen, statt zu senken.“

Wie gesagt: Das alles soll sich innerhalb der Strukturen der bestehenden bürgerlichen Armee vollziehen. Apel wird auf dieses Modell — das der KBW als überaus „effektiv“ anpreist — ja vielleicht noch einmal zurückkommen, klagt er doch jetzt schon über hohe Kosten und Ausdünnung der Bundeswehr durch geburtenschwache Jahrgänge.

Das also ist die neue „revolutionäre Militärpolitik“ des KBW. Er entwickelt die Fiktion, daß sich über einen Kampf für die demokratischen Rechte der Soldaten (der natürlich immer und überall geführt werdenmuß) eine allgemeine Demokratisierung der Bundeswehr erzielen ließe, in der schließlich das bewaffnete Volk und das imperialistische Offizierskorps in paradiesischer Harmonie zusammenleben würden. Früher hat es selbst der KBW besser gewußt, als er etwa gegen die chilenischen Revisionisten polemisierte, deren Illusionen in eine angeblich demokratisierbare bürgerliche Armee die faschistischen Putschisten entscheidend begünstigt haben.

Von der notwendigen Zersetzung der Bundeswehr ist folgerichtig beim KBW nun auch nicht mehr die Rede. Geschweige denn davon, daß die Arbeiterklasse die Volksbewaffnung **eigenständig** verwirklichen muß, wobei sie die gegebene Militarisierung breiter Schichten des Volkes durch die imperialistische Bourgeoisie zwar ausnutzen kann, aber eben mit dem Ziel der Entwaffnung der Bourgeoisie und nicht, um deren militärische Formation zu stärken. **Wenn der KBW jedoch von Volksbewaffnung spricht, dann meint er damit nichts anderes als die Bewaffnung des Volkes durch die Bourgeoisie für deren Zwecke.** Und wenn er die Losung der Entwaffnung kritisiert, immer wieder davon redet, die Friedensbewegung sei zu sehr auf die Waffenfrage fixiert, dann ist das keine Kritik des Pazifismus, sondern vielmehr eine Kritik an den richtigen Forderungen nach einer Verminderung des Waffenpotentials der westdeutschen Imperialisten.

Widersprüche und Phrasen

Gewiß äußert sich der KBW hier widersprüchlich. Schmierer etwa erklärt kategorisch: „Den Militärhaushalt muß die Arbeiterbewegung insgesamt bekämpfen und ablehnen.“ Richtig. Aber was ist das mehr als eine unverbindliche Phrase angesichts der Tatsache, daß auf

Fortsetzung auf Seite 10



Die richtige Perspektive der Friedensbewegung — Neutralität

Fortsetzung von Seite 9

der anderen Seite auf eine Stärkung der Bundeswehr (und in der Perspektive auf einen gemeinsamen „Verteidigungskrieg" mit der NATO gegen den „gefährlichsten Feind") orientiert wird? Oder: Im Forderungskatalog des KBW findet sich die Ablehnung der Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in der BRD. Die erwähnte Resolution der letzten Delegiertenkonferenz stellt jedoch fest: „Die Bewegung auf die US-Mittelstreckenraketen zu fixieren, ist das Interesse der DKP. Auf diesem Weg würde die Friedensbewegung zu einer direkten Unterstützung der sowjetischen Expansionspolitik. Die Rüstungspolitik der NATO wäre erschwert, ohne daß die geringste Gefahr bestünde, daß eine solche Bewegung auf die oppositionellen Entwicklungen im Herrschaftsbereich der SU einen Einfluß hätte." **Und das heißt ja wohl: Einseitiger Kampf gegen die Aufstellung der US-Raketen schwächt einseitig die NATO, stärkt den Sozialimperialismus, darf also nicht sein.**

Oder: Schmierer meint, das KBW-Modell der „Volksbewaffnung" innerhalb der Bundeswehr ließe sich nur bei einem Ausscheiden der BRD aus dem westlichen Militärpakt durchführen. NATO-Austritt und überhaupt Auflösung der Militärblöcke sind auch Forderungen im KBW-Katalog. Aber gegen die sich doch aus dem ersten folgerichtig ergebende Forderung nach Neutralität wird beispielsweise in KuK 12/81 seitenweise polemisiert mit dem Ergebnis, daß diese Forderung für „historisch überholt" erklärt wird. Ihr entgegengesetzt wird die Forderung nach der Blockfreiheit Europas, die einzige übrigens, mit der der KBW innerhalb der Friedensbewegung wirklich antritt — alle anderen hier erwähnten Forderungen findet man stets nur als Anhängsel irgendwelcher grundsätzlicher Ausführungen, nicht aber in der wirklichen Agitation.

Warum nicht Neutralität?

Warum also nicht Neutralität und warum Blockfreiheit? Die KBW-Argumentation ist verblüffend: Neutralität ist ein „juristischer Begriff", Blockfreiheit dagegen ein politischer. Die Neutralität eines Landes wird hingestellt als ein Status, der nur das Ergebnis von internationalen Verhandlungen von Mächten sein könnte, die aus irgendwelchen Gründen an der Neutralität des betreffenden Landes interessiert sind. Blockfreiheit ist deswegen gut und „politisch", weil sich dieses Konzept „konkret auf die Bewegung blockfreier Staaten" bezieht.

Natürlich wird hier mit falschen Karten gearbeitet. Denn weder unsere Partei, noch andere politische Kreise, die für eine Neutralisierung der BRD eintreten, verbinden damit die Erwartung, daß diese Frage irgendwo und irgendwann am Verhandlungstisch „interessierter" Mächte gelöst wird. **Selbstverständlich ist die Forderung nach Neutralität eine politische Konzeption, deren Durchsetzung einen machtvollen Kampf gegen die westdeutsche Bourgeoisie und gegen die amerikanische Supermacht voraussetzt. Sie kann nur das Ergebnis eines breit entfalteten Klassenkampfes sein.**

Sehen wir uns aber zunächst einmal an, wie das blockfreie Europa nach den Vorstellungen des KBW aussehen soll. Das zu ergründen, ist nun allerdings sehr schwierig. Während beispielsweise für Schmierer ein solches blockfreies Europa „die Bedingungen für die proletarische Revolution in Europa verbessert", heißt es in der schon angeführten Resolution der Delegiertenkonferenz vom November: „Ein blockfreies Europa kann nicht unter der Führung der Bourgeoisie (...) verwirklicht werden." Also wie denn nun? Entweder ist es ein kapitalistisches Europa, in dem gute Bedingungen für die Revoluion existieren, oder es steht nicht mehr unter der Führung der Bourgeoisie, und dann müßte die Revolution doch eigentlich schon gelaufen sein — oder hat Schmierer vielleicht auch hier noch ein theoretisches Kunststückchen in petto, mit dem sich dieser offenkundige Widerspruch wegzaubern ließe?

Wie dem auch sei. Es bleibt die Tatsache, daß beim KBW hinsichtlich seiner Hauptlosung für den Friedenskampf Unklarheit herrscht. Und es scheint wenig ergiebig, sich den Kopf darüber zu zerbrechen, wie diese Losung denn nun wirklich gemeint sein könnte. Hinzuweisen wäre hier nur darauf, daß die vom KBW immer wieder als vorbildhaft hingestellte Bewegung der blockfreien Länder wahrhaftig kein Modell für uns sein kann, eben weil deren Blockfreiheit in Wahrheit nur auf dem Papier steht. Einige dieser Länder sind durch die Politik der herrschenden bürgerlichen Klassen zum Spielball der Rivalität zwischen den Supermächten degradiert worden (zum Beispiel Jugoslawien). Andere gehören unmittelbar zum Machtbereich der einen oder anderen Supermacht und lassen sich sogar zur Speerspitze ihrer militärischen Aggressionen machen (zum Beispiel Kuba in Angola).

KBW gegen „Einseitigkeit"

Entscheidend für die Beurteilung der Losung vom blockfreien Europa ist aber noch ein anderer Faktor. Wenn wir die Forderung nach der Neutralität als Kampflosung stellen, dann knüpfen wir daran keinerlei „Bedingungen" — derart beispielsweise, daß sich „im Gegenzug" die DDR oder Polen oder sonst ein Land aus dem Warschauer Pakt lösen müßte. Es ist **unsere** Aufgabe im Friedenskampf, die imperialistische westdeutsche Bourgeoisie und die amerikanische Hegemoniemacht zu schwächen, die vollständige Loslösung unseres Landes aus dem imperialistischen Kriegspakt zu erkämpfen, um dadurch einen Beitrag zur Abwehr der Kriegsgefahr zu leisten. Und genauso stellt sich die Aufgabe auch für die anderen europäischen Völker. Jeder Versuch, die Durchsetzung der Neutralität in diesem oder jenem Land davon abhängig zu machen, daß auf der anderen Seite der Blockgrenzen das gleiche geschieht, würde die ganze Sache nur auf den Sankt Nimmerleinstag verschieben.

Weder können wir die Blockfreiheit akzeptieren, nach der auf beiden Seiten „abgewogen" gehandelt werden muß, denn das ist die Logik des „Gleichgewichts des Schreckens", unter deren Mantel sich ja gerade Aufrüstung und Kriegsvorbereitung in beiden Blöcken vollzogen haben. Noch dürfen wir uns der Illusion hingeben, ein neutrales Europa ließe sich auf einen Schlag in allen Ländern gleichzeitig erkämpfen, denn das hieße, die ungleichmäßige Entwicklung, die unterschiedlichen Kampfbedingungen in diesen Ländern ignorieren.

Wenn aber der KBW seine Losung der Blockfreiheit der Forderung nach Neutralität unmittelbar **entgegensetzt** — was ist das dann anderes als eben ein Ausdruck jener Blocklogik? Wir sind für ein Abkoppeln von der Supermächten, sagt der KBW, aber es muß dann schon das ganze Europa sein. Und nach dem, was wir oben über die Ansichten dieser Organisation referiert haben, ist auch klar, was hinter dem Ausspielen dieser Losung gegen den Kampf für die Neutralisierung der BRD steckt. Es ist das Bestreben, alles zu verhindern, was den westlichen Kriegspakt **einseitig** schwächen würde.

Der KBW bemüht sich zwar, in der Friedensbewegung mitzuschwimmen und übernimmt daher scheinbar auch einige ihrer Forderungen. Sieht man der Sache jedoch auf den Grund, dann schaut doch überall nur der ganz gewöhnliche Sozialchauvinismus hervor.

„Der Weg der Partei" — neue Nummer erschienen

Wichtige Einsichten für die Friedensbewegung

Themen: Militärpolitik, Stahlindustrie, Betriebsratswahlen

Den Schwerpunkt in der neuen Ausgabe des „Wegs der Partei", des theoretischen Organs der KPD, bildet ein längerer Aufsatz über die „**Militärpolitik der SPD seit dem 2. Weltkrieg**". Er geht aus von den in der gegenwärtigen Friedensbewegung vorhandenen Illusionen darüber, daß die SPD Bestandteil dieser Bewegung werden könnte.

Untersucht und mit vielen Fakten belegt werden die Wandlungen in der Militärpolitik dieser Partei von der Ablehnung der Remilitarisierung bis hin zur Unterstützung des NATO-Raketenbeschlusses. Bei allen Wendungen, die der Kurs der SPD genommen hat, zeigen sich doch einige wesentliche Konstanten: Bei der prinzipiellen Unterordnung der SPD-Führung unter die Interessen des Monopolkapitals konnte der Widerstand gegen einzelne Abschnitte der Militarisierung niemals den Charakter einer wirklichen Opposition annehmen, bezeichnenderweise schwenkte die Parteispitze in jeder Frage (Wiederaufrüstung, Atombewaffnung usw.) nach einiger Zeit auf den Kurs der offenen Reaktion ein. Die jeweiligen Änderungen in der Militärpolitik wurden unter Bruch von eindeutigen und bindenden Beschlüssen, gegen den erklärten Willen von Mehrheiten in der Partei vollzogen — und auch jedesmal durchgesetzt.

Der Artikel weist in der Darstellung der verschiedenen Etappen der Friedensbewegung in der Nachkriegszeit nach, daß deren Scheitern wesentlich auf die Politik der SPD-Führung zurückzuführen ist. Diese verstand es jedesmal geschickt, sich an die Spitze der Bewegung zu setzen, sie dann jedoch abzuwürgen und sich totlaufen zu lassen. (Wichtige Faktoren dabei waren die Sabotage am Entstehen einer Einheitsfront, die Demobilisierung durch Orientieren auf den „parlamentarischen Kampf", offener Verrat usw.)

Eine der entscheidenden Schlußfolgerungen, die aus diesen historischen Lehren zu ziehen sind: Die heutige Friedensbewegung darf sich nicht von der SPD vereinnahmen lassen (worauf gerade die „Integrationsbemühungen" der Brandt, Glotz usw. hinauslaufen), nur bei Wahrung ihrer Unabhängigkeit wird sie ihre Ziele erkämpfen können.

„**Die Lage in der Eisen- und Stahlindustrie und zu der Forderung nach ihrer Verstaatlichung**" ist ein weiterer Artikel im neuen „Weg der Partei". Es handelt sich dabei um ein Schulungsreferat der Landesbezirksleitung Ruhr. Das Referat gibt eine materialreiche Analyse der Entwicklung in der Stahlindustrie und ihrer Perspektiven. Es setzt sich ausführlich mit den verschiedenen reformistischen Vorstellungen in der Frage der Verstaatlichung auseinander und begründet hier noch einmal die Linie unserer Partei. Beigefügt sind dem Artikel die Erklärung des ZK der KPD zur Lage in der Eisen- und Stahlindustrie, sowie der schon im RM erschienene Artikel „Die Stahlkrise und der Ausweg der Stahlbarone an Rhein und Ruhr".

Im letzten Beitrag, „**Zum Eingreifen unseres Landesbezirks in die Betriebsratswahlen**", berichtet eine Landesbezirksleitung der KPD über die Erfahrungen bei der letzten BR-Wahl. Dabei werden weniger die erzielten Erfolge aufgelistet, als vielmehr einige Fehler dargestellt, die ein richtiges Eingreifen insgesamt behindert haben. Und es werden auch solche — für die Partei wichtigen — Schlußfolgerungen gezogen wie die, daß Erfolge bei der Wahl stets dort erreicht wurden, wo ein offensiver Kampf geführt worden war.

Keine Besserung in Sicht

Die Ursachen für Polens Wirtschaftskrise bleiben

Trotz all der verschiedenen getroffenen Maßnahmen der Militärjunta Jaruzelskis wird immer deutlicher, daß sich an der wirtschaftlichen Notlage der polnischen Werktätigen nichts ändern wird. Denn die Ursachen für diese Lage werden nicht angetastet. Weder die Beziehungen zu den westlichen imperialistischen Staaten werden in irgendeiner Weise grundsätzlich angetastet, noch die Privilegien der neuen herrschenden kapitalistischen Klasse. Diese Tatsachen hatten wir bereits in verschiedenen früheren Ausgaben des „Roten Morgens" dargestellt. Aber auch die wirtschaftlichen Beziehungen zur UdSSR werden nicht verändert, und diese waren einer der Hauptgründe für die Entwicklung zur Krise.

Durch zahlreiche in den letzten Monaten veröffentlichte Dokumente wird dabei ein ganzer Wust von Vorgehensweisen deutlich, mit denen die sowjetischen Sozialimperialisten, getarnt hinter großartigen Floskeln von „Internationalismus" und „Gemeinsamkeit" die anderen Staaten des RGW ausplündern. Vor allem wird dies natürlich deutlich am Beispiel Polens, doch gilt diese Vorgehensweise für alle diese Länder.

Vor allem zwei Methoden der Ausplünderung werden dabei sichtbar: Die Bezahlung oder Berechnung des Handels nach Transferrubeln und die direkten Lieferabkommen zwischen verschiedenen Industrie- und Landwirtschaftsbranchen.

So wurde, als im Jahr 1976 der Transferrubel endgültig als Verrechnungseinheit bei RGW-Geschäften zugrunde gelegt wurde, der Wert eines solchen Rubels von Beginn an entschieden überbewertet. 0,62 Rubel sollten so 1 Dollar wert sein, während der zur selben Zeit gültige Goldkurs, ein Verhältnis von 1,28 Rubel für 1 Dollar, hätte gelten müssen. Auf diese Weise muß die UdSSR für die aus den anderen RGW-Staaten importierten Waren lediglich die Hälfte ihres eigentlichen Preises bezahlen — was natürlich für diese Länder ein riesiger Verlust ist. Dabei wurde vor allem der Umfang des Handels zwischen Polen und der UdSSR ganz wesentlich erhöht. So im Zeitraum von 1976 bis 1980 um etwa ein Fünftel jährlich, während die polnische Produktion jährlich um ein Zwanzigstel anstieg, also der Anteil des Handels mit der UdSSR zu ungerechten Preisen weit überdurchschnittlich anstieg.

So kam es zu solchen Erscheinungen, daß ganze Industriezweige unrentabel wurden. Was beispielsweise Computersysteme, Industrieautomatik und physikalische Apparate betrifft, so wird die gesamte Ausfuhr, bis auf jenen Anteil, der laut Lizenzverträgen in den Westen geliefert werden muß, nur in die UdSSR geliefert.

Solche konkreten Beispiele gibt es noch zahlreiche, die in polnischen Zeitungsartikeln der letzten Jahre verstreut veröffentlicht worden waren und in den letzten Monaten gesammelt auch im Westen veröffentlicht oder zugänglich gemacht wurden.

So wurden 92 000 der 130 000 von der „Zastal"-Waggonfabrik erzeugten Waggons, 25 von 45 exportierten Schwefelsäurefabriken usw. in die UdSSR exportiert.

6 Milliarden Dollar Verlust im Jahr hatte die polnische Wirtschaft aus ihren Export-Importbilanzen zu verzeichnen seit 1977 — und ein ständig wachsender Teil davon kam in dieser Zeit aus den polnisch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen.

Und auch die landwirtschaftliche Misere läßt sich nicht zuletzt auf diesen Bereich der polnischen Wirtschaftsbeziehungen zurückführen.

So wurde in diesen Jahren Polen zum Fleisch- und Weizenlieferanten auch für die UdSSR, während die Menge des von Polen importierten Getreides um fast das Dreifache anstieg. Die industriellen Lieferverpflichtungen, die die polnische Kapitalistenklasse in Ost und West eingegangen ist, führte auch dazu, daß der Anteil von Industrieprodukten, der für den Einsatz in der Landwirtschaft produziert wird, immer mehr abgesunken ist, auf zuletzt nur noch 4 Prozent, was den Prozeß der Veralterung der Produktionsweise beschleunigt hat.

Alles dies sind Tatsachen, die mit an der heutigen Lage in Polen schuld sind — aber zu diesen Wurzeln des Übels wird Jaruzelskis Diktatur nicht vorstoßen.

Niederlande

Aktionen gegen amerikanische Munitionstransporte



Große Aufmerksamkeit riefen die Aktionen niederländischer Friedenskämpfer hervor, die in der vergangenen Woche den Kampf gegen die ständigen amerikanischen Munitionstransporte durch die Niederlande aufnahmen.

Die Verladung von 1 200 Tonnen US-Munition war bereits von den Hafenarbeitern in Eemshaven verweigert worden. Nachdem Soldaten diesen Streik gebrochen hatten, blockierten Aktivisten verschiedener politischer Richtungen im gemeinsamen Kampf den zum Weitertransport bereiten Zug. Sie legten sich auf die Schienen, ketteten sich am hinteren Teil des Zuges an und blockierten so seine Fahrt.

Der Zug wurde auf seiner Fahrt in die Bundesrepublik von den dreissig Teilnehmern der Aktion für mehrere Stunden blockiert. Erst der massive Einsatz von Polizei mit Schlagstöcken sorgte nach längerer Zeit dafür, daß die Munition durch niederländisches Gebiet in die Bundesrepublik befördert werden konnte.

Zum weiteren Aufschwung der Friedensbewegung in den Niederlanden haben auch die Auseinandersetzungen um eine Ausstellung der Gruppe Unkraut in Amsterdam geführt, eine Ausstellung, die in wenigen Tagen über 5 000 Besucher hatte. Nachdem sie zunächst geschlossen worden war, wurden Duplikate der verbotenen Dokumente ausgestellt. Darin wurde deutlich, daß es auch für die niederländische Armee und die Sondereinheiten einen ausgefeilten Notstandsplan gibt, in dem sogar Verhaftungslisten für Oppositionelle verschiedenster Richtungen beinhaltet sind.

Noch amtierender Vorstand agitierte gegen Streik

Rettete Joe Gormley die Thatcher-Regierung?

LONDON. — Mit großer Genugtuung und sehr ausführlich berichtete die Presse in ganz Westeuropa über die Urabstimmung der britischen Bergarbeiter, die sich mit einer knappen Mehrheit gegen einen Streik ausgesprochen hatten. Der noch amtierende Gewerkschaftsvorsitzende Gormley hatte den Teil des Gewerkschaftsapparats, der ihm folgt, voll mobilisiert, um die Abstimmung in diesem Sinn zu beeinflussen, indem er die Regierungsargumente übernahm.

Mit Schrecken schaute die englische Kapitalistenklasse auf die Urabstimmung der Bergarbeiter. Denn zweimal in den letzten zehn Jahren hatten die britischen Bergarbeiter mit großen Kämpfen die jeweilige Regierung so stark erschüttert, daß sie zurücktreten mußte. Dies war im Kampf gegen arbeiterfeindliche Sozial- und Wirtschaftspolitik geschehen, wo die Bergarbeiter mit ihren Aktionen sich an die Spitze der gesamten Arbeiterschaft gestellt hatten. Nun fürchtete man, angesichts der immer größeren Bedrängnis der Regierung Thatcher eine Wiederholung dieses Vorgangs.

Alle Maßnahmen waren im Vorfeld getroffen worden, um die Bergarbeiter von einem Streikkampf abzubringen: Die übliche bürgerliche Antistreik-Propaganda war noch verstärkt worden, die rechten Gewerkschaftsführer hatten sich offen gegen eine Streik gestemmt.

Das galt natürlich auch als Revanche für die politische Niederlage, die der rechte Gewerkschaftsflügel in der Wahl zum ab April amtierenden neuen Vorstand erlitten hatte, in der der dem linken Labourflügel zugehörige Scargill gewonnen hatte.

Das galt aber vor allem als Aktion zur Verhinderung eines neuen Sturzes einer britischen Regierung.

So müssen die britischen Kumpels erneut mit einer „Lohnerhöhung" von 9,5 Prozent vorlieb nehmen, bei einer offiziellen Teuerungsrate von 13 Prozent. Am wichtigsten für die konservative Regierung, die das Land mit ihrer Politik immer mehr an den Rand des Desasters geführt hat, ist aber die nun erhoffte politische Atempause. Denn nach dem Streik der Ford-Arbeiter und der Lokomotivführer und den Unruhen im öffentlichen Dienst hätte gerade ein Bergarbeiterstreik nicht nur sozusagen aus Tradition, sondern gerade wegen der aktuellen Lage ein Zündfunke zu einem politischen Aufbruch der britischen Arbeiterklasse werden können. Eine Arbeiterklasse, die wie keine andere in Westeuropa unter der brutalen Antikrisenpolitik der bürgerlichen Reaktion leidet.

Mit Namibia im Hintergrund

Intensive Kontakte zwischen USA und Angola

Zweitägige Gespräche zwischen dem US-Unterstaatssekretär für afrikanische Angelegenheiten Crocker und dem angolanischen Außenminister Jorge fanden Mitte Januar in Paris statt. Damit ist zum ersten Mal deutlich und öffentlich geworden, daß es wachsende Bestrebungen gibt, Angola aus seinen Bindungen mit der UdSSR und Cuba herauszulösen. Dabei spielt die Regelung des Problems der Unabhängigkeit von Namibia (Südwestafrika) eine wichtige Rolle.

Man muß sich bei dieser Angelegenheit daran erinnern, daß einst auch Sadat die ägyptische Politik mit solche vorsichtigen Gesprächen umzuändern begann. Diese angolanisch-nordamerikanischen Verhandlungen, die bereits mehrere geheimdiplomatische Vorläufer hatten, zeigen einmal mehr, wie schwach verankert der sowjetische Einfluß in verschiedenen afrikanischen Ländern ist.

Und gerade in Angola war dies seit langem zu erwarten, denn es ist ja seit Jahren bekannt, daß die amerikanischen Ölmultis das angolanische Öl in Cabinda fördern. Hier erweist sich die Politik der angolanischen Marxisten-Leninisten als korrekt, die seit langem darauf hingewiesen haben, daß die angolanische Führung nur unter dem Druck der ständigen verbrecherischen Aggression Südafrikas gegen Angola den sowjetischen Schutzschild aufgesucht hat, aber ihre Zukunft in der Verbindung mit dem USA-Imperialismus sieht. Das angolanische Kleinbürgertum, in die Leere vorgestoßen, die von der geschlagenen portugiesischen Kolonialmacht zurückgelassen worden war, hatte nicht den Mut gehabt, gegen die südafrikanische Aggression das Volk zu mobilisieren, dessen Hoffnungen gerade verraten wurden. So kam es zur Bindung Angolas an die UdSSR, zur Präsenz kubanischer Truppen.

Wenn sich der südafrikanische Druck durch die Gewinnung der namibischen Unabhängigkeit zumindest abmildern würde, so wurde jetzt sogar offiziell von angolanischer Seite unterstrichen, dann stünde nichts mehr der Aufnahme regulärer und intensiver Beziehungen zwischen Angola und den USA im Wege.

Nachdem bereits seit einiger Zeit zu verfolgen ist, wie die Führung der Volksrepublik Kongo ihre Beziehungen zu Frankreich immer mehr ausbaut und jene zur UdSSR, trotz des abgeschlossenen Freundschaftsvertrags abkühlen läßt, wäre mit einer Änderung der angolanischen Außenpolitik der sowjetische Einfluß im Westen Afrikas weitgehend abgebaut. Deswegen sind auch in den ersten Tagen des neuen Jahres gleich ein halbes Dutzend amerikanischer diplomatischer Delegationen in verschiedenen Staaten im Westen von Afrika herumgereist, um die Weichen zu stellen für einen verstärkten amerikanischen Einfluß.

Für die Völker dieser Länder aber ist keines von beiden eine positive Alternative: Weder die Beziehungen zum sowjetischen Sozialimperialismus noch zum USA-Imperialismus bringen ihnen irgend etwas Gutes. Die Unterstützung der Kommunisten gilt in diesen Ländern jenen Kräften, die für eine wahrhaftige nationale Unabhängigkeit und tiefgreifende gesellschaftliche Veränderung eintreten.

Neuer Skandal in Italien

Italienische Rentenkasse vor der Pleite?

ROM. — Heftige Unruhe unter den italienischen Werktätigen hat die in der vergangenen Woche veröffentlichte Meldung der Regierung über die Finanzlage der staatlichen Pensionskasse hervorgerufen. Ministerpräsident Spadolini teilte der Öffentlichkeit unverfroren mit, die Kasse könne nur noch bis Anfang Juli die Renten ausbezahlen, dann sei kein Geld mehr da.

Was auch in Italien, ganz wie in der Bundesrepublik, als eben gegebene Notlage, durch überzogene Ansprüche zustandegekommen, ausgegeben wird, ist in Wirklichkeit ein eindeutiges Ergebnis kapitalistischer Politik. Immer wieder war die italienische Rentenkasse in den letzten Jahren Gegenstand von Spekulationen und Korruption gewesen. Dabei hatten sich Finanziers, Geschäftemacher und Banditen an den Renten bereichert, gedeckt durch ihr — zumeist — christdemokratisches — Regierungsparteibuch. Außerdem waren immer größere Teile der vorhandenen Gelder von Banken verwaltet und zum Objekt weiterer, offiziell gebilligter Spekulationen geworden, an denen sich das Finanzkapital bereicherte.

Die Übervorteilung der hohen und mittleren Staatsbeamten in der Bezahlung der Pensionen hatte bereits in den letzten Monaten zu verschiedenen Protestaktionen geführt.

Denn es sind die Arbeiter Italiens, die diese Kasse finanzieren: Nicht nur aufgrund der Tatsache, daß sie die meisten Einzahler stellen, sondern sie müssen auch einen höheren prozentualen Anteil einbezahlen als Angestellte oder Beamte.

Deshalb sind in verschiedenen italienischen Gewerkschaften Stimmen laut geworden, die nicht nur eine sofortige Regelung der Situation der Rentenkasse fordern, sondern auch die Bestrafung der Verantwortlichen für die Entstehung dieser Lage.

Im italienischen Parlament ist es daraufhin zu heftigen Angriffen auf die regierenden Republikaner und Christdemokraten gekommen, die nur Dank der Unterstützung durch die KPI um einen heftigen Überlebenskampf herum kamen.



„Er hat zwar Dreck am Stecken – aber laßt uns gnädig mit ihm sein!"

Bonner Spendenaffäre

20000 Mark für Helmut Schmidt

Über die kriminellen Praktiken der SPD-Führung beim Einkassieren von Spenden hat der RM schon in seiner vorletzten Ausgabe berichtet. Ähnlich wie die anderen Bonner Parteien hatte sich auch die SPD sogenannte gemeinnützige Vereinigungen aufgebaut, ausschließlich zu dem Zweck, daß Unternehmen ihre der SPD zugedachten Spenden über diese Vereinigungen steuerbegünstigt abwickeln konnten.

Eine besondere Rolle spielte dabei der „Arbeitskreis für kommunalpolitische Bildung e.V." (AKB), der allein im Jahre 1969 Auffangstelle für Spenden in Höhe von 1,2 Millionen Mark war. Im Statut dieser zum Zweck der organisierten Steuerhinterziehung geschaffenen Organisation werden ihre Ziele übrigens zynischerweise so beschrieben: „... die demokratische Erziehung des deutschen Volkes (...) zu fördern."

Über den AKB ist auch eine Spende gelaufen, die persönlich für den damaligen Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion und heutigen Bundeskanzler Schmidt gedacht war. Dazu heißt es in einem Bericht des ermittelnden Staatsanwaltschaft:

„Ferner findet sich bei den Unterlagen ein Vorgang, der mit folgender Notiz ‚Bonn, 5. September 1969/Be' beginnt:

‚Telefonische Durchgabe der Sekretärin von Helmut Schmidt:

Lieber Alfred (angesprochen ist der Ex-Schatzmeister Alfred Nau — Red.),

ich befinde mich augenblicklich im Harz und wurde hier von Herrn Werner Otto, Inhaber der Firma Otto-Versand Hamburg, angesprochen. Otto hat von sich aus für meinen Hamburger Wahlkampf 20000 Mark zur Verfügung gestellt, bittet aber um steuerliche Möglichkeit. Ich habe ihm gesagt, daß ich diese nicht übersehen könne, wohl aber Dich bitten würde, mit ihm Verbindung aufzunehmen. Er selbst wird in den nächsten Tagen mehrfach im Ausland sein und hat deshalb gebeten, sich telefonisch in Hamburg mit seiner Vertrauensperson, Frau Abromeit, in Verbindung zu setzen (telefonisch erreichbar über Otto-Versand Hamburg).'

Hierauf folgt ein Schreiben Petersens (Geschäftsführer des ‚Vorwärts'-Verlags und gleichzeitig Vorstandsmitglied des AKB) vom 9.9.1969 an die Firma Otto-Versand, Hamburg, zu Händen Frau Abromeit, mit folgendem Wortlaut (auszugsweise):

‚Wir danken herzlich für die Mitteilung, wonach uns Ihr Unternehmen den Betrag von 20000 Mark zur Verfügung stellen will. Sofort nach Eingang werden wir Ihnen unsere offizielle Spendenquittung übermitteln.'

Dieser Vorgang schließt mit dem Schreiben Petersens vom 19.9.1969 ‚Persönlich an Frau Anna Abromeit, c/o Otto-Versand', ab, in dem u. a. ausgeführt wird:

‚... haben Sie verbindlichen Dank für die Überweisung Ihres Förderbeitrags in Höhe von 20000 Mark. Sie finden beiliegend unsere Spendenquittung...'

Der AKB hat den Betrag als Spendeneingang des Jahres 1969 in seiner Einnahmen- und Ausgabenrechnung ausgewiesen."

Soweit die Akten der Staatsanwaltschaft. Es zeigt sich also, daß auch der Bundeskanzler in den Spendenbetrug verwickelt ist; es zeigt sich jedoch auch, daß Schmidt schon damals ein vorsichtiger Mensch gewesen ist. Als Spender Otto ihn um „steuerliche Möglichkeit" bat, hat er als Führungsmitglied seiner Partei mit Sicherheit gewußt, was da gefordert war: nämlich dem Versandhaus-Boß eine Möglichkeit anzubieten, durch die er seine Spende steuerlich absetzen konnte. Und die wurde denn ja auch dadurch geschaffen, daß die Spende über den „gemeinnützigen" AKB lief. Aber Schmidt hat sich eben darauf zurückgezogen, daß er „diese (Möglichkeit) nicht übersehen könne" und die ganze kriminelle Schmutzarbeit seinem Schatzmeister Nau und dessen Handlanger Petersen überlassen. Damit dürfte der Kanzler — zumindest in dieser Sache — juristisch aus dem Schneider sein.

Neues von Leisler Kiep

Einer der in der Spendenaffäre am stärksten belasteten Politiker ist der ehemalige CDU-Schatzmeister Walther Leisler Kiep. Wie aus einem Bericht des „Spiegels" hervorgeht, hat sich der jetzige CDU-Spitzenkandidat bei der Hamburger Bürgerschaftswahl nicht nur um die finanzielle Stärkung seiner Partei verdient gemacht, sondern durch geschickte Ausnutzung seiner politischen Ämter auch seinen persönlichen Reichtum beträchtlich vermehrt.

Kiep ist Teilhaber der Stuttgarter Firma Gradmann & Holler, des zweitgrößten westdeutschen Versicherungsmaklers, der sich auf Industrieversicherungen spezialisiert hat. Und für dieses Unternehmen konnte der CDU-Mann in seiner Zeit als Finanzminister in Niedersachsen äußerst lukrative Aufträge an Land ziehen.

Da war zum Beispiel der ins Schlingern geratene Textilbetrieb Povel. Er wurde von Finanzminister Kiep mit einer Landesbürgschaft gestützt und von der Norddeutschen Landesbank (Aufsichtsratsmitglied Kiep) mit günstigen Krediten versorgt. Worauf Povel seinem langjährigen Versicherer, dem Gerling-Konzern, kündigte und stattdessen Gradmann & Holler einschaltete. Nach dem gleichen Muster lief es beim Braunschweiger Unternehmen Rollei ab: Unterstützung durch das Land — die Kiep-Firma wurde mit der Vermittlung von Versicherungen beauftragt.

Der größte Coup gelang bei VW. Zwei Monate nach Kieps Amtsantritt in Hannover beschloß der VW-Vorstand, Gradmann & Holler mit einem Drittel an der VW-Versicherungsvermittlungs GmbH zu beteiligen. Der Aufsichtsrat hatte gegen diese Entscheidung, die dem Konzern keinerlei wirtschaftliche Vorteile einbringt, nichts einzuwenden. Kein Wunder: Mitglied des Aufsichtsrats war und ist ja auch Walther Leisler Kiep. Ein ähnlich gelungener Deal gelang dem tüchtigen Geschäftsmann schließlich in diesem Jahr mit der AEG, die ähnlich wie VW und alle anderen großen Konzerne eine eigene Versicherungsvermittlungsgesellschaft unterhält — die EAS. An dieser Gesellschaft wurde Gradmann & Holler mit 45 Prozent beteiligt. Kaum war das perfekt gemacht, meldete sich ein neuer Kunde bei der EAS: die Deutsche Messe- und Ausstellungsgesellschaft AG, Ausrichter der Hannover-Messe. Aufsichtsratsvorsitzender dieser Gesellschaft ist — na, wer wohl? — Walther Leisler Kiep.

Schuster zurück in die Nationalelf

Happy-end in Barcelona

Während in Madrid die KSZE-Folgekonferenz schon seit Jahren nicht von der Stelle kommt, wurden die letzte Woche in Barcelona geführten deutsch-deutschen Verhandlungen überraschend schnell mit einem positiven Ergebnis abgeschlossen. Beteiligt an der Gipfelkonferenz in einem abhörsicheren Raum des Nobel-Restaurants Via Veneto waren Hermann Neuberger, Präsident des Deutschen Fußballbundes (DFB) und Bernd Schuster vom CF Barcelona nebst Ehefrau Gaby.

Beide Seiten erarbeiteten ein Kommuniqué, dessen entscheidender Passus lautet: „In einem am 17. Januar in Barcelona in bester Atmosphäre und in vertrauensbereiter Offenheit geführten Gespräch hat Bernd Schuster gegenüber Hermann Neuberger nicht nur seine besondere Anhänglichkeit an die Fußball-Nationalmannschaft ausgedrückt, sondern auch seine grundsätzliche Bereitschaft erklärt, in der Nationalmannschaft anläßlich der Fußball-Weltmeisterschaft 1982 und in der Vorbereitungsphase mitzwischen den vertragsschließenden Seiten darüber hinaus ein weiteres Spitzengespräch, an dem neben dem Ehepaar Schuster auch die Herren Breitner und Rummenigge (FC Bayern) teilnehmen werden.



Bald kann Derwall seinen Schuster wieder in den Arm nehmen.

Damit konnte auf dem Wege der Verhandlungen ein schwerwiegender Konflikt beigelegt werden, der die Öffentlichkeit in einer Form erschütterte, wie man es seit den Tagen des legendären Ehedramas Burton/Taylor nicht mehr erlebt hatte. Selbst Harald Juhnkes mit viel Gespür für Wirkung organisierte Dauer-Einmann-Show „Der Schnaps und ich" war von den Kontrahenten in der Schuster-Frage glatt an die Wand gespielt worden.

Erinnern wir uns: Seinen ersten dramatischen Höhepunkt erreichte diese Fußball-Tragödie von wahrhaft klassischen Ausmaßen, als sich Schuster, damals noch Mitglied der Nationalmannschaft, weigerte, an einem Umtrunk mit seinen Fußball-Kameraden in Hansi Müllers neu eingerichtetem Partykeller teilzunehmen. Trainer Derwall und seine Spieler waren geschockt. Einen Kameradschaftsabend zu boykottieren — welch ein Frevel! Aufgeregte Telefonate wurden zwischen den Kontrahenten geführt; die Sache spitzte sich zu, und schließlich zog sich der nunmehr in den Ruf des Rebellen geratene Schuster schmollend nach Barcelona zurück. Kein Bock mehr auf die Nationalmannschaft, erklärte der blonde Mittelfeldspieler. Und der Bundestrainer konterte: kein Interesse an Schuster.

Das aber war erst der Anfang des eigentlichen Dramas, das nun einsetzte. Und es nahm eine interessante Wendung dadurch, daß sich Schuster nunmehr auf die Bayern-Stars Breitner und Rummenigge einschoß, die er als die wahren Tyrannen in der Nationalmannschaft attackierte. Ein in allen Medien ausgetragener Grabenkrieg zwischen Barcelona und München brach aus und hielt die Welt in Atem. Trug Schuster einen Angriff vor: „Ich will nicht breitnern und nicht rummeniggen. Ich will nicht Breitners Rasenmäher sein", dann parierte Breitner: „Ist Schuster allein, sagt er nicht muh und nicht mäh. Aber wenn seine Frau dabei ist, wird er zur rasenden Wildsau."

So ging es also monatelang hin und her. Beide Seiten hatten ihre „Jetzt-rede-ich"-Fortsetzungsserien in der Presse. Sie hielten sich damit in den Schlagzeilen, auch wenn sie auf dem Spielfeld mal nichts boten. Und Publicity steigert ja bekanntlich den Verkaufswert. Nun aber soll plötzlich der Vorhang fallen, das Drama beendet sein durch ein nach allen Regeln der diplomatischen Kunst verfaßtes Kommuniqué? Wie das?

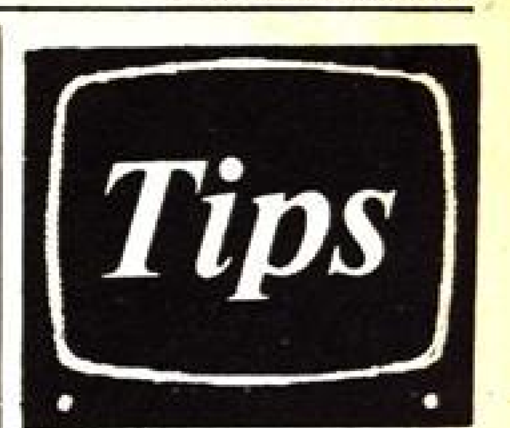
Darüber können natürlich nur Vermutungen angestellt werden. Aber immerhin beginnt ja im Juni die Fußball-Weltmeisterschaft. Und da ist für Bernd Schuster die Teilnahme daran natürlich noch lukrativer als weiter den Schlagzeilen-Rebellen in einem Drama (oder einer Klamotte — wie man's nimmt) zu spielen. Weil nun aber auch Paul Breitner ein Mensch ist, der in geschäftlichen Dingen bekanntlich sehr realistisch denkt, dürfte er erkannt haben, daß sich der finanziell so überaus ergiebige Weltmeistertitel kaum ohne den Spitzenspieler Schuster holen läßt. Der Versöhnung und dem Happy-end steht also nichts mehr im Wege.

Und die Klamotte darf jetzt wieder Harald Juhnke ganz alleine spielen.

Aufgespießt

„... der MG-eigene Bundestagsabgeordnete und energiepolitische Sprecher der CDU-Fraktion Dr. Heinz Riesenhuber."

Die Hauszeitschrift für die Mitarbeiter der Frankfurter Metallgesellschaft AG „MG-Information".



Samstag, 30. Januar
20.15 Uhr, ZDF
Die Faust im Nacken. In Elia Kazans berühmtem Film aus den 50er Jahren kämpft ein Hafenarbeiter (natürlich allein, wie immer im amerikanischen Kino) gegen korrupte Gewerkschaftsbonzen. Mit Marlon Brando, Lee J. Coob und Rod Steiger.

***

Sonntag, 31. Januar
10.00 Uhr, ARD
Geschichte in Bildern. An den Gemälden des großen Realisten Pieter Breughel wird die Geschichte der Niederlande im 16. Jahrhundert dargestellt.

***



Sonntag, 31. Januar
21.05 Uhr, ARD
Herr Puntila und sein Knecht Matti. Bertolt Brechts Volksstück um einen Gutsbesitzer, der nur im besoffenen Zustand „menschliche" Züge zeigt, wird in einer Produktion des DDR-Fernsehens gesendet. Mit Ekkehard Schall und Hans-Peter Reinecke.

***

Montag, 1. Februar
20.15 Uhr, WDR III
Wer ein Lied zu singen weiß... Hein und Oss Kröher, Gabi Dollinger und die Gruppe Kurtzweyl bringen Vaganten- und Bänkellieder.

***

Montag, 1. Februar
22.05 Uhr, Südwest III
Der unvergessene Krieg. Gezeigt wird die Folge „Die Schlacht um Berlin".

***

Dienstag, 2. Februar
16.15 Uhr, ARD
Die Nachkommen der Inkas. Gordian Troeller und Claude Deffarge berichten über die Unterdrückung der Indios in Bolivien.

***

Mittwoch, 3. Februar
15.45 Uhr, ARD
Liedermacherinnen. Mit Joana, Jasmine Bonnim, Ulla Meinecke und Julie Felix.

***

Mittwoch, 3. Februar
22.15 Uhr, ZDF
...und es kamen Menschen. Der Film über Ausländer in der BRD befaßt sich unter anderem mit den Folgen der jüngsten Verschärfung des Ausländerrechts.

***

Mittwoch, 3. Februar
22.20 Uhr, WDR III
Toni. In diesem Film aus dem Jahr 1935 beschreibt Jean Renoir das Schicksal eines italienischen Gastarbeiters in Frankreich. Mit Celia Montalvan und Charles Blavette.

Raketenzentrum Niederrhein

Widerstand gegen AWACS-Stationierung

Leitsystem für Pershing und Cruise Missile — Erste Maschine kommt am 5. 2.

NRW ist neben Rheinland-Pfalz das Gebiet, das die höchste Atomwaffendichte der Welt hat und, sollte es zum Krieg kommen, sicher mit als erstes von der Landkarte verschwinden wird. Gleichzeitig ist NRW abgesehen von Bremen und Hamburg das Bundesland mit der größten Bevölkerungsdichte, nämlich 499 Einwohner pro qkm.

Besonders dicht wird diese Konzentration von Atomwaffen am linken Niederrhein.

Hier, in Arsbeck, soll auch im Rahmen des NATO-Nachrüstungsbeschlusses eine Staffel Pershing-II-Raketen stationiert werden.

Bereits stationiert ist in Geilenkirchen-Teveren seit 1969 eine der beiden Pershing-Einheiten, das Flugkörpergeschwader 2 (die zweite Einheit liegt in Landsberg in Bayern). Jedes Geschwader verfügt offiziell über 36 Pershing-1-A. Im „Handbuch der Bundeswehr" wird die Stückzahl allerdings mit „etwa 100" angegeben. Das heißt, inoffiziell hat jedes Geschwader noch 14 weitere dieser „ballistischen Boden-Boden-Flugkörper für Sofortbereitschaft und mobilen Einsatz". Seit 1976 befindet sich für diese Raketen im Arsbecker Busch eine sogenannte QRA-Stellung (quick reaction alert). Das bedeutet, daß Atomraketen in sofortiger höchster Alarmbereitschaft stehen. Die Atomsprengköpfe sind „scharf" gemacht und nach dem „Zwei-Schlüssel-System" brauchen nur noch ein Bundeswehrsoldat und ein US-Soldat je einen Knopf zu drücken und **jede** der neun dann losfliegenden Pershing-1-A würde Hunderttausende Menschen sofort vernichten. (Eine Pershing-1-A hat die dreißigfache Vernichtungskraft der Hiroshima-Bombe.) **In der Arsbecker QRA-Stellung zielen wegen der strategischen Bedeutung der Häfen zwei der neun Pershing auf die Städte Hamburg und Kiel!**

Die 36 Pershing sind in vier Staffeln zu je neun Raketen gegliedert. Abwechselnd werden die Staffeln von Teveren nach Arsbeck in die QRA-Stellung gefahren. Bis 1980 geschah dies alle 14 Tage donnerstags. Dann sah man die schweren Sattelschlepper mit den fahrbaren Abschußrampen mit den Raketen durch die Ortschaften Heinsberg, Wassenberg, Wildenrath und Geilenkirchen fahren. Seit der Widerstand gegen den atomaren Wahnsinn zunahm, werden die Raketen manchmal per Hubschrauber nach und von Arsbeck transportiert oder auch nachts und am späten Abend über die Straßen gefahren. Zweimal im Jahr sind Übungen, dann verlassen die drei Pershing-1-A-Staffeln die Kaserne und fahren mit ihren Raketen in sogenannte „provisorische Feldstellungen", die in der Eifel, in den Wäldern um Blankenheim, Prüm, Mayen und entlang der belgischen Grenze liegen. Auch in Aachen-Brand war oder ist sogar noch eine solche Feldstellung.

Für die Bevölkerung sind diese Transporte keineswegs ungefährlich. So kippte in Wildenrath eine Pershing von der Zugmaschine herunter und landete in einem Vorgarten.

Weniger gefährlich, aber für die Militärs blamabel war es, als sich Soldaten mit den Atomraketen in der Gegend Geilenkirchen-Teveren verfahren hatten und unbeabsichtigt nach Holland reingefahren sind. Mit solchen Pannen soll jetzt Schluß sein. Aufwendig wie selten und mit höchster Geschwindigkeit soll die neue Bundesstraße 221 von Geilenkirchen vorbei an der Selfkant-Kaserne bis zur Pershing-Alarmstellung (QRA) ausgebaut werden. Die Orte Geilenkirchen, Heinsberg, Wassenberg, Wildenrath und Arsbeck sollen nach den Bauplänen umgangen werden. Das örtliche CDU-MdB, Dr. v. Spies, begründete die Notwendigkeit in einem Brief an das Bundesverkehrsministerium ganz offen mit „militärischen Erfordernissen". Spies wörtlich: „Eine schnelle Verbindung dieser strategisch wichtigen Verbände in einem Krisenfall wird bei Fortbestehen der gegenwärtigen Gegebenheiten behindert."

Pünktlich zur Stationierung der Pershing II in der Bundesrepublik (eine Staffel in Arsbeck) Ende 1983 soll denn auch die neue Pershing-Rollbahn fertiggestellt sein.

Die 112 Marschflugkörper (Cruise Missile), die auf Flugplätzen der BRD stationiert werden sollen, werden auf sieben US-Kompanien, die über je 16 Stück verfügen, aufgeteilt. Jeweils vier Stück werden auf 17 Meter langen, fünfachsigen Lastwagen transportiert. Bisher wurde nicht mitgeteilt, welche Flugplätze in der BRD für die Stationierung vorgesehen sind. **Da diese Marschflugkörper aber bis 1984 angeliefert werden sollen, müssen die besonders geschützten Bunker, in denen sie untergebracht werden, bereits jetzt im Bau sein. Und im amerikanischen Sperrgebiet bei Kaldenkirchen werden derzeit Bunkeranlagen gebaut.**

Lance-Raketen, die mit einer Reichweite von maximal 120 km für den Einsatz innerhalb der BRD bestimmt sind, sind u. a. in Wesel, Wuppertal und Euskirchen stationiert. Lance ist die Trägerrakete, die vorrangig für Neutronensprengköpfe in Frage kommt. Ungefähr 4 km vor der Autobahnabfahrt Emmerich (A 3, Richtung Oberhausen-Arnheim) kann man auf der rechten Seite neue Bunkeranlagen erkennen. Diese Bunker werden wahrscheinlich das „Nachschublager" der Lance-Raketen des Weseler „Raketenartilleriebataillons 150" sein. Sollten die schon gebauten Neutronensprengköpfe nach Europa kommen, bieten sich diese Bunker für die Militärs geradezu an.

In Nörvenich sind A-10-Jagdbomber stationiert, die mit ihrer Schnellfeuerkanone Uranmunition verschießen, die jede Panzerung durchschlägt. Sie können aber auch lasergesteuerte Bomben werfen und Raketen verschießen, die mit Hilfe einer in ihrer Spitze eingebauten Fernsehkamera genau ins Ziel gebracht werden können. Wegen ihrer großen Treffsicherheit wäre die A-10 ein ideales Transportmittel für Neutronensprengköpfe.

In Nörvenich und Laarbruch wird ab 1983 der Tornado stationiert.

NL

Raketenzentrum Niederrhein

1. **Emmerich:** Bunkeranlage ca. 4 km vor der Autobahnabfahrt Emmerich, nördlich der Autobahn.
2. **Kalkar:** ATOC (Allied Tactical Operation Center), dritte Luftwaffendivision. Ihr unterstehen die Hälfte aller bundesdeutschen Luftaufklärungs- und Luftangriffsverbände, unter anderem das Flugkörpergeschwader 2 in Niederheid.
3. **Uedem:** SOC 2 (Sector Operational Centers), der Luftverteidigung zugehörig; Radaranlage Paulsberg, zugehörig der NADGE-Radarkette.
4. **Laarbruch:** Royal Air Force – Flughafen, 2. Staffel der taktischen Luftaufklärung (Jaguar GR 1), 15. und 16. Staffel der Luftangriffsverbände (Buccaneer S MK 2).
5. **Hassum/Hommersum:** Bundeswehrdepot, vermutlich stehen hier 155 mm Panzerhaubitzen.
6. **Wesel:** Raketenartilleriebattaillon 150 mit den Atomraketen Lance, die auch mit Neutronensprengköpfen ausgerüstet werden können. In nächster Nähe ist ein Übungsgelände für die Raketenartillerie.
7. **Xanten/Sonsbeck:** Nike-Hercules-Stellung.
8. **Hünxer Wald:** Ca. 50 Bunker, möglicherweise soll hier Giftgas gelagert werden.
9. **Dorsten:** Der Dorstener Güterbahnhof wird z.Z. umgerüstet in einen Munitionsbahnhof. Er soll die Entladestelle für das Munitionsdepot „Hünxer Wald" und des Munitionsdepots „Hohe Mark" (ca. 90 Bunkeranlagen) werden. Die Zufahrt soll über die Straße Bovenhorst erfolgen. In Dorsten-Wulfen befindet sich bereits seit Jahren das Munitionsdepot „Muna" der britischen Rheinarmee.
10. **Twisteden/Kevelaer:** Britisches Sperrgebiet der Royal Air Force, wenige Kilometer vom Flughafen Laarbruch entfernt. Die Funktion ist den Autoren unbekannt.
11. **Lüllingen:** Ebenfalls ein britisches Sperrgebiet.
12. **Rheinberg:** In einer ehemaligen Textilfabrik soll eine „Verwaltungszentrale für Wehrmaterial" eingerichtet werden. Die hier stationierten US-Soldaten kommen aus den führenden NATO-Stellungen Mönchengladbach und Kaiserslautern.
13. **Kaldenkirchen:** US Air Base an der holländischen Grenze. Da die US Army im Norden der Bundesrepublik keinen eigenen Flugplatz haben, ist möglich, daß hier eine Einheit Cruise-Missiles stationiert wird.
14. **Hinsbeck:** Nike-Hercules-Flugabwehrraketen mit nuklearen Sprengköpfen.
15. **Süchteln:** Übergeordnete Führungsanlage der NATO, vermutlich gehört sie zu den Flugabwehrraketen. Beim Ausbau dieser Anlage ist im Sommer 1979 ein Zivilist auf dem Baugelände erschossen worden.
16. **Brüggen:** Britisches Munitionsdepot. Hier werden die Atomwaffen des Flughafens Brüggen/Elmt gelagert, gleichzeitig ist es das Treibstoffdepot für den Flughafen.
17. **Elmpt/Brüggen:** Britischer Militärflughafen. Hier stehen die 14., 17., 20 und 31. Staffel der Luftangriffsverbände mit u.a. dem Jaguar GR 1.
18. **Mönchengladbach:** NATO-Hauptquartier in Rheindahlen, Sitz der 2. ATAF (Allied Tactical Air Force), „verantwortlich" für den Luftraum über Belgien, den Niederlanden und Norddeutschland.
19. **Arsbeck:** QRA-Stellung der Pershing 1-A, hier soll ab 1983 eine Pershing-II-Staffel mit 9 Raketen stationiert werden. Selbst die B 221 wird hierfür neu ausgebaut.
20. **Wildenrath:** Flughafen der Royal Air Force, 18. und 92. Staffel der Luftverteidigung (Phantom FGR 2).
21. **Geilenkirchen/Teveren:** Ab Februar 1982 sollen hier die 18 Awacs E-3A stationiert werden.
22. **Geilenkirchen/Niederheid:** Ab August/September 1981 ist hier das Flugkörpergeschwader 2 in der Selfkantkaserne stationiert. Die Raketenartillerie mit ihren Lance-Raketen kommt nach Wuppertal und Euskirchen.
23. **Jülich:** „Wehrinstandsetzungsanlage" am Gelände der Jülicher Kernforschungsanlage.
24. **Nörvenich:** Jagdbombergeschwader 31 der Luftangriffsverbände (Starfighter F 104 G) auf dem Fliegerhorst Nörvenich. Hier stehen Starfighter mit nuklearen Waffen in ständiger Alarmbereitschaft. Darüber hinaus sind hier die A 10 stationiert.
25. **Kirchherten:** Nike-Hercules-Flugabwehrraketen (FLARAK).
26. **Vollrather Höhe:** Geplante Führungsanlage der NATO!
27. **Kapellen:** Nike-Hercules-Flugabwehrraketen (FLARAK).
28. **Wuppertal:** Die Raketenartillerie (Lance-Raketen) der Niederheider Selfkantkaserne wird im August/September 1981 nach Wuppertal und Euskirchen verlegt.

AWACS — Leitsystem für atomaren „Erstschlag"

Am 5.2.82 soll in Geilenkirchen-Teveren das erste von zwölf AWACS-Flugzeugen stationiert werden.

AWACS ist die Abkürzung für Airborne Warning and Control System; es handelt sich um ein fliegendes Radarsystem. Über den Nutzen dieses Systems sind sich übrigens selbst Militärs nicht einig. Beschlossen wurde die Einführung von AWACS im Dezember '78 von den Verteidigungsministern der NATO auf Drängen der USA (von wem sonst). Die BRD machte die Beteiligung davon abhängig, daß das Haupteinsatzgebiet in der BRD liegen müsse und daß die deutsche Industrie angemessen an der Produktion beteiligt werde.

Vorteil des AWACS-Systems soll sein: AWACS kann gegnerische Tiefflieger fünf bis acht Minuten früher orten als die Bodenradarstaionen der NADGE-Kette. In Wirklichkeit geht es gar nicht um diese Frühwarnzeit.

AWACS ist in Wirklichkeit ein Luftangriffsgefechtsstand. Dies wird aus Äußerungen der Militärs selber deutlich:

„In der Definitionsphase für AWACS kristallisierte sich eine zusätzliche Aufgabe für dieses System heraus: die Luftangriffskomponente. Dieser Umstand gab der AWACS-Entwicklung wieder neue Impulse und Haushaltsmittelzuteilungen." (Aus: „Soldat und Technik" 9/72)

„Zum Beispiel liegen viele Möglichkeiten in der Führung von eigenen Luftangriffsmöglichkeiten in der Tiefe des generischen Raums, wo kein eigenes Bodenradar hinreicht." (Aus: wt 11/78)

„Absehen läßt sich jedoch, daß AWACS den Luftangriffsverbänden (nämlich Pershing II und I — Red.) bei deren Einsatzvorbereitung durch Übermittlung einer aktuellen Feindluftlage (...) wertvolle Unterstützung gewähren kann." (So Oberst Kospoth, Planungsbeauftragter für AWACS im Verteidigungsministerium.

Der Militärexperte P. de Ste. Croix schreibt, daß die Möglichkeit untersucht wird, inwieweit die Cruise Missiles durch AWACS gelenkt werden können.

„AWACS wird es uns ermöglichen, unsere Angriffsflugzeuge viel besser an der gegnerischen Abwehr vorbeiführen zu können", stellt der Kommandeur der Alliierten Luftstreitkräfte in Mitteleuropa, dem AWACS direkt unterstellt ist, US-General Evans, fest.

Und was ist eigentlich mit der vielgepriesenen Frühwarnzeit von fünf bis acht Minuten, die ja auch der Zivilbevölkerung zugute kommen soll? Wenn man sich überlegt, daß im Ernstfall der ganze Zivil„schutz" für ganze 3 Prozent der Bevölkerung das notwendigste an Hilfe ermöglicht, und auch das nur ein paar Tage, dann helfen uns die gewonnenen acht Minuten auch nicht mehr weiter.

Die Geilenkirchener Initiative für Abrüstung und Frieden stellt völlig zu Recht die Frage: „Für wie dumm halten die Militärs uns eigentlich? Milliarden für Minuten und wir haben doch nichts davon!"

Der Geilenkirchener Bevölkerung und überhaupt der Bevölkerung der Region waren im Zusammenhang mit der AWACS-Stationierung große Versprechungen gemacht worden. Anfangs war die Rede von ca. 2000 neuen Arbeitsplätzen, die geschaffen werden sollten. Mittlerweile ist diese Anzahl auf ca. 300 Arbeitsplätze für ziviles Personal, das der regionale Arbeitsmarkt hergeben kann, geschrumpft. Die lokale Bauwirtschaft war nur zu 15 Prozent am Bauvolumen für den Flugplatz beteiligt. **Trotz AWACS-Milliarden gab es Betriebsschließungen, und die Arbeitslosenquote stieg auf 10,5 Prozent. Mit dem 1,5-Milliarden-Anteil der BRD an den Kosten für die 18 Flugzeuge hätte man 300 000 Arbeitsplätze im zivilen Bereich schaffen können.**

AWACS hat einfach alles, nicht nur hochtechnisierte, sondern auch soziale Einrichtungen: vom Friseurladen, einem eigenen Reisebüro, einer eigenen Bank bis hin zum Swimmingpool und amerikanischen Schulen. Zehn neue Schulbusse mußten aber von der Stadt Geilenkirchen mangels Geld wieder abbestellt werden.

Der AWACS-Verband braucht 30 Millionen Kilowatt Strom jährlich, natürlich zu verbilligten Preisen. Wir müssen seit dem 1. Januar '82 mehr bezahlen. Beim Wasserverbrauch haben die NATO und AWACS natürlich ebenfalls Sondervergünstigungen. Gestiegene Heizöl- und Benzinkosten sind ebenfalls kein Problem: Die NATO zahlt für den Treibstoff 76 Pfennige.

Zum Vergleich: 18 Geilenkirchener Haushalte könnten mit **einer** AWACS-Tankfüllung ein Jahr lang heizen.

Etliche Landwirte sind durch militärische Zwangsenteignung in ihrer Existenz bedroht. Ruinierende Flurbereinigungen werden unter militärischen Gesichtspunkten durchgeführt. Die umliegenden Wirtschaftswege in Teveren sollen aus militärischen Gründen auf Kosten der Ackerbaufläche von 2,5 Meter auf 4,5 Meter verbreitert werden. Fluglärm und Rinderzucht sind unvereinbar, und krebserregende Abgaswolken gefährden Vieh- und Kornbestand.

Die Teverner Heide, Naturschutz- und Naherholungsgebiet für viele Menschen, wird durch umfangreiche Abholzungen zerstört. Die AWACS-Stationierung wird zur Ausrottung seltener Tier- und Pflanzenarten führen. Im Wasserschutzgebiet lagern zehn Millionen Liter Kerosin.

Die Boden- und Mietpreise auf dem lokalen Wohnungsmarkt stiegen um fast 100 Prozent. Betroffen ist die einheimische Bevölkerung, da NATO-Angehörige Unterstützung bekommen. Im Fliederweg in Geilenkirchen wurden Rentner auf die Straße gesetzt, um Platz für kanadische Offiziere zu schaffen.

Statt „Flüsterjets", die der Bevölkerung versprochen wurde, sind die AWACS-Flugzeuge veraltet und überlaut. Ab 1985 rechnet die NATO mit 14 Starts und Landungen pro Werktag. Davon sollen in jeder zweiten Nacht zwischen 22.00 Uhr und 6.00 Uhr ein Start und eine Landung stattfinden. Außerdem rechnet man mit durchschnittlich vier Triebwerksstandläufen von ca. 20 Minuten Dauer im Monat. Auf bauliche Schutzmaßnahmen hierfür wurde verzichtet. Zuschüsse zu Schallisolierungsmaßnahmen fallen durch geschickte Manipulation der Lärmschutzzonen flach. In der Nähe der Fliegerhorstlinie liegen Krankenhaus, Altenheime und Schulen.

Es gibt — wie niederländische Friedensinitiativen feststellten — ein Abkommen von 1968 zwischen dem damaligen Verteidigungsminister Helmut Schmidt und de Toom (NL), demzufolge der Fliegerhorst Teveren nur im Kriegsfall benutzt werden darf! Auch dies wurde der Bevölkerung natürlich verschwiegen.

Der „Empfang" wird vorbereitet

Am 5. Februar soll nun das erste AWACS-Flugzeug stationiert werden. Für die NATO ist dies natürlich ein erstrangiges Ereignis, zu dem mit Sicherheit hohe Militärs angereist kommen; aber auch Presse, Rundfunk und Fernsehen werden natürlich ausführlich berichten.

Friedensinitiativen aus Deutschland und den Niederlanden rufen an diesem Tag zu einer Demonstration und Kundgebung in Geilenkirchen auf. KPD und KJD Rheinland haben sich diesem Aufruf angeschlossen. Morgens sind Aktionen vor dem Hauptor des Fliegerhorstes geplant. Man denkt an ein gemeinsames Kaffeetrinken auf der Straße. Weitere gemeinsame Aktionen sind nicht ausgeschlossen.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 4 , 29 Ocak 1982 Yıl: 16 1 DM



Cenaze Töreni: **Yugoslav ajan örgütü tarafından hunharca katledilen üç Kosovalı yoldaş için geçen hafta Stuttgart'ta bir cenaze töreni düzenlendi. Kosovalı, Alman ve Türkiyelilerden oluşan 400'ü aşkın bir kitle törene katıldı. Ayrıca cenaze törenine KPD'li ve KJD'li yoldaşlar da katılarak, katledilen üç yoldaşın yakınları, yoldaşları ve özgürlük için savaşan Kosova halkı ile acılarını paylaştıklarını ve onlarla mücadeleci dayanışmalarını dile getirdiler. Yugoslav hakim sınıfları Isuf ve Bardosh Gervalla kardeşler ile Kadri Zeka'yı katletmeyi başardılar. Ama onlar Kosova halkının özgürlük mücadelesini söndüremeyecekler.** **(Haberi sayfa 3'te)**

işsizlik artmakta ve sosyal haklar kısıtlanmaktadır

Buhranın faturasını zenginler ödemelidir!

BONN. — Parlamento'da bir çalışma programı üzerine sürdürülen tartışmalara son dönemlerde geniş olarak yer verilmektedir. Ardı arkası kesilmeden, eski çalışma programı modelleri reddedilip, yerine yenileri ileri sürülmektedir. Görünüşe bakılırsa Bonn'daki Baylar artan kitlesel işsizliği ve çalışan insanların kabaran hoşnutsuzluğuna bir çözüm bulmaya çalışır gibi görünüyorlar. Ancak şimdiye kadar önerilen bu çalışma programlarının birbiriyle olan ortak yanları şu ki, Bonn'daki partilerin tümü böylesi bir programı emekçilerin sırtından finanse etmek istemektedirler. Onların bu amaçlarının karşısına KPD'nin şu talebi konulmalı: "Buhranın faturasını zenginler ödemelidir!"

Ekonomi Bakanı işverenlerin istediği yatırım zamlarını ödeyebilmek için artı değer vergilerinin yükseltilmesini önerdi. Fakat burada şunu da hatırlatmak gerekir ki, özellikle artı değer vergisini ödeyen gene işçi sınıfı ve emekçi halktır. Çünkü en fazla müşterileri onlar oluşturmakta ve onların zenginler ve Bonn'daki Bakanlar gibi çeşitli sahtekarlıklara vb. yollara baş vurarak vergi indirme imkânları yoktur.

Şayet bir çalışma programı hazırlamak isteniyorsa, o zaman bu ''sağlam olarak finanse edilmiş" bir program olmalıdır diyor Başbakan Schmidt. Onun bununla kastetmek istediği çok açık olan bir şeydir. Yani ya vergiler yeniden yükseltilmeli, ya da sosyal alanda yeni kısıtlamalara gidilmelidir.

Ve bugün DBG sendikası içerisinde bile bazı güçler çalışan insanların vergilerinin yükseltilmesinden yana olduklarını açıklıyorlarsa, o zaman bu bize çalışan insanların yararına bir çözüm yolu bulunması gerektiğinin ne kadar önemli olduğunu daha açık bir şekilde göstermektedir.

KPD yaptığı ekonomik politik açıklamasında, artan işsizliğin önlenmesi ve yeni iş yerlerinin açılması doğrultusunda alınacak her önlemin sadece ve sadece kapitalistlerin hesabına yapılması gerektiğini ortaya koydu.

Bu silahlanma giderlerinin derhal düşürülmesi, tekel ve bankaların kâr vergilerinin çok tesirli bir şekilde yükseltilmesi, senelik miktarı 120 000 DM'ın üzerinde olan şahsi gelirlerin fiili olarak vergilendirilmesi, bankaların, tekellerin ve aşırı kârlar elde edenlerin tüm vergi borçlarının uzlaşmaz bir şekilde toplanması, vergi kaçakcılığı yapanlara karşı sert önlemlerin alınması demektir. Bu tedbirlerin tümü zenginleri hedeflemektedir. İşte ancak ve ancak yukarıdaki tedbirlere başvurulursa, yeni iş alanlarının açılmasını garantilemek için yeterli miktarda para sağlanmış olur. Çünkü esas para kaynağı bunlardır.

Bu tedbirler, 35 saatlik iş haftasının uygulanması, erken emekliye ayrılma ve diğer tedbirler ile birlikte ele alınırsa, ancak ve ancak o zaman kapitalistlerin hesabına işsizliğin azaltılması için adım atılmış olur.

Yukarıda ele aldığımız talepler KPD'nin, içinde bulunduğumuz ekonomik duruma ilişkin önerileridir.

Öte yandan buna karşılık FDP'li Ekonomi Bakanı Lamsdorf'un ileri sürdüğü ve SPD'nin büyük çoğunluğu tarafından da desteklenen öneri bulunmaktadır ki, bu öneri emekçi halktan kesilen vergilerin daha da yükseltilmesini ve patronlara yapılan yatırım zamlarının artırılmasını içermektedir. Onlar patronlara yapılan yatırımların artırılması ile, iş yerlerinin garanti altına alınabileceğini ileri sürmekteler. Ancak açık olan ve yaşanan gerçek şu ki, bugüne dek patronlara yapılan hiç bir yardım yeni iş yerlerinin açılmasına değil, aksine iş yerlerinin daha da rasyonalleştirilmesine ve yeni çıkışların verilmesine yol açtı.

(,,Die Reichen sollen die Krise bezahlen!")

Videocolor

İşyerinin işgal eylemi sürüyor

ULM. — Gazetemiz baskıya verilmeden önce Videocolor'daki grev cephesi sarsılmaz ve kararlı bir şekilde sürüyordu. İşletme idaresinin 950 yerli ve yabancı işçiye süresiz çıkış vermesi, işçi arkadaşların teslim olmalarına yol açmadı, aksine onların kinleri daha da bilendi, mücadele ruhu daha da gelişti.

Videocolor patronunun işçilere karşı önlemler almasından sonra, geçen salı günü işçi arkadaşlar onun bu saldırısına karşı tavır belirlemek için yaptıkları grev toplantısında tartıştılar. İşçilerin ezici çoğunluğu, grev ve iş yeri işgalinin sürdürülmesini onayladılar. 21 Ocak'tan beri işçi arkadaşlar 24 saat boyunca firmada nöbet tutmaktalar. Onlar başlangıçta olduğu gibi şimdi de, işyerlerinin kapatılmasını önlemek ve Videocolor'daki bütün iş yerlerinin korunmasını sağlamak için mücadeleyi sürdürmeye kararlılar. Onlar patronun iş yerini kapatma planını geri alma hedefine ulaşmadıkları sürece mücadelelerinde geri adım atmayacaklarını göstermekteler.

Videocolor'daki mücadele şimdiye kadar eşi görülmemiş bir şekilde Federal Almanya çapında işçi arkadaşların hem maddi, hem de manevi ve pratik desteğini görmektedir. Şimdiye kadar 300 000 DM'ı aşkın bağış "Arbeiterwohlfahrt"ın dayanışma hesap numarasına gönderilmiş bulunmaktadır. Tüm bağışlar şimdi Videocolor'lu işçi arkadaşların gerek duyduğu dayanışmanın bir parçasını oluşturmaktadır. Çünkü maddi zorluklara katlanmamış olacaklar. IG Metall onlara grev parası vermemektedir. Ve IG Metall Yönetimi mevcut gerici yasalara bağlı kalarak bu grevin yasal bir grev olmadığını söylemektedir.



Videocolor'lu emekçilerin iş yerinin kapatılmasına karşı düzenledikleri bir protesto yürüyüşü.

Videocolor'un bağlı bulunduğu Fransa'daki Thomson-Brandt tröstünün idaresi ile IG Metall Baden Württemberg Yönetimi arasında görüşmeler başladı. Ancak bu görüşmelerin olumlu olmayan yanı şu ki, bunlara işçi arkadaşlar tarafından seçilmiş bulunan grev komitesi katılamamasıdır. Ve böylece bu görüşmeler üzerinde grevde bulunan işçi arkadaşların bir denetiminin olması da söz konusu değildir.

Öte yandan partimiz KPD Videocolor işçilerinin mücadelesini desteklemeye ve onlarla dayanışmaya girmeye çağıran Almanca ve Türkçe bir merkezi bildiri çıkardı. Bu bildiri bu hafta içerisinde bir çok bölgede iş yerlerinin önünde dağıtılacaktır.

(,,Videocolor-Streik–Das Werk bleibt besetzt!")

Jaruzelski "parlemento"da

Polonya'da sıkıyönetimin kaldırılmayacağını açıkladı

VARŞOVA. — Polonya'daki askeri darbeden bu yana askeri cuntanın elebaşısı Jaruzelski göstermelik "parlamentosu"nu ilk oturumunu yapmaya çağırdı. O, pazartesi günü yapılan oturumda hiç bir yanlış anlaşılmaya yer vermeyecek bir şekilde, sıkıyönetimin kaldırılmasının düşünülmediğini açıkca belirtti.

Jaruzelski cuntası başa geldiğinden beri sürekli askeri diktatörlüğün geçici olarak yönetimi elinde bulunduracağı hayallerini yaymaya çalıştı. Ancak onun parlamentoda yaptığı konuşma, çok açık bir tarzda askeri cuntanın yönetimi geçici olarak değil, uzun süre elinde tutmak istediğini ortaya koymaktadır. Jaruzelski ayrıca sıkıyönetimin bazı yasaklarının ülkede "sukünet" olması durumunda kaldırılabileceğini açıkladı. Ama o öte yandan "sanayii dalında" sıkıyönetim yasaklarının uzun bir süre daha hüküm süreceğini belirtti.

Jaruzelski'nin sanayii dalına yönelik açıklaması, cuntanın iş yerlerinin askerileşmesini korumak istediğinin bir göstergesidir. Onlar bunu yapmakla büyük fabrikalarda emekçilerin görevlerine bağlı kalmalarını sağlayacak ve işçilerin görevlerine aykırı davranmaları durumunda askeri mahkemelerde yargılayacaklardır. Böylece bu işletmelerde askeri cuntaya karşı gelecek olan her işçi, şimdi olduğu gibi uzun süreli hapis cezalarına çarptırılabilecektir.

Cuntanın elebaşısının yaptığı yeni açıklamalar, onun işçi düşmanı yüzünü bir kez gözler önüne sermekte ve onların esas amaçlarının işçi sınıfını baskı altında tutmak ve onun sendikal hareketini dağıtmak olduğunu ortaya koymaktadır.

(,,Kriegsrecht in Polen bleibt bestehen")

Artan yabancı düşmanlığına karşı mücadele yükseltilmelidir!

İşyerlerinin kapatılmasına, işsizliğin artmasına ve buhranın derinleşmesine paralel olarak, yabancı düşmanlığıda giderek artmaktadır. Şimdiye kadar genel anlamda devletin yardım ve desteğiyle neofaşist örgütler yabancı düşmanlığını sürdürürken, bugün ise bu sınır aşılarak hem Bonn'daki partiler ve hükümet hem de eyalet yönetimleri yabancı düşmanlığını teşvik eden ve yabancıların zaten kısmi olan hak ve özgürlüklerini ortadan kaldıran kararlar almaktalar.

Son dönemlerde gerek eyalet yönetimleri, gerekse de hükümet yabancılara yönelik aldıkları kararlarla, bir yandan Alman halkında yabancılara karşı düşmanlık körüklemeye çalışırken, öte yandan ise Neofaşist örgütlerin yabancılara daha yoğun bir şekilde saldırmaları için zemin yaratmış olmaktalar.

Yaklaşmakta olan Federal Almanya'daki belediye seçimlerine paralel olarak bir çok bölgede faşist örgütler yabancı düşmanlığını körüklemeyi bir seçim malzemesi haline getirmekteler. Örneğin; Kiel vb. bir çok bölgede "yabancıları durdurun" adlı faşist insiyatifler kuruldu. Bu insiyatifler yabancı düşmanlığını kışkırtan propaganda yapmalarına rağmen, Batı Alman makamları bu duruma sessiz kalmaktalar.

Batı Alman devletinin faşistlere verdiği maddi destek ve yardımla şimdi her alanda bulunan faşistler giderek daha da canlanmaktalar. Münih'te bir Alman profesörü, "yabancı öğrencilerin üniversiteye alınmamasını" bile talep etmeye yeltendi. Münih'in yanı sıra Mainz, Düsseldorf ve Bochum'dan bir araya gelen toplam 8 profesör "Heidelberg bildirgesi" adlı bir yazı yayınlayarak yabancı düşmanlığını körüklemeye koyuldular.

Nazilerin düşüncelerinin açık bir şekilde propagandasını yapan ve ırkçılığı körükleyen bu faşist profesörlerin yabancılara yönelik saldırılarını Münih'te yerli ve yabancı öğrenciler sert bir şekilde protesto etti ve "Nazi profesörlerinin üniversiteden uzaklaştırılmalarını" talep ettiler.

Gelişmeler önümüzdeki dönemde yabancı düşmanlığının daha da artacağını, buna bağlı olarak yabancılara yönelik fiili saldırıların yoğunlaşacağını şimdiden açık bir şekilde göstermektedir. Eğer yabancı düşmanlığı kışkırtmalarına karşı durmaz, hükümet ve eyaletlerin aldıkları yabancı düşmanı kararların geri püskürtülmesini sağlamazsak ve buna karşı Alman ve diğer yabancılarla birlikte mücadeleyi yükseltmezsek, böylece onlara bu saldırılarını daha da artırması için kapıları açmış oluruz. Öyleyse gerek oturduğumuz semtte ve gerekse de fabrikada ve okulda, kısacası hayatın her alanında bu saldırılara karşı mücadeleyi yükseltmeliyiz.

1. BÖLÜM

Revizyonist partilerle eylem birlikleri yapmak, sürekli oportunizm midir?

İspanyol yoldaşların bazı tezlerine ilişkin

Geçen yılın ekim ayında İspanya Komünist Partisi'in (M-L) Basın ve Enfermasyon Bürosu tarafından Almanca küçük bir broşür yeni bir diziye giriş olarak yayınlandı. Bu broşürde, İspanyol kardeş partimizin merkezi yayın organında yayınlanan dört makale yer almaktadır. Her dört makalede de modern revizyonist partilerle eylem birliği sorunu ele alınmaktadır. Her dört makalede İspanyol kardeş partimizin modern revizyonist partilerle yapılan her türlü eylem birliğinin Marksizim-Leninizm'in temel ilkelerinden oportunist bir sapmayı ortaya koyduğunu ve bundan ötürü de sert bir şekilde reddedilmesi gerektiği anlayışını dile getirmektedir.

İspanyol kardeş partinin bu soruna ilişkin tamda şimdi Almanca bir yazı yayınlanması ve bunu Almanya'da dağıtması bir rastlantı değildir. Açık olan şudur ki, bu partimizin (KPD) bu soruna ilişkin bugün başka bir görüşü savunması ve DKP/SEW (Alman Komünist Partisi/Batı Berlin Sosyalist Birlik Partisi) ile eylem birliklerini belirli şartlar altında doğru ve yararlı görmesiyle ilintilidir.

Elbette İspanyol kardeş partinin bu soruna ilişkin tutumumuza olan kuşkusunu samimi bir şekilde gözden geçirmeyi bir görevimiz olarak görüyoruz. Bundan ötürü de burada İspanyol yoldaşların ileri sürdüğü tezlere ilişkin görüşlerimizi açıklayacağız.

Dört makaleden üçünün kendi kaleminden olduğu İspanyol kardeş partisi sekreterliği üyesi Raul Marco yoldaş, ittifak politikası ve temel ilkeler adlı birinci makalesinde şöyle yazmaktadır:

"... ve gene revizyonist yönetici gruba yanaşmaya ya da onunla ittifak kurmaya çalışırsak (ki, bu hem tabanla, hem de söz konusu bölge ve şartlar altındaki ara kurullarla karıştırılmamalıdır) bu da ağır, sağcı bir yanılgı olur."

Raul Marco yoldaşın revizyonist partiler ile eylem birliği sorununu revizyonist yönetici grubuna yanaşma sorunu ya da



1981 yılı 1 Mayısı'nda İKP/ML'nin bir bloğu

onunla ittifaka girme olarak ortaya atması bizim için beklenmedik ve anlaşılmaz bir şeydir. Partimiz eylem birliği adı altında tamamen başka bir şey anlamaktadır.

Örneğin Bonn'da 300000 insanın katıldığı büyük barış yürüyüşünde, KPD revizyonist parti ile eylem birliği içerisindeydi; çünkü o, revizyonist parti ve diğer yüzlerce örgüt ile birlikte bu eylemin ortaklaşa çağrısının altına imza attı ve o, revizyonist partinin baş yöneticileri tarafından temsil edildiği bu yürüyüşün hazırlık görüşmelerinde yer aldı ve orada alınan kararları destekledi. Revizyonist parti ile de yapılan bu eylem birliği, özellikle Amerikan yeni orta menzilli roketlerinin yerleştirilmesine karşı olan bu yürüyüşte, bizim Sovyet sosyal emperyalizmini ve Varşova Paktı'nı sert bir şekilde mahkum etmemizin, Alman Demokratik Cumhuriyeti'nde tutuklu bulunan yoldaşlarımız için dayanışma imzaları toplamamızın önünde bir engel oluşturmadı. Bu yürüyüşte doğrudan doğruya bağlantılı olarak KPD, revizyonist partinin direnişine karşı, 12000 insanın katıldığı Brejnev'e karşı yürüyüşün gerçekleşmesi için çaba harcadı. Böyle bir adımı gerçekten revizyonist yönetime yanaşma veya onunla ittifak olarak adlandıramayız. Hiç şüphesiz görüşümüze göre Bonn'daki yürüyüşe ilişkin ve bu yürüyüşün hazırlık görüşmelerinde tabii ki tabanıyla değil, parti yönetimi ile temsil edilen revizyonist parti ile de bir eylem birliği mevcuttu.

Önderlik ve taban arasındaki farklılıklar yeterli değildir

Eğer KPD belirli şartlar altında revizyonist partiler ile (ya da diğer reformist parti ve örgütlerle) bir eylem birliği oluşturmayı göze alıyorsa; o zaman o bunu hiç bir zaman revizyonist yönetici gruba yanaşmak ya da onunla ittifak kurmak için değil, revizyonist partilerin taban ve taraftarlarına sürekli önem verdiğinden dolayı ve genelinde ise kitlelerin devrimci bir şekilde seferber edilmesi için yapmaktadır

Ancak enternasyonal komünizmin incelediğimiz tarihi tecrübelerinden ve kendi mücadele tecrübelerimizden reformist ve revizyonist partilerin tabanıyla yönetimi arasında bir fark görmenin yeterli olmadığını biliyoruz. Böyle bir ayrım yapmak sadece ön şartı oluşturmaktadır. Ancak bu fark, olmaksızın komünist partisi revizyonizm tarafından etkilenen kitlelerin kazanılması için hiç bir ciddi mücadele sürdüremez. Komünistler, reformistler ve revizyonistler tarafından etkilenen kitlelerle ilişkiye geçmek için kendilerine bir yol açmaları gerekliliğini biliyorlar, Sadece yönetim ile taban arasına bir fark koymakla da henüz sorun çözümlenmiş değildir. Komünist partisinin, revizyonist ajitasyon ve propagandanın karşısına sadece devrimci ajitasyon ve propagandasını koyması ile, karşı devrimci yönetimlerle ilişkilerini koparmaları için reformist ve revizyonist partilerin tabanına sadece çağrıda bulunmakla da bu kural olarak başarılamaz.

Eğer komünistler reformizm ve revizyonizm tarafından etkilenen kitlelerin görüşlerin de bir değişmeye yol açmak istiyorlarsa, o zaman bu kitlelerin yanında yer alarak sömürücülere ve ezenlere karşı mücadeleyi sürdürmeli ve onlara pratik mücadele tecrübeleri aracılığıyla revizyonist ideoloji ve politikanın işçi düşmanı bir ideoloji ve politika olduğunu ve revizyonist ve reformist önderliğin karşı devrimci karekterini ispatlamalıdırlar.

Ancak söylemek yapmaktan kolaydır. Çünkü eğer kitlelerin önemli bölümü reformist ve revizyonist yöneticilerin arkasından yürüyüyorlarsa, o zaman bu reformist ve revizyonist yöneticilerin anti-komünist kışkırtmalarının onların üzerinde bir etkisinin olduğu demektir. Onlar komünistlerin aşağıdan bir birleşik cephe oluşturma çabalarına karşı büyük bir güvensizlikle yaklaşacaklardır. Çünkü yöneticileri onlara, komünistlerin birleşik cephe bayrağı altında, gerçekte sadece onların (revizyonist ya da reformist) partilerini yıkmayı amaçladıklarını açıklamaktalar. Böylece komünistlerin aşağıdan bir birleşik cephe kurma girişimleri, gerektiğinde sadece ve sadece reformist ve revizyonist yöneticilerin değil, aynı zamanda tabanında reddetmesi ile karşılaşmaktadır.

Bu durumda, eğer reformist ya da revizyonist partilerin tabanın henüz bu çelişkinin bilincinde olmadığı ve reformist ya da revizyonist partilerin karşı devrimci önderliklerinin, tabanın komünistler tarafından etkilenmesini henüz nispiolarak önleyebildikleri gerçeği kabul edilmezse, o zaman komünistlerin önderlik ile taban arasında bir farkın olduğunu genel olarak tasdik etmeleri kendilerine pek az yarar sağlar.

Bu şartlar altında komünist partisi reformizmin ya da revizyonizmin etkisi altında bulunan kitlelerle ilişkiye geçebilmek için, onun yönetimi tarafından temsil edilen reformist partilere bazı tavizler vermesini gerektirmektedir. Çünkü yönetim ile taban arasındaki çelişki objektiv olarak var olmasına rağmen, siyasi olarak ayrışma henüz tamamlanmamıştır. Bu tür zorunlu tavizlere, belirli şartlar altında revizyonist ya da reformist parti yönetimlerine somut kısmi sorunlarda ortaklaşa mücadele için yapılan teklifler de sayılmaktadır.

Bu, komünistlerin taviz vermesini gerekli kılmaktadır ki, komünistler, reformist ve revizyonist yöneticilerin, kitlelerin devrimci mücadelesini sabote etmek için her türlü yola baş vuracaklarını bilmektedirler ve bu nedenle birleşik cephe içerisinde bu işçi düşmanlarına bölücü faaliyetlerini yaygınlaştırmaları için bu imkânı başından onlara tanımamak daha da yararlıdır. Ancak sorunu, sadece ve sadece komünistlerin gerici yönetimlere de eylem birliği teklifinde bulunmaları ile reformizmin ve revizyonizmin etkisi altında bulunan kitlelerin komünistlerle birleşik cepheye girecekleri noktası oluşturuyorsa, o zaman komünist partisi taviz vermeyi kabul etmelidir.

Şayet komünistler birleşik cephenin varlığından reformizm ya da revizyonizm tarafından etkilenen kitlelerin kazanılması için, onlara komünist düşüncelerini (bunu özellikle reformist ya da revizyonist ideoloji ve politikanın acımasız bir şekilde eleştirilmesi ve karşı devrimci özelliklerin teşhir edilmesi de dahildir) iletmeleri yönünde yararlanmasını bilir ve onları komünizmin düşüncelerinin doğruluğu noktasında mücadele tecrübeleri aracılığıyla ikna edebilirlerse, o zaman böyle bir uzlaşma komünist partisinin, devrimin ve sosyalizmin yararınadır.

Öte yandan şayet komünistler bu şartlar altında reformist ya da revizyonist partilerle her türlü uzlaşmayı reddederlerse, o zaman böylece onlar reformizm ya da revizyonizm tarafından etkilenen kitleleri tamamen gerici önderliğin etkisine teslim etmiş ve kitlelerin bu kesimlerini komünist anlamda etkilemek için hemen hemen her imkanı ortadan kaldırmış olurlar.

Taktik stratejiye hizmet etmeli, fakat...

Revizyonist partilerle merkezi alanda eylem birliklerinin ilkesel olarak mümkün olmayacağını ispatlamak maksadıyla Raoul Marco yoldaş şöyle diyor: "Burada bazılarının iddialarına rağmen, partinin taktiğinin **sürekli** onun stratejisinin hizmetinde olması gerektiğini ve aksi yönünün söz konusu olmadığını unutmamalıyız. Taktiklerimiz temel prensiplerimizden meydana çıkmaktadır ve her zaman da ona uyum sağlamalıdır. Şayet bir gün taktiğimiz ile stratejimiz arasında bir çelişki doğacak olursa, o zaman birinci bütün olarak ikincisinin hizmetine konulmalıdır; çünkü aksi yönü bizim kafa üstü oportunizme sapmamız demek olur"

Genel olarak bu şüphesiz desteklenmelidir. Elbetteki komünist partisinin taktiği ilkesiz olmamalı ve hiç şüphesiz partinin stratejisine hizmet etmelidir. Fakat sorun, taktiğin ne zaman stratejiye hizmet edeceğidir? İspanyol yoldaşlar herhalde şu düşünceden hareket etmekteler: Şayet revizyonizme karşı mücadele partinin bir temel prensibi ise ve şayet revizyonistlerin kitle etkisinin kırılması komünist partisinin stratejik bir ödevi ise ve bu çözümlenmeksizin proletaryanın stratejik zaferi mümkün değilse, o zaman revizyonist partilerle de bir eylem birliğini içeren bir taktik, ilkesiz bir şeydir ve o strateji ile çelişki içerisindedir.

Fakat komünist partisinin revizyonizmin etkisi altında bulunan kitlelerle ilişkiye geçebilmesi için nerede gerekliyse, orada belirli şartlar altında revizyonist parti ile eylem birlikleri yapmaya hazır olması, hiç bir şekilde aynı zamanda komünistlerin modern revizyonizmin teşhiri için kararlı bir mücadele sürdürmelerini dıştalamamaktadır. Şunu bir kez daha vurgulamak istiyoruz ki, biz sadece ve sadece komünist partisinin sınırsız bir çerçevede ajitasyon ve propaganda hakkının olduğu, özellikle de reformizmi, revizyonizmi ve işçi düşmanlarını sınırsız bir şekilde eleştirme özgürlüğünün olduğu eylem birliklerini doğru buluyoruz. İlkesiz eylem birlikleri, komünistlerin revizyonistleri teşhir etmekten vaz geçmelerini dile getiren eylem birlikleridir. Fakat hiç bir şekilde reformist ya da revizyonist partilerle yapılan **tüm** eylem birlikleri ilkesiz değildirler.

Makalenin ikinci bölümünü gelecek sayıda yayınlayacağız!

(„Zu einigen Fragen der spanischen Genossen")



Raul Marco, İKP/ML Sekreterliği üyesi

Raul Marco

İTTİFAK POLİTİKASI VE TEMEL İLKELER

Devrimci süreçte ilerlemeyi önüne görev olarak koyan her Marksist-Leninist parti için birlik ve ittifak politikasını tarif etmek ve onu geliştirmek esaslı öneme sahiptir. Partinin taktiğinin bir bölümünü oluşturan, konumu ile "stratejinin bir parçasını oluşturan, stratejiye bağlı ve ona hizmet etmekle yükümlü olan" (Stalin) bu politikanın, devrimci sürecin kabarma ve alçalmalarına uyum sağlayabilmesi ve buna göre düzeltilebilmesi için yeterli derecede esnek olması gereklidir.

İttifak politikasında oldukça uyum sağlama yeteneğine sahip olması gereken parti, oportünizme sapmamak için aynı zamanda ilke sorunlarında ise tavizsiz olmalıdır. Bu da bizim hem sekter hem de sağcı sapmaları önleyebilmemiz için ittifak politikamızı tespit etmemiz, pratiğe uygulamamız ve geliştirmemiz demektir. Çünkü her iki sapmada işçi sınıfının davası için eşit derecede zararlıdır. Bizimle görüş ya da benzeri ayrılıkları olan (eğer böyle bir ayrılık yoksa, o zaman zaten bahsi geçen politikaya gerek kalmaz) diğer güç ya da siyası partiler ile ittifak veya somut olarak birlikte eylem birlikleri oluşturmayı reddetmemiz sekter bir yanılgı olur; ve gene revizyonist yöneteci gruba yanaşmaya ya da onunla ittifak kurmaya çalışırsak (ki bu hem tabanla, hem de söz konusu bölge ve şartlar altındaki ara kurullarla karıştırılmamalıdır) bu da ağır sağcı bir yanılgı olur.

Elbette birlik ve ittifak politikasının taktiği bir ülkenin tamamen objektiv, subjektiv ve somut olgularını hesaba katmalıdır. Fakat biz aynı zamanda partimizin dünyadaki diğer partilerden izole olmamasına dikkat etmeliyiz ve biz ayrıca enternasyonal durumu gözardı edip ve sadece kendi anlık çıkarlarımızı dikkate alamayız. Çünkü bu da aynı zamanda bizim oportünizme sapmamızı, hata yapmamızı ve kardeş partiler ile çelişkilere düşmemizi beraberinde getirir.

Örneğin böylece Carillo Yönetici Grubuyla ("Taktiğe" başvurma eğiliminden ötürü) eylem birliği sorunu hiç bir şekilde haklı gösterilemeyecek oldukça ağır bir hata olurdu. Bu, örneğin 2. Enternasyonal Revizyonistlerinin ve oportünistlerinin birinci dünya savaşında halklar arasında katliamı nasıl mümkün kıldıklari tarihin öğretileri unutmak; bu, revizyonist ve sosyal demokrat önderlerin sürekli burjuvaziye teslim olduklarını, onların demagoji ve boş laf ebeliklerine rağmen onun sadık hizmetçileri olduklarını unutmak; bu, Enver Hoca'nın "Markist-Leninstler için ideolojisiz siyasetin olmadığını" akıldan çıkarmak demektir.

Revizyonistlerle bir anti-emperyalist cephenin oluşturulmasını doğru bulan (ki Enver Hoca bu görüşü isabetli bir şekilde anti-Leninist olarak nitelemişti) Çinli Maocuların oportunist mevzilerinin (1964 yılında) yorumunu yapan Enver Hoca şöyle diyordu:

"Modern revizyonistler (...) sosyalizm, devrim, Marksizm-Leninizm için mücadele edebilirler mi? Böyle bir iddiada bulunmak için revizyonist olmak gerek. ***Marksistlere göre,*** **revizyonistler karşı devrimci ve Anti-Marksistlerdir, her zamanda öyle kalacaklardır;** onlar sosyalizme ve komünizme karşı mücadele etmekte ve kapitalizmin varlığını sürdürmesini istemektedirler. Kısacası, **'modern revizyonistlerle birlikte bir anti-emperyalist cephe' kurmak, Marksist—Leninistlerin 'Donkişot haline' gelmeleri, 'yeldeğirmenlerine karşı çetin savaş açmaları'..demektir.** Marksist-Leninistler böylesi bir ihanet yolunda ilerleyemez ve baştan sona revizyonist ve haince olan böyle bir düşünce ile savaşmalıdırlar." (Cilt 2, S. 674-75 İspanyolca baskı, altını çizen E. H.)

Böylece hangi gerekçe altında olursa olsun, revizyonist yöneticiler ile ittifak oluşturmakla ya da onlarla uzlaşmaya gitmekle, sadece onların gerçek yüzlerinin maskelenmesine katkıda bulunulmamakta, aynı zamanda onların gelecekte kitleleri yanıltmalarına yardımcı olunulmaktadır. Ayrıca böyle davranmakla karmaşıklığa yol açılmış olunmakta ve Marksist-Leninistlerin itibarları zedelenmektedir.

Bundan ötürü birlik ve ittifak politikası uygulanmalı, ama bu temel ilkelere bağlı kalınarak yapılmalıdır.

(„VANGUARDIA OBRERA" Nr. 363, 5 18 Haziran 1981)

İş yerlerinin kapatılmasını önlemek için yerli ve yabancı işçilerin birliği sağlanmalıdır

Batı Almanya'da şimdiye kadar iş yerlerinin kapatılmasında yaşanan bir dizi pratik tecrübe, yerli ve yabancı işçilerin, iş yerlerinin kapatılmasını önlemede birleştikleri oranca başarılı olabildiklerini göstermektedir. Bu yönde en yakın örnek olarak Frankfurt'daki VDM işçilerinin mücadelesini gösterebiliriz. Örneğin burada yerli ve yabancı işçiler tek bir cephede iş yerlerinin kapatılmasına karşı birleştiler. Ancak sendika patronları onların mücadelesini sabote etmeyi başardıklarından dolayı, mücadeleleri esas hedefine ulaşamadı ve iş yerinin kapatılmasını önleyemedi.

Şimdi çoğunluğunu yabancı, özellikle de Türkiyeli işçi arkadaşların oluşturduğu Ulm'daki Videocolor firmasının kapatılmasına karşı gelişen ortaklaşa mücadele işçilerin birliğinin ne kadar gerekli olduğunu daha da açık bir şekilde ortaya koymaktadır. Videocolor patronları işçilere karşı çeşitli tedbirler almalarına rağmen, yerli ve yabancı işçilerin mücadele birliğini bölemedi ve onların iş yerinin kapatılmasını önlemek için ortaklaşa mücadelelerini kararlı bir şekilde sürdürmelerini engelleyemediler.

Bir yandan işçilerin mücadelesi sürerken, öte yandan Hürriyet vb. gazeteler bilinçli bir şekilde Türkiyeli, Aman ve diğer yabancı işçilerin mücadele birliğini bölmek için, bazı Türkiyeli işçi arkadaşların bilinçsizliklerinden dolayı ileri sürdükleri "Almanlar nasıl olsa iş bulur, ne olursa sonunda bize olur" görüşleri körükleyerek, kışkırtmaya girişmekte ve dolayısıyla patronun iş yerini kapatmasına katkıda bulunmaktadır. Bugün iş yerlerinin kapatılması ile ister yerli işçi, isterse yabancı olsuun, bu işçilerin hepsini etkilemektedir. Ve işsizlik ordusunun giderek sayısal olarak arttığı şu dönemde, ister iş yerini kaybeden bir yabancı olsun, isterse de bir Alman, her ikisininde iş bulması zordur. Çünkü her şeyden evvel, onlardan önce sırada iş için bekleyen binlerce işsiz vardır. Diyelim ki Türkiyelilere nazaran Alman işçi arkadaşların birikisi iş buldu, (ki bu dönemde oldukça zor) ama gene çoğunluğu, yabancılar gibi işsiz kalmaktadır. Bunun doğruluğunu pratiğe baktığımızda çok açık bir şekilde görmekteyiz. Bugün her tarafta iş yerleri kapatılmakta ve binlerce işçi sokağa atılmaktadır. Böylece hem yabancı hem de yerli işçilerin iş yerini kaybetmesi durumunda kaderleri aynıdır: İşsiz kalmak, üç beş kuruşluk işsizlik parası ile geçimlerini sürdürmek. Ancak burada şu gerçeği vurgulamalıyız ki, Türkiyeli ve diğer AET'ye üye olmayan ülkelerden gelen işçiler sadece belirli bir süre işsizlik parası alabilmekte ve bu süre zarfında yeni iş bulamazlarsa sınırdışı edilmekle baş başa kalmaktalar.

Bu nedenle yerli ve yabancı işçi arkadaşlar ortak çıkarlarından dolayı tek sınıf, tek mücadele cephesi oluşturmalarsa, böylece patronların iş yerlerini kapatmalarını daha başından kolaylaştırmış ve toptan sokağa atılmalarına imkân sağlamış olurlar. Bundan ötürü iş yerlerinin kapatılmasına karşı Türkiyeli işçiler hiç bir kışkırtmaya alet olmadan, iş yerlerinin kapatılmasını önlemek için tek sınıfı, tek mücadele cephesini oluşturmalılar ve aralarındaki mücadele birliğini korumalıdırlar. Çünkü ancak ve ancak bu şekilde hareket edildiği oranca yerli ve yabancı işçiler mücadelede başarılı olabilir ve ortak sınıf çıkarlarını koruyabilirler.



İsuf Gervalla,


Bardosh Gervalla

Katledilen üç Kosovalı yoldaş için cenaze töreni düzenlendi

STUTTGART. — 23 Ocak Cumartesi günü Stuttgart şehir merkezinde, 17 Ocak günü Heilbronn yakınlarındaki Untergruppenbach'ta, Yugoslavya ajan örgütü tarafından katledilen Kosovalı İsuf ve Bardosh Gervalla kardeşler ile Kadri Zeka için bir cenaze töreni düzenlendi. Bu cenaze töreninde, katledilen yoldaşların yakınları ve devrimciler düzenlemiştiler. KPD de bu yürüyüşü destekledi.

Cenaze töreninin başlayacağı alana yaklaşık olarak 350 Kosovalı, Türkiyeli ve Alman toplanmıştı. Ancak bu sayı daha sonra törenin başlamasıyla giderek daha da artmaya başladı ve cenaze töreninin sona ereceği alana varıldığında 400 kişi üzerindeydi. Cenaze töreninin önünde Arnavutluk'un iki tane ulusal bayrağı, katledilen yoldaşların fotoğrafları ve bir de KPD ve KJD'nun bir dayanışma pankartı taşınmaktaydı. Cenaze törenindeki diğer pankartlarda ise Yugoslavya'ya bağlı bir otonom Kosova Cumhuriyeti'nin kurulmasını talep eden yazılar yazılıydı. Cenaze korteji halkın en kalabalık olduğu şehir merkezinde, sessiz bir şekilde miting alanına doğru yürüyordu. Ve hiç bir sefer bile gericilerin bilinen bağırtı ve provokasyonları söz konusu olmadı.

Miting alanına varıldığında Arnavutça, Türkçe ve Almanca konuşmalar yapıldı. Bu konuşmalarda katledilen üç yoldaşın Kosova halkının özgürlük ve bağımsızlığı için Tito rejimine karşı gerek Kosova'da gerekse de sürgünde sürdürdükleri mücadeleye değinildi ve onların bu konumlarından ötürü yurtdışında bile Tito rejiminin etine batan birer diken oldukları belirtildi. Yapılan konuşmalarda üç yoldaşın katillerinin bulunup ve cezalandırılması Batı Alman Hükümeti'nden talep edildi. Konuşmalar bittikten sonra cenaze törenine katılan kitle bir dakikalık saygı duruşunda bulundu ve ardından dağınıldı. Üç yoldaşın anısı Kosova halkının özgürlük ve bağımsızlık mücadelesinde yaşamaya devam edecektir.

Öte yandan savcılığın açıklamalarına göre şimdiye kadar katillerin en küçük bir izine dahi rastlanmamış. Ayrıca Baden Württemberg Eyalet Başkanı Spaeth Yugoslav Elçisini çağırarak bu olay üzerine konuştu.

Yetkililerin aldıkları önlemlerin hepsi bu kadardı. Spaeth bir yandan Yugoslav Elçisi ile görüşmelerde bulunurken, öte yandan ise bu görüşmenin ardından diğer CDU'lu politikacılar ile birlikte "Almanya topraklarında aşırı sağcı ve solcu örgütler arasındaki kargaşalıklar" mahkum ettikleri açıklamalarında bulundu.

Görüldüğü gibi her faşist katliamın ardından baş vurulan aynı yöntemle burada da katiller ile kurbanlar aynı kefeye konulmaktadır. Spaeth ve diğerleri böylece Yugoslav ajan örgütünün kanlı suikastını genel yabancı düşmanlığına kanalize etmek istiyorlar. Batı Alman makamlarının yabancı ajan örgütleri ile olan ortaklaşa çalışmalarının sonucu, yapılan bu açıklamalar ile katillerin af edilmesi ve onların yerine kurbanlarının takip edilmesini amaçlamaktalar. Bu amaç ilerici kamuoyunun girişimleri ile boşa çıkarılmalıdır!

Untergruppenbach'daki katliam aydınlığa kavuşturulmalı, katiller cezalandırılmalıdır!

(„Trauermarsch für die ermordeten Genossen aus Kosova")

Kamu emekçilerinin maaşlarının kısıtlanması isteniliyor!

Daha fazla sessiz kalınmamalı, grev için genel oylama yapılmalıdır

BONN. — 19 Ocak'ta ÖTV sendikası Başkanı Kluncker ile Federal İçişleri Bakanı Baum arasında yapılan görüşmede kamu işletmelerinde çalışan emekçilerin ücretlerinin kısıtlanmak istenmesi üzerine hiç bir anlaşmaya varılmadı. Görüldüğü gibi Federal Hükümet kamu işletmelerinde çalışan işçi ve emekçilerin ücret ve maaşlarını yüzde bir oranında kısıtlamak istemesinde diretmektedir.

Federal Hükümet'in öngördüğü kamu işletmelerinde çalışan işçi ve emekçilerin maaşlarını yüzde bir oranında kısıtlanmak istenmesi sadece onlara yaptığı bir haksızlık değildir. Bu aynı zamanda kapitalistlere de işçilerin ücretlerini düşürmeleri için bir zemin yaratmaktadır.

Bir yandan Bonn Hükümeti silahlanma giderlerini yükseltirken, silah sanayiisi kapitalistlerini para yağmuruna tutar ve kapitalistlere, özellikle de büyük tekellere ardı arkası kesilmez bir şekilde yardımları verirken, öte yandan ise işçi, müstahdem ve sıradan memurların ücretlerinde yapılacak kısıtlamaları kabul etmelerini istiyor! Bonn'daki dolandırıcılar yoksullardan alıp zenginlere verdikleri bu programın ismini "Tasarruf tedbirleri" olarak adlandırmaktalar. Peki sormak lazım bu baylara. Kimin için tasarruf yapılıyor acaba, giderek daha büyük bir sefaletin içerisine itilen işçi ve emekçiler için mi? Hayır, kesinlikle değil. Onlar kapitalistlerin kârlarının daha da artması, kapitalistlerin sorumlusu olduğu buhranın yükünü emekçilerin üzerine yıkılması için bu tür önlemleri almaktalar.

Kamu işletmelerinde çalışan işçi ve emekçilerin sendikası olan ÖTV'nun Başkanı Kluncker ve diğer yöneticiler hükümetin emekçilere karşı ilan ettiği saldırıları geri püskürtmek için greve gitmeğe kararlı olduklarını belirttiler. Evet, bu saldırılara karşı verilmesi gereken cevapta bu olmalıdır ki, zaten sendikaların pratikte bundan başka verebilecekleri bir cevabı da yoktur. Bunun ötesinde izlenecek bir pratik çizgi kapitalistlere teslimiyet politikasını ortaya koymaktadır.

Ancak sorun şimdi burada şu ki, acaba Kluncker ve diğer ÖTV sendika yöneticileri yukarıdaki sözlerini gerçekten samimi bir şekilde mi belirttiler? Kluncker bir yandan kesin direniş nutukları atmakta, öte yandan ise, gerektiğinde kamu emekçilerinin özel kurbanlar olarak seçilmelerini kabul edeceği izlenimlerini yaratmakta; fakat Bonn Hükümeti'nin kamu emekçilerinin maaşlarını, böylesi bir provokatif yola başvurarak kısıtlamasına karşı olduğunu açıklamaktadır.

İşte görüldüğü gibi Kluncker iki telden oynamaktadır. O, Bonn Hükümeti'nin kamu işletmelerindeki emekçilere yönelik başlattığı saldırılara karşı bir yandan keskin açıklamalar yaparken, öte yandan ise sınıf uzlaşmacı siyasetinin sonucu hükümetin kamu emekçilerini özel kurbanlar olarak seçmesine göz yumacağı eğilimini göstermektedir.

Bundan ötürü işçi arkadaşlar uyanık olmalıdırlar! Kluncker her zaman çürük uzlaşmalara gitmeye hazır olan birisidir! Ama hangi şekilde maskelendirilmiş olursa olsun, sendikalar hiç bir ücret düşürülmesini kabul edemezler. Kamu emekçileri kendilerinin sorumluları olmadıkları bütçe açığının, buhranın faturasını niçin ödesinler ki? Bunların sorumluları silah tekelleri ve kapitalistlerdir. Öyleyse KPD'nin ileri sürdüğü gibi, buhranın faturasını zenginler ödemelidir!

Kluncker, Federal İçişleri Bakanı Baum ile yaptığı 19 Ocak'taki görüşmede, 28 Ocak'ta bir "son görüşme" daha yapmayı kabul etti. O'nun bu yaklaşımı bile kararlı bir tutumu dile getirmemektedir. Şayet Federal İçişleri Bakanı Baum bu görüşmede kamu emekçilerinin maaşlarını kısıtlama planını geri almayacak olursa, o zaman daha fazla sessiz kalınmaz ve dolayısıyla ÖTV sendikası greve gitmek için bir genel oylama yapmalıdır!

(„Kein längeres Hinhalten mehr Urabstimmung!")

Gerçek ücretlerin düşürülmesi önlenmelidir!

Metal işçileri şimdi mücadeleye hazır olduklarını göstermelidir!

FRANKFURT/STUTTGART. — Bu yılki ücret turlarında gerçek ücretlerin güvence altına alınması talebi, gerekli bir sendikal hedefi dile getirmektedir. Fakat bu hedefe ulaşmak, bugün ancak ve ancak kapitalistlere karşı acımasız ve çetin bir mücadele sürdürmekle mümkündür. Kapitalistler kendiliğinden ücret artışlarından vaz geçilmesi gerektiği çizgilerini terketmeyeceklerdir. İşte bundan ötürü ikinci ücret turları görüşmelerinin başlaması ile birlikte, metal işçilerinin de eylemler örgütlemelerinin zamanı gelmiştir. Ücretleri talan etmek isteyenlere karşı metal işçileri gene bir kez kararlılıklarını göstermeleri gerektiğinin açıkliği daha da artmaktadır.

İşveren birliklerinin Başkanları Pleiger, Stihl, Esser vb. ve onların Bonn'daki temsilcileri bakanlar gerçek ücretlerimizin fiyat artışları ile denkleştirilerek güvence altına alınması gerektiği haklı talebimize karşı artık yeterince kışkırtmaya giriştiler. Artık yeterince onların ücret artışlarından vaz geçilmesi gerektiği küstahça nidalarını dinledik. İşte bundan ötürü metal sektöründe ikinci ücret turları görüşmelerinin başlaması ile birlikte metal işçilerinin bu çığlıklara karşı eylemler düzenlerek doğru cevabı vermelerinin zamanı gelmiştir.

Ayrıca metal işçilerinin şimdi sessiz kalmamalarının gerektiği doğrultusunda bir başka neden daha vardır. Bu da Güney Batı Almanya'da ağaç işçilerinin iki haftayı aşkın bir süredir grevde olmaları noktasıdır. Onlar kapitalistlerin kendilerine, geçen yılki gerçek ücretlerden daha da büyük bir kaybı dile getiren "ücret artışlarını" dikte ettirme çabalarına karşı haklarını savunmaktalar.

Öte yandan kapitalistler yüzde 4,9'dan daha da düşük bir ücret artışı anlaşmasına yol açabilecek bir teklifi reddettiler.

18 Ocak'tan beri Baden Württemberg'deki bir dizi ağaç sanayiisi işletmesinde işçiler grevde bulunmaktalar. Geçen hafta sonunda toplam 25 iş yerinde 4600 işçi grev yapmaktaydı. Ve bu hafta içerisinde ise Ağaç ve Plastik İşçileri Sendikası (Holz u. Kunststoff) Bölge Yönetimi yeni ağaç firmalarının işçilerininde greve gitmesini sağlamak istiyor.

Eğer Ağaç ve Metal işçilerinin grevi aynı anda sürecek olursa, o zaman bu, her iki taraf için de mücadele ve protesto tedbirlerinin etkisinin yoğunlaşacağı, böylece kapitalistlerin arkalarının tutuşacağı demektir. Bir an önce işçiler ne kadar iş yerinde harekete geçer, eylemler örgütler ve bunları tüm işletmelere yaygınlaştırırlarsa, bu bir taraftan kapitalistlerin bir an önce ücret artışı anlaşmalarını yapmaya teşvik ederken, öte yandan ise, yüksek bir ücret artışının yapılması için imkânları daha artıracaktır. İşte bu da tam da şu dönemde yerli ve yabancı işçilerin iş yerlerinde eylemler örgütlemelerinin gerekli olduğu demektir.

Fakat öte yandan sendika patronları fiyat artışlarının altında olan ücret artışı anlaşmasını bile bir dizi küçük iş kolu için yapmaktan çekinmediler. Örneğin Batı Berlin'de IG Metall sendika patronları 15000 işçinin çalıştığı küçük metal işletmeleri için yüzde 4,7 gibi bir ücret artışı anlaşması yaptılar. Sendika patronları böylesi adi toplu sözleşme anlaşmaları ile geçen yıldan daha da yoğun bir şekilde gerçek ücretlerin düşürülmesine zemin hazırlamakta, patronların eline bir koz vermekteler.

Şayet bu durumda sessiz kalır ve de harekete geçmezsek, tamda patronların istediği ücret artışlarından vazgeçme talebi doğrultusunda ilk adım atılmış olur. Ama, eğer sessiz kalmaz, iş yerlerinde harekete geçersek, böylece hem sendika patronlarının hemde kapitalistlerin planlarını boşa çıkarmış ve gerçek ücretlerimizin belirli oranda güvence altına alınmasını sağlamış oluruz. Öyleyse haydi iş başına!

(„Metaller müssen jetzt Kampfbereitschaft zeigen!")